

SONDIAAGNOS  
SONDIAAGNOS  
SONDIAAGNOS  
SONDIAAGNOS

# MANIFEST

Westberlin lebt von der Parole, von verblaßten Zitaten und peinlichen Sprichwörtlichkeiten. Die herrschenden Parteien haben die Stadt gegen ihre erklärten Ziele herabsinken lassen zu einem gigantischen Rendite-Objekt. Eine weitere Bewährungsprobe werden wir auf diese Weise nicht überstehen. Verwaltung und Regierung scheuen verbindliche Diskussionen über diesen Zustand. Sie sind vollauf beschäftigt mit den Gewinnabsichten ihrer Kapitalgeber und mit ihrer eigenen Selbsterhaltung. Die lebensnotwendigen Interessen der Allgemeinheit liefern dafür nur den Vorwand und bleiben daher ungelöst: Aufbau von Wachstums-Industrien, Verbesserung der Bevölkerungsstruktur, Neuplanung der City anstatt Schaffung von Reservaten. Westberlin hat aber eine Chance, wenn es sich als gesellschaftliches und somit auch städtebauliches und architektonisches Modell begreift. Voraussetzung ist eine von unten nach oben kontrollierende Öffentlichkeit, umfassende Aufklärung durch unbeeinflußbare Informationsmittel, und Bereitschaft zur Aufgabe von Tabus und Konventionen.

Zu den Bauwochen 68 hatten der Senat und die Berufsverbände BDA und AIV die junge Architektengeneration zu einer Ausstellung eigener Arbeiten aufgefordert. In der "Aktion 507" taten sich diejenigen zusammen, die statt einer Selbstdarstellung die kritische Analyse des Baugeschehens und der Arbeitsbedingungen in Westberlin für weitaus wichtiger hielten. Die Gruppe hatte infolge ihrer heterogenen Zusammensetzung nach Status und Motivation selbst mit Verhaltensweisen fertig zu werden, die bei den herrschenden Institutionen freizulegen und abzuschaffen sie sich zum Ziel gesetzt hat. Sie versteht sich daher in ihrer Arbeitsweise und ihren Manifestationen als ein Element der geforderten kontrollierenden Öffentlichkeit.

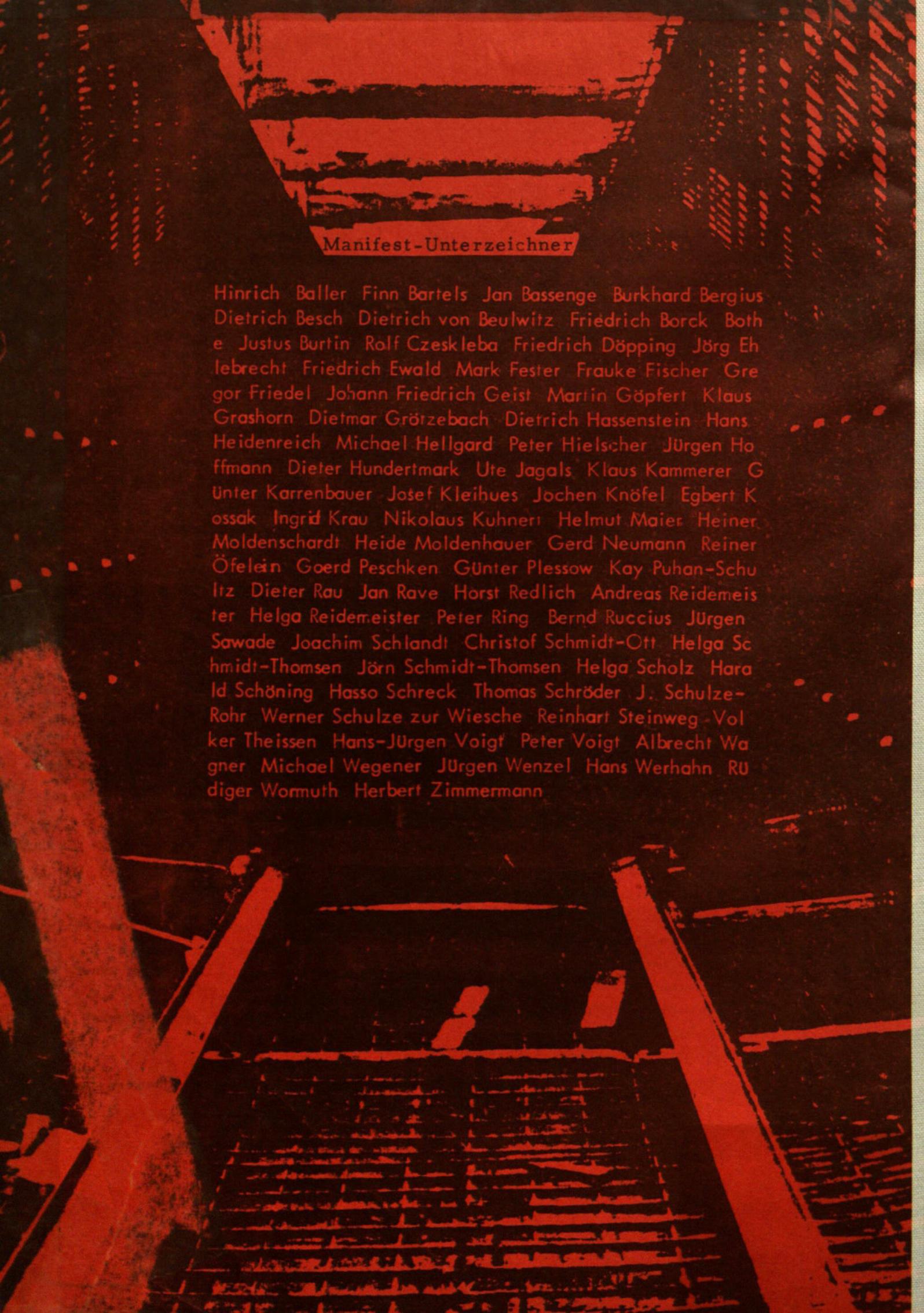
Aus dieser Funktion heraus erhebt sie folgende Forderungen:

- Herstellung einer aufgeklärten und kritischen Öffentlichkeit
- Beteiligung aller Betroffenen an jeder Art Planung und Entscheidung
- Wirtschaftliche, gesellschaftliche, und architektonische Modelle (1:1)
- Wissenschaftliche und gesellschaftlich orientierte Bedarfs-+Program-Ermittlung
- Reduktion der Bauverwaltung auf Koordinierung / Aufsicht / Abrechnung
- Offenlegung aller Kriterien in der Vergabepolitik der Öffentlichen Hand
- Abbau der Entwurfsabteilungen bei den Baugesellschaften
- Planungsalternativen durch unabhängige interdisziplinäre Arbeitsgruppen
- Abschaffung des Berufsbeamtentums
- Gesellschaftliche Verfügung über Grund und Boden
- Orientierung der sog. Berlinhilfe an realen Bedürfnissen und Chancen

Kommt ! Seht ! Diskutiert !

Ausstellung zu den Bauwochen am Ernst-Reuter-Platz

" Diagnose zum Bauen in West-Berlin "



## Manifest-Unterzeichner

Hinrich Baller Finn Bartels Jan Bassenge Burkhard Bergius  
Dietrich Besch Dietrich von Beulwitz Friedrich Borck Both  
e Justus Burtin Rolf Czeskleba Friedrich Döpping Jörg Eh  
lebrecht Friedrich Ewald Mark Fester Frauke Fischer Gre  
gor Friedel Johann Friedrich Geist Martin Göpfert Klaus  
Grashorn Dietmar Grörzebach Dietrich Hassenstein Hans  
Heidenreich Michael Hellgard Peter Hielscher Jürgen Ho  
ffmann Dieter Hundertmark Ute Jagals Klaus Kammerer G  
ünter Karrenbauer Josef Kleihues Jochen Knöfel Egbert K  
ossak Ingrid Krau Nikolaus Kuhner Helmut Maier Heiner  
Moldenshardt Heide Moldenhauer Gerd Neumann Reiner  
Öfelein Goerd Peschken Günter Plessow Kay Puhan-Schu  
ltz Dieter Rau Jan Rave Horst Redlich Andreas Reidemeis  
ter Helga Reidemeister Peter Ring Bernd Ruccius Jürgen  
Sawade Joachim Schlandt Christof Schmidt-Ott Helga Sc  
hmidt-Thomsen Jörn Schmidt-Thomsen Helga Scholz Hara  
ld Schöning Hasso Schreck Thomas Schröder J. Schulze-  
Rohr Werner Schulze zur Wiesche Reinhart Steinweg Vol  
ker Theissen Hans-Jürgen Voigt Peter Voigt Albrecht Wa  
gner Michael Wegener Jürgen Wenzel Hans Werhahn Rü  
diger Wormuth Herbert Zimmermann



"Was wir heute tun, wird man später  
dannach beurteilen, wie wir die Zu-  
kunft vorbereiten und für ihre Ent-  
scheidung die Möglichkeiten freige-  
halten haben." (Fritz Schumacher)

I. Das Privatigentum und seine Grenzen  
Das Privatigentum ist das umfassendste Herr-  
schaftsrecht, das die Rechtsordnung  
an einer Sache zulässt.  
Das Privatigentum ist der Grund-  
pfeiler unserer Gesellschaftsord-  
nung - es gibt als Garant der Unab-  
hängigkeit der Person.  
Das Privatigentum weckt die Eigen-  
initiative, stärkt die Selbstverant-  
wortung und gewährt wirtschaftliche  
Sicherheit. (Höfner)  
Seine wärsche Kraft individualisti-  
scher Persönlichkeitsentfaltung be-  
wehrt angeblich vor den Gefahren der  
Machtentwässerung, wärsche Bestie und Kri-  
stallisation des Schusses wird  
nach dem Motto:  
sei schlau - verdien' am Bau  
dies ohne das die gegenseitige Be-  
ziehung bewiesen ist.

**Die öffentliche Ermordung  
einer Stadt**

- teils langsames teils hek-  
tisches Schauspiel ohne Zwi-  
schenpausen -

dargestellt an der **auf dem besonderen Schauplatz**

**BODEN UND BAUPRAXIS**

**BERLIN**

in der Duldung von den Volks-  
vertretern und in der Einrich-  
tung bevorzugter Hauptdarstel-  
ler

T-D  
BERLI

A4  
27

T-O BERLI A4/



"Was wir heute tun, wird man später danach beurteilen, wie wir die Zukunft vorbereitet und für ihre Entfaltung die Möglichkeiten freigealten haben." (Fritz Schumacher)

## I. Das Privateigentum und seine Grenzen

### § 903 BGB:

"Eigentum ist das umfassendste Herrschaftsrecht, das die Rechtsordnung an einer Sache zuläßt."

Das Privateigentum ist der Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung - es gilt als Garant der Unabhängigkeit der Person.

"Das Privateigentum weckt die Eigeninitiative, stärkt die Selbstverantwortung und gewährt wirtschaftliche Sicherheit." (Höffner)

Seine magische Kraft individualistischer Persönlichkeitsentfaltung bewahrt angeblich vor den Gefahren der Vermassung und des Kollektivismus - anscheinend wachsen Besitz und kritische Wachsamkeit proportional.

Die Richtigkeit des Schlusses wird vom Zusammenfallen des Zwanges zum Konformismus und der Abschaffung des Eigentums in den östlichen Staatsapparaten abgeleitet - allerdings ohne daß die gegenseitige Bedingung bewiesen ist.

Wenn wir den Gleichheitsgrundsatz ernst nehmen wollen, kann nur ein Gruppeneigentum an Boden und Wohnungen eine echte Verteilung an alle Menschen garantieren. Ganz im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung wäre Besitz dann wirklich die Chance zum Tragen von Verantwortung (nämlich gegenüber den anderen), damit "Wurzel der Persönlichkeitsbildung, Damm gegen die Vermassung" (Lubahn).

Art. 14 II GG

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Eigentum ist nicht unantastbar. Wie der Mensch neben dem Recht auf sein persönliches Leben eine gesellschaftliche Verantwortung trägt, so ist er auch mit seinem Besitz zu einem Teil der Allgemeinheit verpflichtet.

Diese "Sozialpflichtigkeit" gilt besonders für das Grundeigentum, das in beschränktem Maße vorhanden ist.

Das Anmelden dieser Rechte der Allgemeinheit als Enteignung zu empfinden ist daher falsch: er ist vielmehr das Einlösen der innewohnenden sozialen Verpflichtung.

Aus der Fragestunde des Berliner Abgeordnetenhauses:

"Ist der Senat in der Lage, Zahlenmaterial über Eigenheimsbau durch Unselbständige mit einem Monatseinkommen unter 1800,-- DM zu geben?" -  
- "Nein!" -

Im Kalenderjahr wurden Eigentumswohnungen im sozialen Wohnungsbau errichtet:

BRD	31 %	des soz. Wo-Baus
Berlin	10,2 %	" " "
Hamburg	17,3 %	" " "

Hört man weiterhin, daß bei Umwandlung von älteren Miethäusern zu Häusern mit Eigentumswohnungen 238 % bis 380 % des Einstandspreises durch Verkauf erzielt wurden (Senatskommentar: "Der Senat hofft daß sich das Problem durch Bau von wertvollen, neuen Eigentumswohnungen von selbst lösen wird."), dann gelangt man zu dem stillen Verdacht, Berlin habe glücklicherweise die Fesseln der verfahrenen Eigentumsideologie schon abgestreift.

Das geeignete Feld für die Bildung von Eigentum in privater Hand ist der Wohnungsbau. So hat die Bundesregierung in den letzten 20 Jahren den Bau von

Eigenheimen - speziell Einfamilienhäusern vorrangig gefördert.

Stark verdichtete Großstadtre- gionen werden die Lebensräume unserer Zukunft sein.

Wie sieht unter diesem Aspekt die Persönlichkeitsentfaltung jedes Einzelnen der grossen Masse aus? Wird jeder von ihnen Besitzer sein können nach dem Gleichheitsprinzip der Ver- fassung?

Heute gilt bereits die Privile- gierung der wenigen Besitzenden. Nur einige genießen die Vortei- le des individualistischen Bo- denrechts. Je enger eine Region besiedelt ist, desto unrealisti- scher wird der Traum vom Haus im eigenen Garten.

Aber schon die Hoffnung auf Be- sitz, beschwichtigt den Men- schen. Warum auch soll er sich nicht an den süßen Traum klam- mern - die Wirklichkeit zuneh- mender Abhängigkeit und abneh- mender Verantwortung ist kein Aufenthalt für Gedanken.

Berlin -  
eng besiedelter Lebensraum -  
ist Opfer dieser Eigentums-  
ideologie.

Die Bodenknappheit zwingt zum verdichteten Wohnungsbau. Die "bürokratische Bewältigung" der Aufgabe geschieht durch ano- nyme Gesellschaften. Das Eigen- tum befindet sich also in der "öffentlichen Hand". Die dem Eigentum innewohnenden Qualitä- ten der Persönlichkeitsbildung werden vom bürokratischen Appa- rat "genutzt", - damit die vor- handene ideologische Grundlage des Wohnungsbaus ad absurdum geführt.

Bei 18018 Wohnungsbewilligungen in Berlin 1966 hatten "Gemein- nützige" einen Anteil von 12133.

"Die Bodenfrage ist die Kardinalfrage des Städtebaus ... Wir leiden an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte, die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen. Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit."  
(Adenauer, 1921)

Aber der Respekt vor dem Eigentum hat konstant wirksame Mittel gegen monopolistische Machtstellungen, Spekulation, Wucher und eine ganze Skala von Mißbräuchen verhindert.

In den Händen dieser Spekulanten ist die Sorge für das Allgemeinwohl schlecht aufgehoben, da das notwendige Maß an Selbstverantwortung gegenüber der Gemeinschaft nicht vorhanden ist.

Daher hat die Masse das Recht zu einer wirksamen Kontrolle. In dem Maße, wie sie mit ihren Bedürfnissen von der Bodenordnung abhängig ist, muss sie über den Boden in Selbstbestimmung verfügen können, statt unter das Diktat der absoluten Eigentums-garantie (anderer weniger!) gezwungen zu werden.

Die 1965 durchgeführte Wohnungsstichprobe ergab:  
in Berlin wohnen  
83,5 % als Hauptmieter,  
6,0 % als Gebäude- oder Wohnungseigentümer,  
10,5 % als Untermieter.

Der Preisanstieg in Gebieten offener Bauweise und am Stadtrand war in Berlin am höchsten im Vergleich zu westdeutschen Städten.

(Information des Bausenators Schwedler bei seiner Pressekonferenz am 11. 2. 1966)

Baupreisindex:

1958 = 100  
1965 = 156,0 in Berlin  
1965 = 154,3 in der BRD

Bei der Wohnungsstichprobe 1965 wurde ein Bestand von 44.000 Notunterkünften (unausgebaute Keller und Dachbehausungen, Dauerwohnlauben, ...) ermittelt. Diese Zahl liegt wesentlich über der 1961 festgestellten - trotz intensiven Neubaus. Daher ist für 1968 mit keiner geringeren Zahl zu rechnen. Betroffen sind alle sozial schwach Gestellten (nicht zuletzt Studenten und ausländische Arbeitskräfte). ▼

▲ Dies ohne Ende der Mietpreisbindung, ohne bereits durchgeführte Sanierung im totalen Maßstab, die billige Wohnungen frißt, die nicht einmal zu den Notunterkünften zählen!

### Die Unterschiede von Bodenwert, Verkehrswert und Verkaufspreis

Der Boden ist knapp, weil unvermehrbar.

Die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen der Gesellschaft an den Boden geben ihm einen Gesamtwert, der hier Bodenwert genannt werden soll. Die wohlüberlegten und im Hinblick auf das Gesamte fixierten Einzelnutzungen stellen in der Addition den höchstmöglichen Bodenwert dar.

Die Verflechtung der Interessen der Allgemeinheit macht den jeweiligen Wert des Grundstücks für die Gesellschaft wie für den Einzelnen aus.

Wenn aber der Bodenwert in Abhängigkeit von Interessenverbänden mit Monopolstellung gebildet wird, kann er nicht mehr im Sinne der Allgemeinheit optimal genutzt sein.

Während der Bodenwert als Wert für die Gesellschaft in seiner Gesamtheit zu betrachten ist, stellt der Verkehrswert das Vergleichsmaß für Grundstücke verschiedener Nutzung dar.

Zur Erläuterung des gesellschaftlichen Bodenwertes mag folgendes Berliner Beispiel des Aufeinanderprallens von Einzelinteressen und Nutzen für die Allgemeinheit dienen:

"Niemand weiß besser als wir hier in West-Berlin, was Wälder bedeuten" (Willy Brandt am 23.2.66 bei der Feierstunde der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald)

Der im Sommer 1966 verabschiedete Flächennutzungsplan enthält ein ca. 12 ha grosses Stück Grunewald zwischen Angerburger Allee und Heerstrasse, das als Baugebiet ausgewiesen ist. Entscheidend für diesen Schritt war die Initiative der Senatsabteilung für Wirtschaft. Das Konzept war, eine Wohnsiedlung im Grünen in bestmöglicher Wohnform im Wettbewerb - unter sorgfältiger Schonung des größtmöglichen Teils der Bäume - zu erreichen. Schon dies ist eine Entwertung des Bodens im Sinne der Bedürfnisse der von der Natur

▼

Er ist also wichtigste Grundlage für den Tausch.

Wenn Interessenverbände die Nutzung eines Grundstücks festlegen, verursachen sie eine Wertverschiebung zu ihren Gunsten, die darüberhinaus das Gefüge des Verkehrswertes der Umgebung beeinflusst.

Der Verkaufspreis ist eine Summe aus dem objektiv gemeinen Wert = Verkehrswert und subjektiven Zu- und Abschlägen. Diese situationsgebundenen Änderungen sind um so stärker manipulierbar je größer die Monopolstellung strukturierter Interessen ist.

▲  
abgeschnürten Berliner Bevölkerung; - immerhin hat die anvisierte Wohnform eine positive Seite.  
Wo aber bleibt jede Legitimation der nun folgenden Senatsentscheidung: der Wettbewerb entfällt, einfallslöse Reihenprodukte aus der Schublade eines Erfolgsarchitekten wachsen auf leergefegtem Plateau hinter einer Schamwand aus grünem Knüppelholz hoch!

Unter dem reinen Aspekt des Ertragsnutzens wird zwangsfähig der Gebrauchnutzen soweit beeinträchtigt, wie es die Absatzmöglichkeiten erlauben.

### III. Die Bedeutung von Gebrauchsnutzen und Ertragsnutzen.

Die Bedürfnisbefriedigung und der Wunsch, Erträge zu erzielen, kollidieren miteinander, wenn die Verfügungsgewalt über ein Grundstück und dessen Benutzung in verschiedenen Händen liegen.

Das Interesse an lukrativen Erträgen führt zu einer hohen Verzinsung des im Boden investierten Kapitals, damit zu hohen Mieten. Der Mieter, der Bedürfnisse hat, der einfach benutzen möchte, wird beeinträchtigt.

Unter dem reinen Aspekt des Ertragsnutzens wird zwangsläufig der Gebrauchsnutzen soweit beeinträchtigt, wie es die Absatzmöglichkeiten erlauben.

Repräsentative Angaben über Bodenwertsteigerungen in Berlin beim Verkauf von bebauten Grundstücken.

(in Ermangelung statistischer Angaben des Senats)

Lage	Verk.-wert 31.12.63 DM/m <sup>2</sup>	Verk.-wert 31.12.64 DM/m <sup>2</sup>	Kaufpreis 1966 DM/m <sup>2</sup>	Wertsteigerung 64:66
------	---	---	--	-------------------------

#### Charlbg.

Zillestr. 40,--	100,--	207,--	
KrummeStr 60,--	120,--	449,--	
Kantstr. (Eckhaus) 150,--	250,--	406,--	

145 %

#### Wedding

Fennstr. 40,--	80,--	200,--	
Groninger Strasse 40,--	70,--	50,--	
Chaussee- strasse 90,--	180,--	160,--	

125 %

#### Spandau

Heerstr. 28,--	50,--	120,--	
Victoria- Ufer (Altstadt) 75,--	100,--	204,--	

In Berlin z.B. wird der Gebrauchsnutzen alter Häuser bis zur vollkommenen Negation vernachlässigt, weil die Erträge nicht in gleichem Maße wachsen, wie die Kosten der Instandsetzung - also der Sorge um die Gebrauchsfähigkeit.

▲  
Bauwirtschaft noch auf einige Zeit  
ihrer Beschäftigungssorgen. Und für  
Übermorgen hat man schon neue Slums!

Das soll nicht heißen, daß fast nicht  
mehr vorhandener Gebrauchsnutzen nicht  
auch noch ausgeschlachtet werden kann,  
solange wie es Einkommensschichten  
gibt, die sich den "sozialen Wohnungs-  
bau" nicht leisten können. So weigern  
sich viele Kreuzberger Hausbesitzer,  
Boden und Haus zur Sanierung zu verkau-  
fen, weil sich nie wieder so bequem  
verdienen läßt.

Beispiel aus den Sanierungsakten:  
Hausbesitzerin G. in der Wassertorstr.  
in Kreuzberg hat eine Mieteinnahme von  
20.000,-- DM. Sie gibt ihr Jahresein-  
kommen mit max. 14.000,-- DM an, was  
die Aufwendungen stark übertreibt.

Welch ein Wunder, daß sie sich ener-  
gisch gegen Kauf- und Tauschangebote  
wehrt!

Welch ein Wunder, daß es ihr die Ge-  
setze erlauben, dies seit über einem  
Jahr erfolgreich zu tun!

Den größten Gewinn aber brin-  
gen Grundstücke - weit über  
jeden hochgeschraubten Ertrags-  
nutzen hinaus - wenn sie unter  
völliger Mißachtung des Gebrauchs  
ständig aufgekauft und zu höhe-  
rem Preis weiterverkauft werden,  
also lediglich der Kapitalsver-  
mehrung dienen. Der bei jedem  
Wechsel fällige Aufpreis ist  
nur möglich, weil Mangel an Bo-  
den besteht, der jeweilige Auf-

Der Grund ist eindeutig:

ein Altbau mußte bisher in Privatinitiative renoviert werden und verursacht eine Jahreskostenmiete von 60,-- DM/m<sup>2</sup>, während der öffentlich geförderte Neubau nur wenig mehr als die Hälfte Jahresmietkosten erfordert. Zweifellos hat diese Ungleichheit die beschleunigte Slum-Bildung in Kreuzberg, Wedding und Neukölln gefördert, wenn nicht großteils verursacht.

Hat dies der Senat nicht erkannt?

- Zumindest hatte er lange kein Interesse für sein bauhistorisches Erbe. Sein ganzes Augenmerk ging auf den Bau moderner, erschwinglicher, d.h. mit großen Zuschüssen errichteter Wohnungen für junge Arbeitnehmer. Von den 42 % nicht erwerbstätigen Wohnungsinhabern wohnten 1965 75,6 % in Altbauwohnungen - die Alten also sind die Leidtragenden. Die umworbenen Arbeitskräfte sind daneben auch noch wertvolle Konsumenten produzierten Ware Wohnung.

Dazu muss man wissen, daß das Bauhauptgewerbe einen Anteil von 13,5 % an der Berliner Industrie hat (Angabe für 1966) - nur so lässt sich das Interesse krampfhaften Aufrechterhalten der Wohnungsproduktion begreifen.

Letztlich aber ist die Bauindustrie rein konsumptiv und stellt keine Produktions-erweiterung auf Zeit dar - ist also höchstens Überbrückungsmaßnahme. Die geduldete und indirekt geförderte Verelendung der alten Gebiete behebt allerdings durch den nun möglichen Totalabriß die

käufer also entweder selbst in einer Notsituation ist oder andere darin weiß.

Diese Manipulationen erhöhen zwar den Preis, stellen aber keine echten Wertsteigerungen dar.

Daneben aber profitiert jeder Eigentümer am tatsächlichen Wertzuwachs seines Grundstücks auf ganz unverdiente Weise, durch Leistungen der Allgemeinheit.

Diese sind:

1) Wertsteigerungen durch Aufstellen eines Bebauungsplanes. Für Wertminderungen ist der Staat ersatzpflichtig, Wertsteigerungen verbleiben dem Eigentümer ganz.

2) Wertsteigerungen durch tatsächlich durchgeführte Maßnahmen:

- a. Standortverlagerungen
- b. bauliche Maßnahmen zur Erschließung (Straßen, Verkehrsmittel, Leitungen)
- c. bauliche Maßnahmen zur Versorgung (Dienstleistungen, Bildungseinrichtungen)

Diese öffentlichen Leistungen bewirken eine Erhöhung der Grundrente, die sich in einer konkreten Geldsumme ausdrückt, die dem Eigentümer monatlich zufließt. Wenn diese Summe nicht an die Allgemeinheit zurückerstattet wird, dient sie zur Modifizierung des progressiven Besteuerungssystems :

je größer der Besitz an Boden,  
desto größer das Geschenk durch  
die Planungsbehörden.

Das Zustandekommen des ständig  
beschleunigten Wachstums der  
Grundrente.

Die Dauerspekulation bringt ei-  
nen jeweils neuen Aufpreis von  
Verkauf zu Verkauf.

(Der private Eigentümer, der ein-  
malig ein Grundstück zu privatem  
Gebrauch erwirbt und in den Ketten-  
prozess an bestimmter Stelle ein-  
steigt, muß dafür teuer bezahlen.  
Sobald er aber aus seinem Grund-  
stück einen Ertragsnutzen zieht,  
kann er die erhöhten Erwerbskosten  
auf die abhängigen nichtbesitzen-  
den Nutzer abwälzen.)

Das Vorwegnehmen der Wertsteige-  
rungen in Erwartung späterer Er-  
eignisse öffnet durch seine Un-  
kontrollierbarkeit Tür und Tor  
für krasse Fälle der Spekulation.  
Dabei werden nicht nur realisier-  
bare Werte vorweggenommen. Die  
Preise für Bauerwartungsland z.B.  
richten sich nach höchstmöglichen  
Summen, die aus dem Geldbeutel  
der Nutzer herauszupressen ist.

Zur Kontrolle der Rechtmäßig-  
keit der Verkehrswerte dient  
die Baunutzungsziffer. Es ist  
legitim, daß ein Architekt Grund-  
stückswerte steigert, indem er  
mit einem Entwurf eine bessere  
Nutzung nachweist als vorgesehen  
ist. Es bedarf dazu der Zustim-  
mung der Bausenatsbehörde.  
So war es z.B. einer Kapitalge-  
sellschaft möglich, am Kurfür-  
stendamm einen Millionengewinn  
zu erzielen. ▼

▲ Sie kaufte ein Grundstück, beauftragte einen Architekten mit einem massigen, nutzungsintensiven Entwurf, ließ den Senat zustimmen (- wobei die Auflage zu bauen, in Vergessenheit geriet -) und entschloss sich zum Weiterverkauf des nun auch so wertvollen Grundstücks.

Auch die Förderungsmaßnahmen zum Wohnungsbau sind nicht unschuldig an hohen Grundrenten und damit Bodenpreisen. Die Tatsache, daß bei stark überteuerten Käufen keine Förderung gewährt wird, trübt manchem den Blick für die Realität: Subvention treibt die Bodenpreise in die Höhe, da die Nachfrage zunimmt.

Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Förderung der Eigentumbildung oder um Mietsubventionen indirekter oder direkter Art handelt (- darunter sind sozialer Wohnungsbau oder Mietgeld zu verstehen).

Das gleiche gilt für Steuervergünstigungen und Zinsverbilligungen. Sie werden gerade zu dem Zweck gewährt, mehr Menschen den Erwerb von immobilem Besitz zu ermöglichen. Was sich "gezielte Förderung" nennt, ist Konzeptionslosigkeit: Mehr Käufer auf der einen Seite -, auf der anderen Seite der Versuch, Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen, also einen Markt zu schaffen: eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt.

Neue Berlinhilfe:

(Notiz der "Frankfurter Rundschau" vom 21.8.1968)  
" Neu ist auch eine Abschreibungsvergünstigung in Höhe von 50 % der Herstellungskosten nichtöffentlich geförderter Wohngebäude und Eigentumswohnungen, die nach dem 30.6. dieses Jahres fertiggestellt werden. Besonders erfreut sind darüber Grundstücksmakler, .... Denn eine Villa im Grünen, Traum von Millionen, ist unter diesen Aspekten für viele in greifbare Nähe gerückt. Einer der größten Immobilienmakler

Die Situation verlangt erneut staatliche Nachhilfe, das Subventionsbarometer steigt.

Die Kapitalsvermehrung durch Spekulation und ertragsorientierte Nutzung konzentriert

durch ständigen Gewinn Besitz an bestimmter Stelle. So sind alle Subventionsmaßnahmen bitter notwendig, um das im Grundgesetz verankerte Recht auf Eigentum als Garant der Freiheit zu retten. Es ist mehr als Ironie, daß gerade die Subventionen zur Freiheit der Willkür der Wenigen werden.

Die Folgen der ständig wachsenden Grundrente

Die Abhängigkeit der Mieter vom Eigentümer wird immer größer. Die Baulandpreise, die von den Mietern letztlich durch die Mieten getragen werden, sind in den letzten 10 Jahren um ein Vielfaches gegenüber den Lebenshaltungskosten und selbst gegenüber den Baukosten gestiegen.

(In Hannover z.B. haben sich seit 1936/38 die Lebenshaltungskosten verdoppelt, die Baukosten vervierfacht, die Baulandpreise aber verzehnfacht!)

in Berlin erklärte auf Anfrage: 'Es ging noch nie so gut wie in diesem Jahr 1968'."

Auch die Förderungsmaßnahmen zum Wohnungsbau sind nicht uneingeschränkt an hohen Grundrenten und damit Bodenpreisen. Die Tatsache, daß bei stark überhöhten Käufen kein Förderung gewährt wird, trägt schon den Blick für die Realität. Subvention treibt die Bodenpreise in die Höhe, da die Nachfrage zunimmt. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Förderung der Eigenheimbildung oder um Mietsubventionen handelt (- darunter sind soziale Wohnungsbau oder Mietsold zu verstehen).

Das gleiche gilt für die Förderung der Eigenheimbildung und Mietsubventionen. Sie werden gerade in dem Maße, wie die Lebenshaltungskosten steigen, zurückgeführt. Es wird von Immobilienbesitzern nicht selten als "Geldwäsche" bezeichnet. Es ist eine Tatsache, daß die Förderung der Eigenheimbildung und Mietsubventionen gerade in dem Maße, wie die Lebenshaltungskosten steigen, zurückgeführt werden.

"Je Sozialwohnung betragen die Grundstücks- und Aufschließungskosten in der BRD 1960 21 % der Gesamtkosten = 14.000,- DM. Innerhalb von 4 Jahren haben sich also die Grundstücks- und Aufschließungskosten ... mehr als verdoppelt." (Frey)

Hohe Mieten sind eine rückwirkende Minderung des ausgezahlten Lohnes!

"... im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau betragen 1964 die durchschnittlichen Gesamtkosten einer Wohnung das 6-fache des Jahreseinkommens eines Arbeiters gegenüber dem 3 1/2 - 4-fachen 1913." (Jaschinski)

Eine der folgenschwersten Auswirkungen der hohen Mieten ist der Zwang, kleine Wohnungen entgegen den Bedürfnissen zu errichten. So entstehen die Slums der Zukunft.

Die überhöhten Mieten sind das Glied einer Spirale ohne Ende.

Grundstückskosten je m<sup>2</sup> Wohnfläche im sozialen Wohnungsbau 1959-1966:

1959	61	63	65	66
	29,-	37,-	47,-	60,- 67,- DM

Grunderwerb der Sanierungsträger (" Gemeinnützig "): DM

durchschnittliche Erwerbskosten je m <sup>2</sup> Grundstücksfl.	Wedding, Kreuzberg, Neukölln			Charlottenburg, Schöneberg		
	1963	65	67	1963	65	67
je m <sup>2</sup> Geschoßfläche	37,7	78,9	87,4	57,0	119,1	160,2
	40,7	58,1	43,4	32,8	60,8	52,4

Der Kauf durch die Sanierungsträger erfolgt mit öffentlichen Geldern (der treuhänderisch verwalteten Überschüssen aus Mieteinnahmen der sozial unterstützten Mieterkreise größtenteils).

Sie machen ein Grundstück ertragreich, erhöhen damit seinen Wert, werden bei Verkauf also selbst wieder Ursache zu neuen Mietsteigerungen.

Aus in Zukunft wird sich das nicht ändern, denn die mühsam von einem Sanierungsträger erworbenen Grundstücke werden reprivatisiert, damit dem Bodenpreisspiel wieder freier Lauf gelassen.

## I. Die Fiktion von Angebot und Nachfrage

In unserem Wirtschaftssystem gewährt der Bodenbesitz eine Exklusivstellung zur risikolosen Kapitalvermehrung.

Der Wunsch, diese Teilhaberschaft zu verewigen, wie die natürliche Knappheit des Bodens, sind die Grundlage der Monopolbildung.

▲ Dieses Geld fließt den Grundeigentümern mit ihren überhöhten Forderungen zu.

Um den Tatbestand zu mildern, schreibt das Gemeinnützigkeitsgesetz vor, bei ungerechtfertigt hohen Kaufpreisen keine öffentlichen Gelder zum Wohnungsbau zu gewähren. Also sind die bezahlten Preise aus der vorangehenden Tabelle legitim!

Die "objektiven" Gutachterausschüsse zur Bodenbewertung spielen hier bei eine verhängnisvolle affirmative Rolle:

Sie ermitteln die jeweils gültigen Verkehrswerte und sanktionieren sie als durchschnittlich - damit angemessen!

Der Bodenanteil am Grunderwerb der Sanierungsträger beträgt bis einschließlich 1967 39,2 mill. DM, das sind 40 % der Gesamterwerbskosten.

Der Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage kann aus diesen Gründen nicht funktionieren. Ohne das Monopol grundlegend anzugreifen, müssen alle staatlichen Maßnahmen zur Marktbildung scheitern. Der Markt beruht auf dem Prinzip, daß einer das hat, was ein anderer braucht, während er selbst braucht, was ein anderer hat.

Da aber beim Grundbesitzer der Boden in fast allen Fällen ein Überflügut ist, ist er auf das Gegenangebot nicht aus einer Notlage angewiesen, - d.h. er kann beliebige Forderungen stellen, da er warten kann. Dieses Kapitalgeschäft ist aber kein Marktgeschehen.

Wenn jeder über das ein Verfügungsrecht hat, was er braucht, wie es bei einer Verteilung des Bodens nach dem Gleichheitsgrundsatz ist, ist es vollends sinnlos, einen Markt einzuführen.

Das Monopol wird trotz seiner Bedrohung des Marktes nicht gebrochen, sondern gezielt gestützt, wie es sich bei Erörterung der Subventionen zeigte.

Die ausgleichende Gerechtigkeit in Form von Bodenbesteuerung, Baulandsteuer, Vorratspolitik, reichlicher Erschließung bleiben effektlose Maßnahmen, da sie das Übel nicht an der Wurzel packen, sondern Symptome kurieren.

Ein durch "Angebot und Nachfrage" ge-  
regelter Markt für Wohnungen läßt sich  
genausowenig verwirklichen. Durch  
Strukturverlagerungen im gesamten  
Lebensbereich ergeben sich teils lang-  
fristige, teils hektische Wandervorgänge.

Dagegen bleibt der Bestand an Wohnun-  
gen an Standorte gefunden. Ihre Erträ-  
ge machen eine möglichst lange Lebens-  
dauer lukrativ. Die Grundbesitzverhält-  
nisse und die Leistungen der Erschlie-  
ßung verewigen Standortentscheidung,  
die irgendwann einmal sinnvoll waren  
(- oder auch immer schon sinnlos).  
Beharrungsvermögen steht contra Mobi-  
lilität. Daneben ist nicht jede Wohnung  
für jeden die richtige und die er-  
schwingliche.

Dadurch daß ein Teil der Wohnungen  
subventioniert ist, werden diese von  
Bewohnern blockiert, die von den billi-  
gen Mieten profitieren wollen, selbst  
wenn der Wohnungszuschnitt längst nicht  
mehr angemessen ist.

Angebot und Nachfrage können sich also  
nicht einpendeln.

## VII. Die rechtliche und finanzielle Trennung von Baugrund und Bauwerk

Boden ist unvermehrbar und in seiner  
Gesamtheit Existenzgrundlage für die  
Menschen.

Der innere Zusammenhang der Anforderun-  
gen, der ständig wachsende Bedarf machen

die volle Verfügungsgewalt der Öffentlichkeit (- als Träger des gemeinen Interesses -) notwendig.

Gebäude sind erzeugte Güter, lassen sich nach dem Bedarf vermehren. Das Reglement der Häuserverwaltung führt zum Aufblähen des bürokratischen Apparates ohne Nutzen und zur Entmündigung der Betroffenen - genau wie das Nutzungsdiktat der kapitalorientierten Privatbesitzer.

Die finanzielle Trennung beider Güter bedeutet, daß aus dem Boden keine Rente mehr aufgrund einer hohen Ausnutzung - sprich, erzielbaren Jahresmiete - gezogen werden kann. Der falsche Kreis, der sich gegenseitig steigernden Werte von Mieten und Boden entfällt.

Beläßt man das Eigentumsrecht am Boden, so ist es nur noch zur Gebrauchsnutzung attraktiv, etwa als Gruppeneigentum.

Das resultierende mangelnde Interesse an der Bodenhaltung - da ohne finanziellen Vorteil - würde viele Kompromisse der Stadtplanung vermeiden helfen.

## Lösungsvorschläge zur Neuordnung von Eigentums- und Baupolitik

Die einzeln aufgeführten Vorschläge sind in ihrem Zusammenwirken als Lösung der gegenwärtigen Misere zu verstehen. Es bedarf dazu der grundsätzlichen Entscheidung, ohne Rücksicht auf bestehende Machtkonstellationen ein kompromißloses Programm im Dienste aller Menschen dieses Staates aufzustellen, das herrschende Prinzip der Erpressung durch die Wenigen zu beseitigen.

Jede Einzelmaßnahme wird durch den Einfluß starker Interessengruppen zunichte gemacht und durch die Übermacht des Bestehenden außer Kraft gesetzt. (Zur Erinnerung: die Mühle der Subventionen, die affirmative Funktion der Bodenbewertungsausschüsse.)

Ein liberal getarntes antidemokratisches Verhalten ist Grundlage des geübten Geschäftsgebarens. Evolution schließt sich aus.

### (1) - Trennung von Baugrund und Bauwerk -

Die juristische Trennung von Baugrund und Bauwerk gewährleistet die volle Verfügungsgewalt der Allgemeinheit zu ihrem Nutzen und sichert den jeweiligen Benutzern das Genußrecht.

Das bedeutet, daß die gemeinsame Existenzbasis "Boden" grundsätzlich der gesamtgesellschaftlichen Nutzungsfestlegung unterliegt - und daß dem Einzelnen ein Recht zum Gebrauch darauf gewährt wird. Das Prinzip der zeitgebundenen Beleihung räumt Rechte ein - und nimmt sie nicht.

Das Wort "Enteignung" entspricht der bestehenden Eigentumsideologie. Wir meinen aber die Überführung öffentlich benötigter Grundstücke aus unstatthaftem Privatbesitz in die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit. Auch dafür bietet die Trennung von Boden und Bauwerk Rechtsgrundlage.

Daraus folgt die finanzielle Trennung. Bodenpreise beeinflussen nicht mehr die Ausnutzungsziffern und umgekehrt. Damit ist Städtebau nicht mehr Funktion der Grundrente. Bodenpreise beeinflussen nicht mehr die Mietkalkulation. Der circulus vitiosus, daß hohe Mieten den Ertrag, damit den Wert des Bodens, steigern, was wiederum die Mieten steigert, wird durchbrochen.

## (2) - Zonung des Bodens -

Da das Interesse der Allgemeinheit am Boden nicht überall gleich groß ist, können den verschiedenen Nutzungen verschieden große Rechte eingeräumt werden:

**a. - Privateigentum** für Zonen, in denen Boden einer bestimmten Nutzungsart im Überfluss vorhanden ist. Das stetige Anwachsen der Bevölkerung wie die wachsenden Nutzungsansprüche werden diese Zonen immer weiter einschränken. Durch die finanzielle Trennung gibt es keinen Ertragsnutzen aus dem Boden; es ist also möglich, dem Grundbesitzer nicht mehr Gewinn aus dem Boden zuzugestehen als durch normale Verzinsung einer Spareinlage.

**b. - Erbpacht** beinhaltet ein im voraus vertraglich festgesetztes Ende der Beleihung mit Rechten (- während Eigentumsrechte auf ein Ende ohne festgesetzten Termin vergeben werden.)

Die Erbpachtzonen differenzieren sich nach den gewährten Zeitspannen - in Abhängigkeit von den Veränderungsbestrebungen eines Gebietes.

**c. - Gruppeneigentum** gilt für alle nutzungsintensiven Wohngebiete außerhalb der Kernzonen. Ihre relative Beständigkeit der Sozialstruktur ist Grundlage für das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner.

**d. - Boden im öffentlichen Besitz** - ist der gesamte Boden, der vielen Ansprüchen zu genügen hat, in seiner Art unersetzlich ist oder für den kein Nutzungsanspruch Einzelner nachweisbar ist (innerstädtische Grundstücke, Seeufer, Wälder usw.)

## (3) - Ende der Subventionen -

Die Funktion der Subvention wurde hinreichend beschrieben. Sind die drei Grundübel - hohe Bodenpreise, spekulative Mietkalkulation und hohe Baupreise - beseitigt, erübrigen sich Subventionen, ein minimales Mietniveau ist möglich. (Hohe Baupreise sind weitgehend durch systematische Rationalisierung und staatliche Kontrolle der Bauindustrie zu dämpfen; die Mietkalkulation muss nach Tilgung der Kapitalkosten zu einer Mietsenkung führen.)

Die Gelder, über die der Staat durch die gesparten Subventionen verfügt, bilden die Grundlage für den intensiven Bodenerwerb.

(4) - Kontrolle der Mietpreise -

Die Steigerung der Mietpreise darf die der Lebenshaltungskosten nicht überschreiten. Ihr niedriges Niveau hilft diese selbst niedrig zu halten. Gesenkte Mieten - selbst schon nicht stetig steigende - stellen eine indirekte Lohnerhöhung, eine echte Umverteilung des Volkseinkommens dar, anstelle des ständigen Flusses in Richtung Kapital.

(5) - voller Entzug des Planungswertzuwachses -

Die verbleibenden Formen von Einzel- und Gruppeneigentum dürfen nicht bevorzugte Nutznießer sein.

(6) - Beteiligung der Betroffenen -

a.- Beratung und Aufklärung über die Möglichkeiten der Einflußnahme müssen Hand in Hand gehen mit einer speziellen Bildungspolitik auf diesem Gebiet.

b.- Befragung ist im Anschluss daran eine wertvolle Stütze der Planer, da die Betroffenen aufgeschlossen und zugleich kritisch gegenüber ihren Problemen sind.

c.- Gruppeneigentum fordert und fördert Verantwortung der Beteiligten, damit das Interesse, aktiv zu werden. Die leichte Übertragbarkeit der Eigentumsbeteiligung ist zu fordern.

d.- Kollektive zur Wohnungsverwaltung nehmen die Interessen der Bewohner wahr ("Gemeinnützige" ohne Expansionsfähigkeit.).

HILFE!!! BERLINHILFE!

# Steuern sparen - Rendite erzielen ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungsberechnung im einzelnen bedeutet:

Sollten Sie sich beispielsweise mit 100 000,- DM an der vorgenannten Gesellschaft beteiligen, erhalten Sie einen Gesamtverlustanteil in Höhe von 209 300,- DM zur Verfügung gestellt, den Sie in Ihrer Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer-Erklärung geltend machen.

Nimmt man an, daß Sie in einer 50%igen Steuerprogression liegen, ergibt sich für Sie eine Steuerersparnis von 104 650,- DM, d. h. also, Sie haben nicht nur Ihren Kommanditanteil voll aus Steuermitteln finanziert, sondern haben noch eine darüberhinausgehende Steuerersparnis.

## die beste Kapitalanlage der Welt



# HILFE !!! BERLINHILFE !

	BAUFÖRDERUNGS MASSNAHME	BEISPIEL	AUSWIRKUNG BEI DEN BEGÜNSTIGTEN																								
1	<p><b>Erhöhte Absetzungen gemäß § 14 BfMG</b> Eine besondere Vergünstigung besteht für Westberliner Unternehmer bei der Anschaffung oder der Herstellung abnutzbarer beweglicher Wirtschaftsgüter und bei der Herstellung (nicht Erwerb) von abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens. Sie besteht darin, daß anstelle der normalen Absetzungen (§ 7 EStG) bis zu 75 v. H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt werden können, und zwar wahlweise entweder sofort in einer Summe oder gleichmäßig oder ungleichmäßig auf 2 oder 3 Jahre verteilt. Bereits von Anzahlungen auf Anschaffungskosten und von Teilerstellungskosten können erhöhte Absetzungen vorgenommen werden. Die erhöhten Absetzungen können auch dann beansprucht werden, wenn sie zu einem ausgleichs- oder vortragsfähigen Verlust führen. Sie wirken sich vordergründig auf die Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer aus.</p>	<p>Die FORUM STEGLITZ AG konnte im erhöhten Sonderabsetzungen nach § 14 BfMG in Wirtschaftsjahr der Herstellung und Anschaffung anstelle der normalen Absetzungen in Höhe von 49.200.000,- DM Absetzungen erhalten bei der Abschreibung insgesamt 49.200.000,- DM</p> <p>Bereits auf das erforderliche Kommando-Kapital in Höhe von 200.300.000,- DM ergibt sich ein Abschreibungsgrad in Höhe von <b>209,3%</b></p> <p>Die Abschreibungsgrade der Gesellschaft werden durch die erhöhten Absetzungen gemäß § 14 BfMG und erreichen sich wie folgt:</p> <table border="1"> <tr> <td>10% Abschreibung auf Gebäude gemäß § 14 BfMG</td> <td>49.200.000,- DM</td> </tr> <tr> <td>Aufwendungen Sachvermögen</td> <td>7.510.000,- DM</td> </tr> <tr> <td>Betriebsausgaben der Gesellschaft</td> <td>52.000.000,- DM</td> </tr> <tr> <td><b>darunter 75%</b></td> <td><b>10.200.000,- DM</b></td> </tr> </table> <p>100% absetzbare Kosten</p> <table border="1"> <tr> <td>Finanzierungskosten ohne Zinsen</td> <td>1.200.000,- DM</td> </tr> <tr> <td>Betriebskosten der Gesellschaft</td> <td>400.000,- DM</td> </tr> <tr> <td>Ertragssteuern für Gebäude</td> <td>500.000,- DM</td> </tr> <tr> <td>Sonstige Ertragssteuern</td> <td>97.000,- DM</td> </tr> <tr> <td></td> <td><b>1.197.000,- DM</b></td> </tr> </table>	10% Abschreibung auf Gebäude gemäß § 14 BfMG	49.200.000,- DM	Aufwendungen Sachvermögen	7.510.000,- DM	Betriebsausgaben der Gesellschaft	52.000.000,- DM	<b>darunter 75%</b>	<b>10.200.000,- DM</b>	Finanzierungskosten ohne Zinsen	1.200.000,- DM	Betriebskosten der Gesellschaft	400.000,- DM	Ertragssteuern für Gebäude	500.000,- DM	Sonstige Ertragssteuern	97.000,- DM		<b>1.197.000,- DM</b>	<p>Die Abschreibungsberechnung bedeutet: Sollten Sie sich beispielsweise mit 100.000,- DM an der vorgenannten Gesellschaft beteiligen, erhalten Sie einen Gesamtverlustanteil in Höhe von 209.300,- DM zur Verfügung gestellt, den Sie in Ihrer Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer-Erklärung geltend machen. Nimmt man an, daß Sie in einer 50%igen Steuerprogression liegen, ergibt sich für Sie eine Steuerersparnis von 104.650,- DM, d. h. also, Sie haben nicht nur Ihren Kommanditanteil voll aus Steuermitteln finanziert, sondern haben noch eine darüberhinausgehende Steuerersparnis.</p>						
10% Abschreibung auf Gebäude gemäß § 14 BfMG	49.200.000,- DM																										
Aufwendungen Sachvermögen	7.510.000,- DM																										
Betriebsausgaben der Gesellschaft	52.000.000,- DM																										
<b>darunter 75%</b>	<b>10.200.000,- DM</b>																										
Finanzierungskosten ohne Zinsen	1.200.000,- DM																										
Betriebskosten der Gesellschaft	400.000,- DM																										
Ertragssteuern für Gebäude	500.000,- DM																										
Sonstige Ertragssteuern	97.000,- DM																										
	<b>1.197.000,- DM</b>																										
2	<p><b>Darlehen für bauliche Tätigkeit gemäß § 17 BfMG</b> Unbeschränkt Steuerpflichtige, die für den Bau, den Umbau, die Erweiterung, die Modernisierung und die Instandsetzung von Gebäuden in Berlin (West) langfristige Darlehen gewähren, können 20 v. H. des Darlehensbetrages von ihrer Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld für das Jahr absetzen, in dem sie die Darlehen gewährt haben.</p>	<p>Einrichtungen für Hotels, Geschäfte, Cafés, Gewächshäuser, Schiffe, Taxis</p>																									
3	<p><b>Investitionszulage gemäß § 19 BfMG</b> Für neue abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wird neben den erhöhten Absetzungen eine Investitionszulage in Höhe von 10 v. H. der Anschaffungs- und Herstellungskosten gewährt. Die Investitionszulage gehört nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes, sie mindert auch nicht die Bemessungsgrundlage für die Absetzungen</p>																										
4	<p><b>Ermäßigung der Einkommensteuer gemäß § 23 BfMG</b> Für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ermäßigt sich die Einkommensteuer um 30 v. H. Bei der Körperschaftsteuer beträgt die Ermäßigung 20 v. H. zuzüglich 3,2 v. H. der in dem Einkommen enthaltenen Einkünfte aus Berlin (West). Das entspricht insgesamt einer Ermäßigung von mindestens 26 v. H.</p>		<p>Steuervergünstigung für das arbeitsfreie Einkommen der Haus- und Grund-Besitzer</p>																								
5	<p><b>Darlehen für gewerblich genutzte Bauten aus dem ERP-Sondervermögen</b> Zur Errichtung von gewerblich genutzten Bauten in Berlin (West) können 30 bis 50 v.H. der Baukosten als Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden. Mindestens 70 v. H. sind vom Bauherrn als Eigenmittel oder selbst zu beschaffende, nicht öffentliche Fremdmittel aufzubringen. Zinssatz: z. Z. 4,5 v. H. jährlich</p>		<p>Der niedrige Zinssatz des staatlichen ERP-Darlehens erhöht die private Rendite</p>																								
6	<p><b>Öffentliche Bürgschaften für Investitions- und Betriebsmitteldarlehen</b> Für Investitions- und Betriebsmitteldarlehen können, soweit die von den Darlehensnehmern bankmäßig zu stellenden Sicherheiten einer Ergänzung bedürfen, Ausfallbürgschaften der öffentlichen Hand bis zu 90 v. H. eines Ausfalls gegenüber Kreditinstituten übernommen werden.</p>	<p>Das Risiko trug nicht Mr. Hilton sondern Bund und Land Berlin</p>																									
7	<p><b>Anmietung</b></p>	<p>Die TU als Mieter bei</p> <table border="1"> <tr> <td>AEG -</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Telefunken</td> <td>Ernst-Reuter-Platz</td> <td>107 000.- DM Jahresmiete</td> </tr> <tr> <td>Osram</td> <td>Ernst-Reuter-Platz</td> <td>107 000.- DM "</td> </tr> <tr> <td>Pepper</td> <td>Ernst-Reuter-Platz</td> <td>466 000.- DM "</td> </tr> <tr> <td>IBM</td> <td>Ernst-Reuter-Platz</td> <td>163 000.- DM "</td> </tr> <tr> <td>Oetker</td> <td>Franklin-Straße</td> <td>309 000.- DM "</td> </tr> <tr> <td>"Selbach"</td> <td>Kurfürstendamm</td> <td>442 000.- DM "</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Uhland-Straße 4/5</td> <td>420 000.- DM "</td> </tr> </table>	AEG -			Telefunken	Ernst-Reuter-Platz	107 000.- DM Jahresmiete	Osram	Ernst-Reuter-Platz	107 000.- DM "	Pepper	Ernst-Reuter-Platz	466 000.- DM "	IBM	Ernst-Reuter-Platz	163 000.- DM "	Oetker	Franklin-Straße	309 000.- DM "	"Selbach"	Kurfürstendamm	442 000.- DM "		Uhland-Straße 4/5	420 000.- DM "	
AEG -																											
Telefunken	Ernst-Reuter-Platz	107 000.- DM Jahresmiete																									
Osram	Ernst-Reuter-Platz	107 000.- DM "																									
Pepper	Ernst-Reuter-Platz	466 000.- DM "																									
IBM	Ernst-Reuter-Platz	163 000.- DM "																									
Oetker	Franklin-Straße	309 000.- DM "																									
"Selbach"	Kurfürstendamm	442 000.- DM "																									
	Uhland-Straße 4/5	420 000.- DM "																									
8	<p><b>Saureifmachung</b></p>	<p>Industriegelände-Frschließung Abriß bei Wiederaufbau und Sanierung</p>	<p>Die sog. "unrentierlichen" Kosten werden auf den Staat abgewälzt! und die Gewinne?</p>																								

AUSWIRKUNG IM STAATSHAUSHALT	KRITIK	GEGENVORSCHLÄGE
ca. <b>200</b> Mio DM Steuerausfall/Jahr	<p>Allein Großverdiener können diese "schönen" Vergünstigungen in Anspruch nehmen :</p> <p>Die vom Staat gewährten Zuschüsse, Kredite, und Steuerermäßigungen - letztere wirken sich als zinslose Darlehen aus - können bis zu 50 % der gesamten Investition ausmachen !</p> <p>Wenn der Staat, das heißt die Allgemeinheit so stark an den Kosten und am sog. privaten Risiko beteiligt ist, dann ist es nur recht und billig, ihn, das heißt die Allgemeinheit auch an den Gewinnen zu beteiligen !</p>	<p><b>1</b></p> <p>Als Sofortmaßnahme bis zur Verwirklichung von 2 :</p> <p>Bindung der Präferenzen und Subventionen an städtebauliche und architektonische Auflagen:</p> <p>Verflechtung von Arbeits-, Wohn- und Freizeit-Bereichen entsprechend realen Bedürfnissen</p> <p>Wohnungsgrößen-Schlüssel gemäß Gesamtbevölkerung</p> <p>Parzellen-Zusammenlegung zwecks Großzügigkeit</p> <p>Rationalisierung der Baumethoden</p> <p>Bebauungs-Schwerpunkte nach vorhandener Infrastruktur (z.B. Kudamm, Spree, Gleisanlagen)</p> <p>Ermittlung von Bebauungsplan und künstlerischer Oberleitung für größere Gebiete durch Gutachten und Wettbewerbe</p>
ca. <b>50</b> Mio DM Steuerausfall / Jahr	<p>Der Finanzsenator 1968:</p> <p>"Bis zum Jahre 1961 konnte Berlin jährlich etwa 1/3 der gesamten Ausgaben durch Steuern decken. Auf Grund der erhöhten Steuerausfälle durch zusätzliche Förderungsmaßnahmen ist dieser Anteil 1968 bis auf 1/4 zurückgegangen."</p> <p>(Zum Vergleich: Hamburg deckt seine Ausgaben zu 2/3 aus Steuern!)</p>	<p><b>2</b></p> <p>Als grundsätzliche Maßnahme zur Beseitigung der Ungleichheit, Verhinderung ungerechtfertigter Bereicherung, Offenlegung des Risikos, Abschaffung der Verschwendung öffentlicher Gelder, Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeitsrechnung :</p> <p>Abschaffung des gezeigten Präferenzen-Systems und Investition der Steuermehreinnahmen durch den Staat im Wohnungs-, Industrie-, Kultur- und Schul-Bau zur Erreichung folgender Ziele:</p>
ca. <b>50</b> Mio DM Zuschüsse / Jahr	<p>Steuerbeamten-Bundesverband:</p> <p>"Die Abschreibungsmöglichkeiten zugunsten der Berlinhilfe haben ebenfalls zu einer ungerechtfertigten Bereicherung großer Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit geführt."</p>	<p>Langfristige und qualitativ bessere Planung</p> <p>Modell- und Rationalisierungs-Bauvorhaben</p> <p>Aufbau der Wachstums-Industrien</p> <p>Verbilligung durch niedrige Verzinsung</p> <p>Größere Wohnungen durch niedrige Mieten</p>
ca. <b>?</b> Mio DM Steuerausfall / Jahr	<p>Bundesfinanzhof-Urteil 1966:</p> <p>"Die Verfassungsmäßigkeit der Abschreibungsvergünstigungen für Gebäude ist wegen der Bereicherungsmöglichkeiten in Frage zu stellen !"</p>	
ca. <b>1</b> Mio DM Ausfälle / Jahr	<p>Die gewährten Vergünstigungen sollten der Schaffung von Gewerbe-Betrieben dienen und nicht einer späteren Leerzimmer-Vermietung an Senat bzw. TU !</p>	
ca. <b>50</b> Mio DM Kostenübernahme/Jahr		

# HILFE IN BERLINHILFE I

GEGENVORSCHLÄGE	LEBENSKRITIK	LEBENSKRITIK
<p>Die erste Voraussetzung für die Durchführung der Arbeit ist die Klärung der Aufgabenstellung. Dies geschieht durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten.</p>	<p>Die zweite Voraussetzung ist die Klärung der Verantwortlichkeiten. Jeder Mitarbeiter muss wissen, für welche Aufgaben er verantwortlich ist.</p>	<p>Die dritte Voraussetzung ist die Klärung der Ressourcen. Es muss festgestellt werden, welche Mittel zur Verfügung stehen.</p>
<p>Die vierte Voraussetzung ist die Klärung der Zeitpunkte. Die Arbeit muss zu den richtigen Zeiten durchgeführt werden.</p>	<p>Die fünfte Voraussetzung ist die Klärung der Methoden. Es muss festgelegt werden, wie die Arbeit durchgeführt werden soll.</p>	<p>Die sechste Voraussetzung ist die Klärung der Verantwortlichkeiten. Jeder Mitarbeiter muss wissen, für welche Aufgaben er verantwortlich ist.</p>
<p>Die siebte Voraussetzung ist die Klärung der Verantwortlichkeiten. Jeder Mitarbeiter muss wissen, für welche Aufgaben er verantwortlich ist.</p>	<p>Die achte Voraussetzung ist die Klärung der Methoden. Es muss festgelegt werden, wie die Arbeit durchgeführt werden soll.</p>	<p>Die neunte Voraussetzung ist die Klärung der Ressourcen. Es muss festgestellt werden, welche Mittel zur Verfügung stehen.</p>
<p>Die zehnte Voraussetzung ist die Klärung der Zeitpunkte. Die Arbeit muss zu den richtigen Zeiten durchgeführt werden.</p>	<p>Die elfte Voraussetzung ist die Klärung der Verantwortlichkeiten. Jeder Mitarbeiter muss wissen, für welche Aufgaben er verantwortlich ist.</p>	<p>Die zwölfte Voraussetzung ist die Klärung der Methoden. Es muss festgelegt werden, wie die Arbeit durchgeführt werden soll.</p>
<p>Die dreizehnte Voraussetzung ist die Klärung der Ressourcen. Es muss festgestellt werden, welche Mittel zur Verfügung stehen.</p>	<p>Die vierzehnte Voraussetzung ist die Klärung der Zeitpunkte. Die Arbeit muss zu den richtigen Zeiten durchgeführt werden.</p>	<p>Die fünfzehnte Voraussetzung ist die Klärung der Verantwortlichkeiten. Jeder Mitarbeiter muss wissen, für welche Aufgaben er verantwortlich ist.</p>
<p>Die sechzehnte Voraussetzung ist die Klärung der Methoden. Es muss festgelegt werden, wie die Arbeit durchgeführt werden soll.</p>	<p>Die siebzehnte Voraussetzung ist die Klärung der Ressourcen. Es muss festgestellt werden, welche Mittel zur Verfügung stehen.</p>	<p>Die achtzehnte Voraussetzung ist die Klärung der Zeitpunkte. Die Arbeit muss zu den richtigen Zeiten durchgeführt werden.</p>
<p>Die neunzehnte Voraussetzung ist die Klärung der Verantwortlichkeiten. Jeder Mitarbeiter muss wissen, für welche Aufgaben er verantwortlich ist.</p>	<p>Die zwanzigste Voraussetzung ist die Klärung der Methoden. Es muss festgelegt werden, wie die Arbeit durchgeführt werden soll.</p>	<p>Die einundzwanzigste Voraussetzung ist die Klärung der Ressourcen. Es muss festgestellt werden, welche Mittel zur Verfügung stehen.</p>





Vielmehr muß städtebauliche Theorie und Praxis, die am Begriff von Öffentlichkeit einer sich wandelnden Gesellschaft orientiert ist, den Regelkreis der Entfremdung von Tätigkeit aufbrechen und den Sinn von Tätigkeit erfahren: nicht durch von außen gesetzte Information und darauf gegründete statische Erkenntnis, sondern über prozeßhafte Erfahrung. Formen können ebenso prozeßhaft nur am Inhalt von Tätigkeit erfahren werden - nicht darf "Architektur... das zweckrationale Moment so zur Sprache, in Form zu bringen versuchen, daß darin die Differenz zur "substantiellen Rationalität" symbolisch zum Ausdruck kommt." (Horn: Architektur als Ideologie)

Diese Erfahrung kann nur in Teilöffentlichkeiten punktuell an jeweils raumzeitlich vorhandenen und erkannten Widersprüchen ansetzen. Solche sind in der spezifischen, historischen Situation Berlins: Existenz der genannten Reservate, wie Märkisches Viertel, Britz-Bukow-Rudow, Europa-center, Kemperplatz, usw. Widerspruch zwischen der sich emanzipierenden Studentenschaft und den angepaßten Tätigen und Bürokraten (und damit der Konflikt zwischen Theorie und Praxis). Widerspruch zwischen Produzierenden und nicht Produzierenden, Abweichenden, Rentnern, Kranken und Kindern.

Durch die so entstehende Öffentlichkeit wird der ideologisierte Ost-West-Konflikt, in den Westberlin eingespannt ist, zu einem reinen Machtkonflikt degenerieren.

In ihr können Bedürfnisse im technologischen Horizont aus den genannten Konflikten sich neu formulieren. Ihrem emanzipatorischen Anspruch kann sie nur gerecht bleiben, wenn sie dessen Anlaß je überholen wird.

#### Historischer Exkurs : Stadtbau und Entfremdung

Die Bewußtwerdung der Entfremdung aus der physischen Not der Arbeiterklasse war der Anfang der gesellschaftlichen Lösung des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften des monopolistischen Kapitalismus und seinen Produktionsweisen.

Der Faschismus hat den auf diesem Klassenbewußtsein gegründeten Konflikt verschleiert, indem er es e n t f r e m d e t hat durch die Ideologie des Kleinbürgers, die die Identifikation des Beherrsch-

ten mit dem Herrschenden voraussetzt. Die Eigenschaften des aus dieser Ideologie resultierenden, von Freud, Fromm und anderen beschrieben, s a d o - m a s o c h i s t i s c h e n Charaktertypus ist bekannt - Ordnungsliebe, Ehr- und Pflichtbewußtsein, äußerliches Repräsentationsgehabe, soziale Abkapselung, Kritiklosigkeit. Die realen Folgen des massenpsychologischen Entfremdungsmechanismus sind bekannt. Das in den ungelösten Konflikten aufgestaute Aggressionspotential entlud sich im Faschismus in Grausamkeit und Gehorsam.

Die Gesellschaft in Deutschland nach dem Kriege hat diese Ideologie nicht aufgebrochen. Sie hat sich an den Konflikt, dessen Abblendung sie verursachte, nicht erinnert, indem sie sich des verschleierte Widerspruchs des Spätkapitalismus nicht bewußt wurde. Vielmehr baut die Nachkriegsgesellschaft auf derselben Ideologie des Kleinbürgers auf, indem dessen Aggressionspotential durch Re-Introjektion des Führerideals im Antikomunismus, durch politisches Desinteresse und der damit verbundenen Infantilisierung der Massen durch Prosperitätsdenken und den Ausgleichsmechanismus der Massenkommunikationsmittel sich entlädt. "Anstatt die Judenmorde trauernd zu bewältigen, wurde ihre Verarbeitung tabuiert. Daraus ergibt sich politisches Desinteresse als affektiv besetzte Vermeidungshaltung und die Unmöglichkeit, alte Rollenkorrespondenzen (wie: Regierung/Regierte als Unterdrücker/Rebellen oder Führer/Gefolgschaft) die unsere politische Atmosphäre determinieren, zu bearbeiten". (1)

Die von äußerer Machtpolitik diktierten Prioritäten in der Wirtschaft lassen die Politik im sozialistischen Ostblock zu den selben Regelmechanismen degenerieren. Wie lückenlos dieser Regelmechanismus als ein Herrschaftsmechanismus sich versteht, wird an der sofortigen Zerschlagung jeder Demokratisierung und jeden Ausbrechens aus zwanghafter Ökonomie klar. Auf grund seiner größeren Prosperität bedient sich der Westen nicht äußerer, sondern innerer Herrschaftsmechanismen - abgesehen von den Ländern der dritten Welt.

Parallel geht die Entwicklung der Technologie durch Automation, die notwendig "...die Scheidung aller Erwerbstätigen in die Minderheit der die wesentlichen Funktionen in Produktion und Verwaltung ausführenden Menschen und die ihrem sozialen Status

nach zu ihnen gehörenden "professionals" und die graue Mehrheit jener, die nichts als Allerweltsqualifikationen anzubieten haben, die nicht imstande sind, das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen, und die obendrein zum großen Teil

"unproduktive" Arbeit im Sinne der klassischen Ökonomie leisten! (2)

zur Folge hat. Pollock entwickelt die Konsequenz: "Die Machtzusammenballung bei der Minderheit ebenso wie die menschliche Verarmung der Mehrheit könnte noch vor dem völligen Abschluß der angedeuteten Entwicklung einen Punkt erreichen, an dem der Übergang in ein autoritäres Gesellschaftssystem unvermeidlich werden würde! (2a)

Politik, die sich dieser Konsequenzen nicht bewußt ist, hat die

Aufgabe, die divergierenden Interessen der, nach Pollock, "Offiziere", solcher die "Zubehör der Maschine" sind und solcher, die Dreckarbeit

leisten werden, die auch in fünfzig Jahren noch nicht abgeschafft

sein wird, passiv ins Gleichgewicht zu setzen. "Um die Institu-

tionen politischer Entscheidung herum ist ein Kranz von Macht-

gruppen geordnet, deren Einfluß weniger in einer aktiven Vertretung

spezifischer Interessen, als schlicht darin besteht, daß sie auf-

grund ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrer Bedeutung für das

Überleben des Gesamtsystems die Verweigerung bestimmter Ansprüche

und Bedürfnisse mit Sanktionen beantworten können, welche die poli-

tische Aufgabe des umsichtigen crisis management und der langfri-

stigen Vermeidungsstrategie unerfüllbar machen würden. In diesem

Bezugssystem ökonomischer Machtgruppen ergeben sich zwei vom

politischen Zentrum politisch abzudeckende Komplexe von System-

risiken:

1) das Risiko ökonomischer Krisen und Wachstumsstörungen

2) das Risiko unkontrollierter Motivbildungen und Bedürfnisinterpretationen, sofern sie den hohen

Legitimitätsbedarf des politischen und ökonomischen Institutionensystems gefährden würden." (3)

Das zweite Risiko bezeichnet die neue Qualität des Widerspruchs:

"...die neue Definition des Konflikts, dessen dominante Front nun nicht mehr zwischen sozialen Klassen, sondern zwischen verdinglichter Rationalität und latentem menschlichen Bedürfnis verläuft....

.Das System der Bedürfnisse, der verbindliche Ausgangspunkt von jeder (Theorie), wechselt vom Ressort der politischen Ökonomie in das der Psychoanalyse hinüber." (4)

Dieser Politik des ökonomischen Interessenausgleichs dient die Festlegung der Individuen auf die von dem Apparat sanktionierten Rollen. In Form dieser Rollen tritt die ökonomisch determinierte Gesellschaft der Psyche zwanghaft entgegen. Zunehmend wird die so gegebene Aufteilung der Gesellschaft räumlich sichtbar. Städtebau, der in den zwanziger Jahren unkritisch diese Tendenzen ausschließlich zu seinem Prinzip erklärte ( Charta von Athen: die Schlüssel zum Städtebau liegen in folgenden vier Funktionen: wohnen, arbeiten, sich erholen (in der Freizeit), sich bewegen ), hält an diesem Verfügungsmechanismus fest - optimale rein technische Verbindung der entstehenden schon genannten Kultur-, Schlaf-, Konsum-, Arbeitsghettos.

Formen und Formalternativen in diesem Städtebau haben unausweichlich repressiven Wert. "Zwar kann eine Funktion in vielen verschiedenen Formen dargestellt werden, aber der gesellschaftliche Druck, der als Funktion erscheint, sorgt auch dafür, daß die Formen normiert werden." (5)



## Thesen: Stadtbau und formierte Gesellschaft

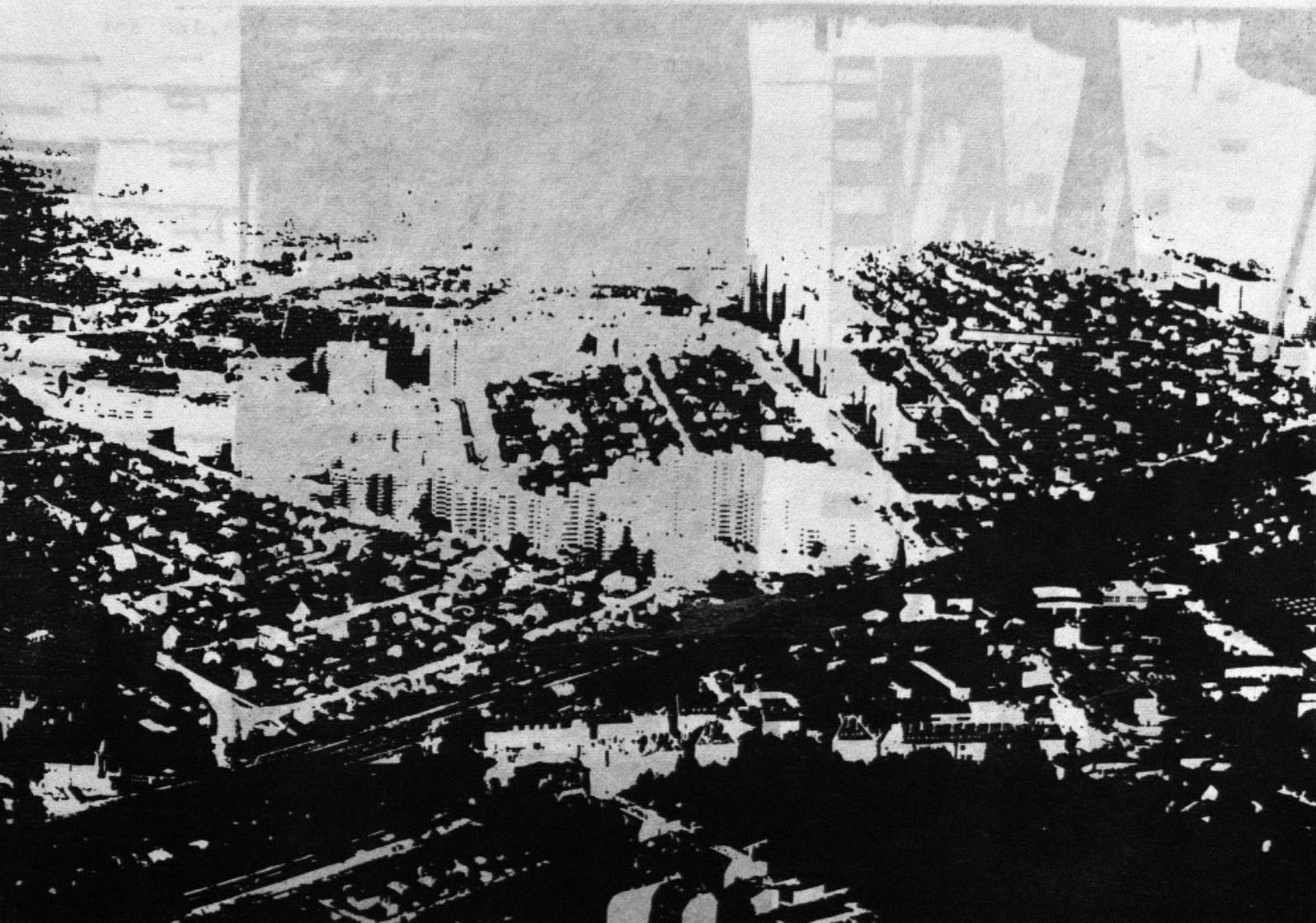
Auf dem skizzierten historischen Hintergrund können folgende Phänomene und Thesen zu den sozialen und psychischen Folgen von Stadtbau formuliert werden:

### 1. Phänomen:

die Abgeschlossenheit der Ghettos innerhalb der vorhandenen Stadt --

die monofunktionale Erschließung der Zellen, trotz gemeinschaftsbeschwörender Geste der Gehöfte --

Verkehr und Erschließung verursachen tote Kosten in einem Ausmaß, daß in Widerspruch zum Optimierungsanspruch unserer Gesellschaft steht.



2. Phänomen:

Großräumigkeit --

große, verselbständigte Formen an  
gesellschaftlich nicht vermittelten  
Orten in wertlosen Variationen (Megalo-  
manie der Architekten als Symptom  
ihrer geistigen Entleertheit) --  
die Ideologie der Großräumigkeit,  
der Trabantenstädte (Beherrschungs-  
mechanismus der Bürgerlichen aus Angst  
vor der proletarisierten Masse, in Aus-  
nutzung der Selbstentmündigung der  
Arbeiterklasse durch seine Entschei-  
dung für das Spießbürgertum) --



3. Phänomen:

Uniformität; die Festlegung von sanktionierten Rollen der Leistungsgesellschaft; die Unvermitteltheit von Formen zum Inhalt und das Prinzip des addierens --

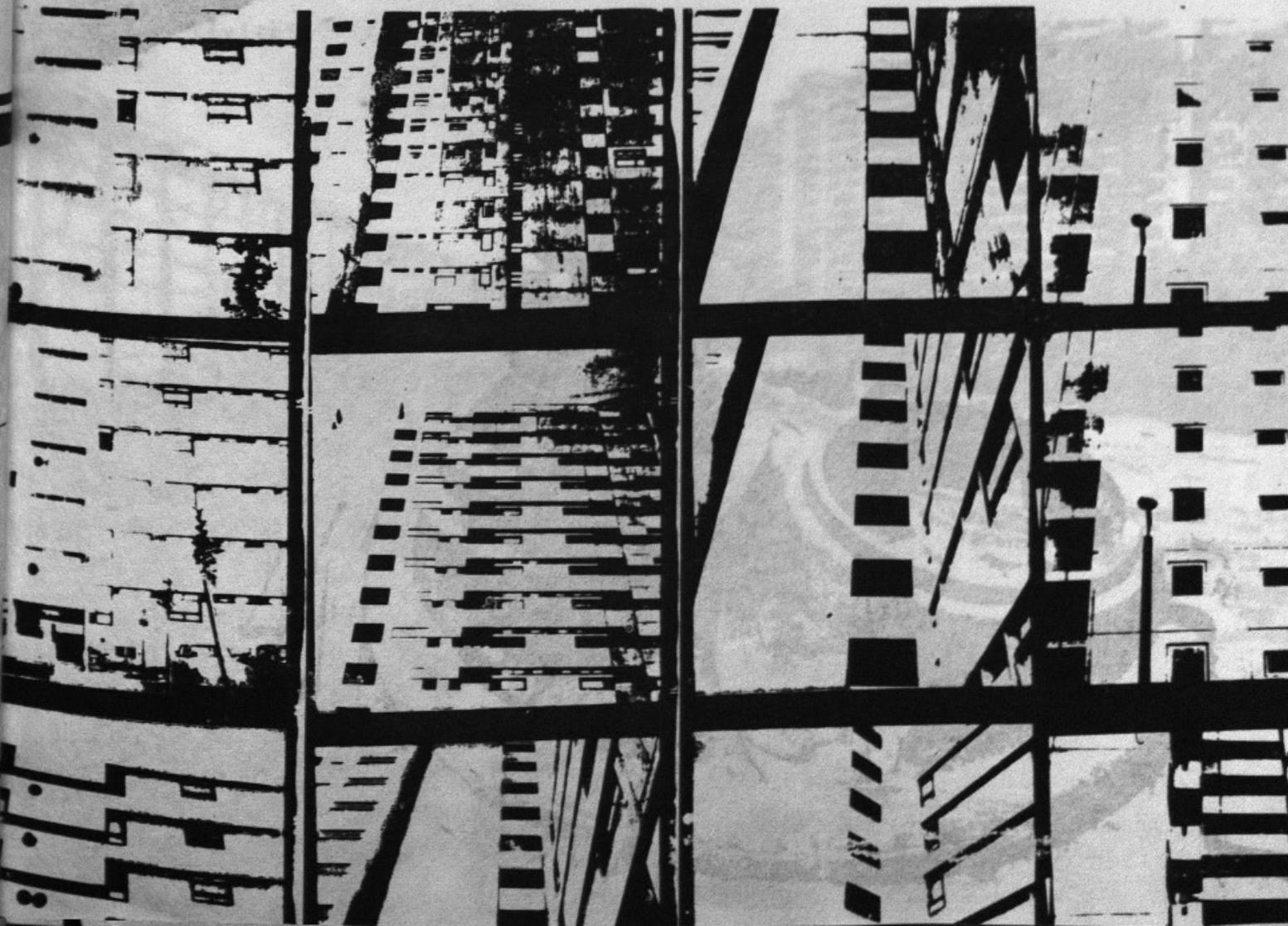
(die Genese dieses abgestorbenen Verhältnisses zu Form:

1. zwanghafte Weltverbesserung mit Formen aus dem wieder-erstantenen Purismus in der Situation der damals un- ausweichlichen gesellschaftlichen Stagnation
2. Hypnose durch die proletarisierte Klasse
3. ökonomischer Zwang

wir meinen, das mit der Kathode Lynch, dem Konzept Jane Jacobs die Uniformität nicht aufzuheben ist; nach unserem historischen Kurs erweisen sich die Vorschläge als (in Problematik unserer Gesell- schaft abblendende)

auch Charoun produziert mit der Lochhaus am Zabel-rücker-baum gesellschaftlichen Inhalten äußerliche Ästhetik und widerspricht seinem eigenen Anspruch --

"So bekommt man den Eindruck, daß die Kultur etwas ist, was einer wider- strebenden Mehrheit von einer Minderzahl auferlegt wurde, die es verstan- den hat, sich in den Besitz von Macht- und Zwangsmitteln zu setzen!" (6)



Auf der Basis der letzten psycho-analytischen Forschungsergebnisse und des historischen Exkurs (1) läßt sich folgende These formulieren: das mit den drei Phänomenen bezeichnete Milieu ist deutlich angelegt als ein Mechanismus zur Anpassung.

Die gesellschaftlich monotone Umwelt, die die Formen determiniert in ihrer Wirkung auf die Psyche im Zusammenhang mit dem Einfluß anderer stereotyper Reizsysteme (Massenmedien), erzwingt Regression durch schockhafte oder permanente Einwirkung dieser Reize; denn die libidinöse Besetzung von Umweltobjekten verwirklicht sich als Kontrasterlebnis. Die Folgen für die Psyche sind: "Da sind solche (Menschen), die sich triebhaft und solche, die sich zwanghaft verhalten; die ersteren haben zwar Triebobjekte, aber sie vermögen sie nur unter dem Einfluß ihrer eigenen Bedürfnisspannungen zu erleben - erleben also keine zwischenmenschliche Realität im eigentlichen Sinne: die letzteren, die zwanghaften, sind so in der Auseinandersetzung mit ihren inneren verzahnten Objekten verhaftet, daß eine Bewältigung der äußeren, realen Objektbeziehungen unmöglich wird.



Andere Menschen wiederum werden durch Aggression von außen gelenkt. Es entsteht dann in ihnen Angst, die sie aktionsunfähig macht. Sie erleben sofort jede Aggression überhöht, weil sie durch die dauernde Verdrängungsarbeit gegenüber ihrer eigenen nicht integrierten Aggression gegen jedes Angriffssignal sensibilisiert sind. Die Lähmung, welche sie angesichts äußerer Akte der Aggression überfällt, macht sie zu schwachen, wehrlosen oder allzu liebenswürdigen Menschen. Genetisch entstammt ihre Angst aber nicht der mit Überwältigung drohenden äußeren Realität, sondern der eigenen unbewältigten Aggression. Sie sind diejenigen, die sich Autoritäten gegenüber nicht behaupten können; ein großer Teil der Konformisten, mit David Riesman zu sprechen, der "aussengelenteten" Menschen, gehört zu dieser Gruppe.

Der Gegentypus wären jene, bei denen Aggression, die sie von außen erfahren, den reaktiven Druck der inneren Aggression so verstärkt, daß es zur Explosion kommt, zu einer Explosion, die sich dann in Kettenreaktionen hin- und hergehender aggressiver Akte fortsetzt. Solche Leute stellen das Kontingent der "trouble-makers", die in ewigem Streit mit der Autorität liegen. Aber auch bei ihnen kommt es nur zum acting-out, zur ewigen Fehde, nicht eigentlich zur Aktivität." (8)



Angesichts der Zusammenfassung mehrerer Studien über "Mental Health in New Towns" von E.H. Hare (9) kann der Einfluß von neuen Wohngebieten nicht als Ursache von "mental illness" genannt werden. Umso mehr scheint uns aber die Vermutung berechtigt, daß bauliche Umwelt in der frühkindlichen "intentionalen" Phase der ersten Objektbesetzung entscheidend die Störung dieser Phase verursacht. "Individuum und Gesellschaft werden eines, indem die Gesellschaft in die Menschen unterhalb ihrer Individualisation einbricht und diese verhindert." (10)



## Architekten und Bewohner: eine Gegenüberstellung

Wir stellen den genannten Phänomenen und Thesen die Äußerungen von Bewohnern und einigen der Erbauer des Märkischen Viertels gegenüber.

Dabei stoßen wir auf zwei Tatsachen: zwischen beiden Gruppen besteht eine Kluft, die den totalen Realitätsverlust der Architekten zeigt; zum anderen kann an den Äußerungen der Bewohner nicht das Maß der Entfernung der Architekten von den Bedürfnissen der Bewohner festgestellt werden, da diese durch eine unerwartet große Not in den Zustand eines fast vollständig unreflektierten Existenzkampfes versetzt sind.

Wir gliedern die Aussagen in vier Abteilungen:

1. Verhältnis zu Umwelt
2. Bedürfnisse
3. soziale Struktur
4. Individualität



## 1. Verhältnis zur Umwelt

### Bewohner

".... brutal sieht det nier aus, janz jemein, det tötet doch ab irjendwie, det stumpft doch ab...."

".... Bunker, Arbeitshaus, Obdachlosenasyll, kleen Chicago und so'ne Dinger so wird det Ding hier bezeichnet, is doch 'ne Schande, 'n janz neues Viertel und schon so verrufen...."

".... wenn ick dahinten um de Ecke komme, denn jraust't mir schon, denn würde ick am liebsten jleich wieder kehrt machen, allet so tot und leer, det sieht aus wie, wie Ärmel ohne Ohren ...."

".... es ist jedes mal ein Schlag ins Gesicht, wenn man auf dieses Haus zugeht, das erschlägt einen doch völlig, alles so schrecklich kaserniert, diese endlosen Reihen, da kann man ja gar nicht mal ein bischen nett zueinander sein..."

".... hier würde ick nicht jeschenkt drin wohnen, nich in diesem Uffmarschgebiet...."

"... die graue Hölle ist das hier für mich...."

"... und wenn se det verdreckte Miststück hier ooch streichen würden, denn wär' doch nich jeholfen, det is nur wat für's Ooße, det andere bleibt genau so schlimm, die Farbe ändert jar nischt...."

".... Schießscharte, Kaserne, Jefängnis, glauben se nicht, das det so mir nichts dir nichts daher jesacht ist, das det so ohne Bedeutung is...."

## 2. Bedürfnisstruktur

".... wenn se in det Viertel ziehn, da könn'se ihre Briefftasche ruhig zu Hause lassen, da könn'se jleich 'n Jeldschrank mitbringen ...."

"... jar nischt jibt't hier, det einzije wat det hier jibt is Langeweile,..."

"... wat mich det eene Jahr hier schon für Nerven jekostet hat, vorne keene Ruhe, hinten keene Ruhe, noch nich mal ne Düre zwischen det Wohnzimmer und dem Flur, der janze Lärm von der Treppe kommt rin, ruff, runter, ruff, peng, det macht mich krank ..."

"... wenn wir (Halbstarke) vor der Türe stehen, denn kommt sofort der Hauswart an, denn macht der einen Terror, denn scheuchen se uns, det einzige wo wir sitzen können is hinten am Kanal...."

"... abends ist hier ooch jar nischt los, wenn die Geschäfte zu sind, is doch allet tot hier..."

"... die Kegelbahn, die haben se, det bringt ja ooch Jeld, aber wat Vernünftijes für die Kinder, det is ja unwichtig, da kommt's jar nich druff an ..."

"... aber anständige Spielplätze! nich rings rum 'ne Mauer und denn Sand rin und da könn'se buddeln, nich sowat, det is keen Buddelplatz nich, ooch keen Spielplatz, 'ne Krankheit is det ...."

"... wie wir det hohe Mietjeld aufbringen solln, det is denen doch ejal, det stört die jar nich ..."

"... aus Mülleimern kann man ja studieren, kippen sie mal einen um, Flaschen, Flaschen, nichts als Flaschen und Zahlungsbefehl ..."

## 1. Verhältnis zur Umwelt

### Architekt

Wir wollen Blumen und Märchen bauen, Türme des Lesabendio. Mehr Beatles weniger Griechen. Es gibt keine formalen Entscheidungen mehr. Die Maximalhöhe war städtebaulich vorgeschrieben, der Rest ist angewandte Sonne.

Stranz

Die architektonisch-formalen Entscheidungen ergeben sich aus den ideellen Zielen, welche man sich gesetzt hat und diese sind bedingt durch Lage, Himmelsrichtung, Zweck, Größe und Ökonomie.

Fleig

Der Haustyp wurde geplant, um der Monotonie der Zeile zu entgehen, ohne die Wirtschaftlichkeit der Vorfabrikation mehr als zumutbar zu belasten.

Müller-Heinrichs

Die Form der Außenanlagen und die Gartengestaltung folgt den charakteristischen baulichen Intentionen und stützt sie ab.

Die beiden Komplexe durchdringen sich, es gibt kein Primat eines Entwurffaktors in der Hierarchie der Werte.

Gagès - Theissen

Die Stadterneuerung, d.h. Sanierung langweiliger Siedlungen der Nachkriegszeit durch Verdichtung, Verbindung von Straßen, Bebauung der Grünzüge, ja, durch Kosmetik (Farbe!).

Rave

## 2. Bedürfnisstruktur

Künstliche Sonne macht glücklich. Stranz

Anfragen werden in der Regel von der Verwaltung beantwortet. Becker

Die 11/2 Zimmer-Wohnungen auf den Verteilergeschoßen können älteren Ehepaaren oder "lieben Tanten" zur Verfügung gestellt werden. Diese Anordnung der Klei-Wohnung<sup>en</sup> zwischen den größeren kann eine lebendige und praktische Kombination von älteren Leuten und jungen Familien ergeben. Durch das Umziehen der Bewohner innerhalb des Hauses erfolgt die Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse.

Gisel

Der Architekt hat seinen Zentralraum sogar mit mit zwei Balkonausgängen ausgestattet. Gemeinschaftsantenne für Rundfunk und Fernsehen...

DeGeWo

Die Höfe sind Freizeiträume, jeder "grüne Hof" hat Charakter. Stranz

....kleine Hügel und verschlungene Wege bilden den Bereich, in dem der größere Lärm entstehen kann. Im näheren Bereich der Häuser sind Spazierwege und Terrassen mit Baumalleen vorgesehen, die dem ruhigeren Spazieren dienen sollen.

Müller-Heinrich

Die Kleingärtner, die aus dem alten Märkischen Viertel hier hin verpflanzt wurden, sollten in den Höfen ein "Feierabendfeld" finden. DeGeWo

### 3. Verhältnis zur Gesellschaft

#### Bewohner

"...wir können vor Dreck nicht treten, was hier für'n Volk wohnt, Laubenpieper, Asyl und alles, die Herren Architekten solln sich den Saustall hier mal angucken, denn sehen se genug, verheerende Zustände..."

"...da reißen se die alten Mietshäuser ab, hier bauen se sie wieder uff, aber noch viel schlimmer als die alten, sieht doch richtig kriminell aus hier..."

"...so werden die jungen Leute schon als Almosenempfänger erzogen durch det Wohngeld. Det können se drehen wie se wollen, die Miete frißt sich an ihnen heran det der Lebensunterhalt nicht mehr reicht..."

"...die Mieten sind doch viel zu hoch, det is sozialer Wohnungsbau, wat is denn det? wat heißt det überhaupt sozialer Wohnungsbau? hat für mich jar keen Bejriff....."

"...ich will das Wort Penner nicht noch mal benutzen, aber hier wohnen doch 75% Asoziale...."

"...wat die hier überhaupt für 'ne Kontrolle haben, det weeiß man jar nich, ir end 'ne Kontrolle müssen se ja haben und die werden se auch haben, aber wat für 'ne Kontrolle, det weeiß man nich ..."

"...die Leute sind alle zusammengewürfelt, hauptsache velle Kinder! und denn rin, marsch, marsch! und denn die Türe zu!"

"...mit de Miete drücken se uns doch schon runter, det Kinderfeld geht für die Miete druff, irjend wie widerspricht sich det doch allet, die jeben uns wat, die nehmen uns wat, wem soll man da nun jloben? Die eigentlichen Unkosten bleiben immer die jleichen, det könn'se drehen wie se wollt"

"...die Leute werden gezwungen diktatorisch hier rin zu ziehen, damit se det Pulver wat se verdient haben wieder herjeben, wenn't nich reicht zahlt Vater Staat zu, wo liegt da der Sinn?...."

"...sie dürfen hier nur Miete zahlen und leben wie ein Gefangener..."

"...der (Nachbar) kann nich sprechen, der brüllt ununterbrochen, es geht nichts anderes als du dreckjes Aas, du Mistsau, und wenn der weg ist, denn müßten se mal sehen wat det für'n Puff is uff deutsch..."

"...hier paßt doch eener uff den anderen uff, warm könn'se hier nicht werden, det is nich einfach..."

"...da haben se für gesorgt, det die Bullen nich so weit fahren müssen, die haben se gleich mit eingemistet, damit se ordentlich mangwachsen können, det haben se nich ohne Absicht gemacht, weil se wissen wat hier los is ...."

"...sozial jesehen, wat die Kinder anbetrifft und det Soziale für die Erwachsenen, det is so minimal, da jibts jar nicht zu reden von, weil det viel zu wenig is, det man überhaupt davon anfangen könnte zu reden...."

### 4. von Individualität war bei den Bewohnern nicht die Rede

### 3. Verhältnis zur Gesellschaft

#### Architekt

Es sollte möglich sein, daß durch Begegnung und gemeinsame Arbeit die alte Siedlergemeinschaft wieder entsteht. De Ge Wo

Eingangsgeschoß=Gemeinschaftsgeschoß=Mischplateau von kleinen Gruppen und Öffentlichkeit.

Stranz

Die Aufgabe des Architekten ist es, eine dreidimensionale, physische Umwelt zu entwerfen. Der Entwurf ist ein entideologisierte kritischer Prozess rationaler imaginativer Wechselbeziehungen. Ungers

Die Stadterneuerung ist kein Verwaltungsvorgang, keine Schönheitsoperation, sondern ein entscheidender Strukturwandel. Wir dürfen und wir wollen uns vor dieser Aufgabe nicht drücken. Die Stadtplanung ist notwendig um der Menschen willen, die hier leben. Denn sie sind genau so gute Bürger unserer Stadt wie die Menschen in Lankwitz, in Dahlem oder in Friedenau. Und die De Ge Wo hat in ihrer Beratungsstelle täglich erfahren, daß die Bürger neue, gesunde Wohnungen wollen, und zwar lieber heute als morgen..... Wer baut muß in die Zukunft denken, muß den Bedürfnissen der Bürger von Morgen Rechnung tragen. Schwedler

Bedeutende Stadtplanung: "Das Märkische Viertel, weil hier zum ersten Mal der Versuch gemacht wird, eine Siedlung durch räumliche und formale sowie durch inhaltliche Attraktionen (Durchdringung von Wohnen und Gewerbe, Ansiedlung von "Sekundärarchitektur" in den Sockelgeschossen, Hauptstraße als Fahr- und Promenadenstraße) zu einem städtischen "Viertel" zu machen. Rave

### 4. Individualität

#### Architekt

Wohnungsform: extremer Individualismus, durch zelluläres Konstruktions-system und permutatorische Grundrissordnung. Stranz

Individualismus der Einzelwohnung im Arrangement, durch Staffelung und Farbe betont, das ist Demokratie. Stranz

....die soziale Verpflichtung des Architekten, der Gemeinschaft, der Allgemeinheit sagen wir der Masse gegenüber, die nicht Masse bleiben darf. Der Einsatz des Architekten für die Individualisierung des Du, des Unbekannten Bauherrn, der nicht mitbestimmen kann, weil das technisch nicht zu gehen scheint. Düttmann

wir fassen zusammen: grundsätzlich unterscheiden sich die Aussagen folgendermaßen: während die Architekten unbewußt und bewußt Schwierigkeiten verschleiern und beschönigen, zeigen die Aussagen der Bewohner ihre gesellschaftliche Isolation, ihre offene Aggressivität. Während die Architekten unablässig von Sonne und Orientierung reden, klagen die Bewohner über unerträglichen Krach, Gestank und Zug.

Schließlich bedienen sich die Architekten beschwörend eines Begriffes vom Individuum und der Gesellschaft, der jedem Begriff einer demokratischen Öffentlichkeit Hohn spricht. Daß sich die Gesellschaft für die Bewohner inzwischen zu einem rein ökonomischen Kontrollsystem entwickelt hat, entgeht ihnen; ebenso, daß Mitmenschen in diesem Milieu zu Kontrolleuren werden. Das Individuum, für das die Architekten kämpfen, erweist sich als eines, an dessen Entmündigung sie nicht unwesentlich teilhaben.

Realitätsverlust und damit verbundenes stereotypes Denken bei Architekten, Aggression und damit verbundene Isolation bei den Bewohnern, sind Dimensionen einer Skala, die von Adorno und Mitarbeitern mit den Mitteln der sozio-psychologischen Forschung zur Bestimmung antidemokratischer Charakterstrukturen aufgestellt wurden. (7)

Zu den oben genannten Dimensionen umfaßt diese weitere, wie:

- a) Konventionalismus  
starres Festhalten an konventionellen Werten der Mittelklasse
- b) autoritäre Unterwerfung  
unterwürfige, unkritische Einstellung gegenüber idealisierten moralischen Werten der "in-group"
- c) autoritäre Aggression  
die aggressive Tendenz gegenüber Leuten die konventionelle Werte mißachten
- d) Destruktivismus und Zynismus  
allgemeine Feinseligkeit, Herabsetzung des Menschlichen
- e) Projektivität  
die Projektion emotionaler Impulse nach außen

EIN INTER  
Angesichts der Eindeutigkeit der auf diese  
Anti-Demokratismus-Skala bezogenen Äußerungen ist es notwendig,  
ein aus den hiesigen Verhältnissen entwickeltes Instrument zu  
verwenden, um den gesellschaftlichen Widerspruch, der in unserer  
Situation der fortgeschrittenen Prosperität primär in der  
Psyche liegt (4), zur gesellschaftlichen Veränderung freizu-  
setzen.

#### Stadtbau und Konflikt

Die Entfremdung von der Arbeit, die Regression steigert, kann durch  
räumliche Konstellation nicht aufgehoben werden. Allenfalls kann  
der Psyche die Möglichkeit der Bewußtwerdung unter dem Einfluß  
von bestimmten räumlichen Konstellationen nicht genommen werden.  
Die Fremdheit der Psyche in der Umwelt wird in dem Maße erhalten  
bleiben, in dem das wissenschaftlich-philosophische Bewußtsein  
und die lokalen mehr oder weniger unbewußt aufbrechenden Konflikte  
(wie der, der im Märkischen Viertel bevorsteht) nicht korrespondie-  
ren.

Der Anspruch des Stadtbaus muß sein, vorhandene Konflikte, die noch  
nicht lokalisiert sind, räumlich zu fassen. Wir nennen Beispiele,  
die für Berlin akut sind:

1. Studentenheime befinden sich im Berliner Stadtbild in isolierter  
und elitärer Lage. In jüngster Zeit treten Arbeiterkasernen ebenso  
isoliert und in weniger elitärer Lage auf. Wir schlagen vor, diese  
beiden nicht als getrennte aufzufassen, sondern als eine Einheit  
und diese im Zusammenhang mit Raum öffentlicher Nutzung anzu-  
siedeln. Ein solches Experiment wäre als paradigmatisch für Wohnen  
überhaupt anzusehen zur Destruktion der Ghettos.
2. Aufhebung der Trennung von Bürokratie und Praxis, was die Auf-  
lösung der Bürokratie zur Folge hätte. Z.B:
  - a) Bürokratie und Bildung (Universität und Schulen)
  - b) Baubürokratie und Universität
3. Verlegung der Universität in City oder Arbeitsgebiete

Es stellt sich heraus, daß sozial-psychologische Überlegungen  
zu Vorschlägen zur räumlichen Auflösung der Spaltung von Theorie  
und Praxis führen. Durch die vorgeschlagenen Kombinationen verän-  
dert sich zwangsläufig Praxis zu politischer Praxis, Ansätze forma-  
lisierter Optimierungsmodelle werden nicht diktiert, sondern ent-  
stehen aus ihr und bleiben ihr zugänglich.

## Bibliographie

- (1) W. von Baeyer-Katte, "Politisches Fehlverhalten im Vergleich zur Neurose", Politische Psychologie, hrsg. Aurin
- (2) Friedrich Pollock, "Automation", Frankfurt/Main S:306
- (3) "Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung", Paper zum Soziologenkongreß 1968 in Frankfurt
- (4) Claus Offe, "Technik und Eindimensionalität", in: Antworten auf H.Marcuse, Suhrkamp edition S: 78
- (5) Klaus Horn, "Zweckrationalität in der modernen Architektur", in: Architektur als Ideologie, Suhrkamp edition
- (6) Sigmund Freud, "Massenpsychologie und Ich-Analyse", Fischer Bücherei S: 86
- (7) Th.W.Adorno, E.F. Frenkel Brunswik, D.J. Levinson, R.Nevitt Sanford "The Authoritarian Personality", New York S: 228
- (8) A.Mitscherlich, "Aggression und Anpassung 2", Psyche Bd.12
- (9) E.A.Hare, "Mental Health in New Towns, Psychoanalytic Research Bd.10
- (10) Th.W.Adorno, "Postscriptum", Kölner Zeitschrift für Soziologie Bd.18

zusätzlich wurden benutzt:

Georges Friedmann; "Grenzen der Arbeitsteilung", Frankf. Beiträge 7  
Erich Fromm, Max Horkheimer, "Autorität und Familie", Paris  
Sigmund Freud; "Abriß der Psychoanalyse", Fischer Bücherei  
Sigmund Freud; "Das Unbehagen in der Kultur", Fischer Bücherei  
Igor A. Caruso, "Soziale Aspekte der Psychoanalyse", Freiburg

Hinweise: die zitierten Äußerungen der Architekten zu ihrem Arbeiten im Märkischen Viertel entnahmen wir hauptsächlich der Bauwelt Nr.46/47

Die Interviews wurden im Einvernehmen mit den Interviewten auf Tonband aufgenommen.

Luftfoto: Friedrich

Zum Vergleich der Architektur verwandten wir ein Foto aus Ost-Berlin

# EIN INTERVIEW

Wohnen Sie gerne in dieser Siedlung?

In dieser Siedlung überhaupt nicht, ich warte schon auf den Tag, an dem ich hier rauskomme - das dauert nicht mehr lange. Warum wohnen Sie hier nicht gerne?

Weil hier so furchtbar nette Mieter wohnen, die sich hier so unpfleglich benehmen!

Pflegen Sie kontakt mit Ihren Nachbarn?

Nein, kontakt pflege ich überhaupt nicht - ich lebe hier vollkommen neutral mir ist jeder lieb bis zu einer bestimmten Grenze und ich borge mir prinzipiell nichts aus.

Kommen Nachbarskinder in Ihre Wohnung?

Nein, das gestatte ich nicht, aus dem einfachen Grunde, ich muß hinterher saubermachen und wenn was kaputt ist, kriegen unsere die Dresche.

Finden Sie Ihre Wohnung, so wie sie ist, gut eingerichtet?

Meiner Meinung nach ja, mir gefällt's, ich hab' mir's eben so eingerichtet, wie ich denke, mich darin wohl zu fühlen.

Was könnte anders in Ihrer Wohnung sein?

1. Die Entfernung von Essplatz zur Küche ist zu lang und der Weg zu umständlich. Man hätte eine Durchreiche von der Küche zum Essplatz machen sollen. Die Möglichkeit wäre da.

2. Und hier ist so eine Nische eingebaut - ein vollkommen toter Winkel, mit so einem dicken Pfeiler, diesen würde ich rausruppen. Essen Sie manchmal in der Küche?

Nein, das ist garnicht zu machen, die ist vollkommen eingebaut, da hat einer gerade Platz drin, wenn ein zweiter 'reinkommt, wird er 'rausgeschmissen.

Welche Räume könnten größer, welche kleiner sein?

Also größer könnte das Schlafzimmer sein, für moderne Leute passen die Schlafzimmereinrichtung nicht. Ein weiteres Kinderzimmer wäre wünschenswert.

Was missen Sie in Ihrer Wohnung?

Ich finde, es fehlt ein Hobbyraum für meinen Mann und eine Spielecke für meine Kinder.

Könnten Sie sich die Wände in Ihrer Wohnung versetzbar vorstellen?

Ich habe zwar auch manchmal ein'n Fimmel, einen Schrank oder eine Couch von einer Wand zur anderen zu verschieben, aber Wände zu verrücken - ich weiß nicht, aber and'rerseits kann ich's mir vorstellen. Mit einem Kind bekommt man eine 2 1/2 Zimmerwohnung, praktisch genommen müßte man wandern in eine größere Wohnung, wenn ein Kind hinzukommt. Wenn man wieder allein ist, müßte man dann wieder in eine kleine umziehen.

Würden Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen?

Ja, warum nicht, wenn sie da ist.

Ende des Interviews

Die Bedürfnisse des Wohnens sind einfach, miteinander leben, sich erholen, essen und schlafen. Diese Tätigkeiten in bewohnbare Bereiche zu ordnen. ist die Kunst des Wohnens. Diese Bereiche zu ordnen, kann nicht mehr Aufgabe des Architekten sein, sondern jeder sollte sich sein eigenes zu Hause schaffen können, nach eigenen Vorstellungen und Wünschen, der Familiensituation entsprechend. Um Freiheit für individuelle Grundrisse zu schaffen, muß die Wand ein bewegliches Objekt, ähnlich der Einrichtungsgegenstände werden.

# VERWALTUNG

# EIN INTERVIEW

Die Schwierigkeit, Beweismaterial für vermutete Mißstände zusammenzutragen, für die nur wenige verantwortlich sind, beweist die Technik dieser wenigen, ihre Tätigkeiten zu verschleiern.

Material über Aufsichtsratszusammensetzungen sowie Geschäftsberichte der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften waren nur unter Versprechen äußersten Stillschweigens über Mittel, Wege und Personen, die zu dem gewünschten Material verhalfen, zu erhalten.

Innerhalb hierarchischer Ordnungen, wie sie sich auch in der Verwaltungspyramide zeigen, sind für Einzelfunktionäre Verhaltensweisen typisch, wie sie die Verhaltensforschung für hierarchische Ordnungen im Tierreich festgestellt hat (Konrad Lorenz). Es existiert ein ausgeprägtes Bewußtsein der eigenen Machtsituation, das Bedürfnis, -nach Parkinson- gegebene Machtfunktionen nach oben hin auszuweiten und im Zustand vorhandener Zwangssituationen, sich in seinem Kompetenzbereich (Zuständigkeit) einzuigeln. "Ermessen" des Funktionärs (kommt von funktionieren) ist auf seinen eigenen Zuständigkeitsbereich abgestimmt. Funktionäre, deren Kompetenzbereich sich in der Mitte der hierarchischen Pyramide befindet, grenzen ihn durch zwei Verhaltensweisen ab, die sich am besten mit Begriffen aus der tierischen Verhaltensforschung charakterisieren lassen:

1. nach unten beißen,
2. nach oben Ohren anlegen.

Das Autoritätsgefälle von oben nach unten ist gekennzeichnet durch die Tendenz, durch "beißen nach unten" die jeweilige Position abzusichern. Der Autoritätsanstieg von unten nach oben ist durch die Tendenz gekennzeichnet, "gönnerhaft zu gewähren". An der Spitze überwiegt diese, am Fuß der Pyramide jene Eigenschaft.

Wir sind zu der Auffassung gekommen, daß an diesen auch im Tierreich belegten Verhaltensweisen zwar Kritik geübt, kaum jedoch eine Änderung derselben erwartet werden kann.

Die Verwaltungshierarchie soll also nicht eigentlich Gegenstand dieser Untersuchung sein, sondern die Beziehungen dieser Verwaltung zu den im Baugeschehen tätigen Entscheidungsträgern.

"Die Verwaltung ist im demokratischen und sozialen Geist nach der Verfassung und den Gesetzen zu führen".

(Die Verfassung von Berlin)

"Dem Senat untersteht unmittelbar die Hauptverwaltung....."

(Die Verfassung von Berlin)

**These 1:** Das öffentliche und das private Kapital beherrschen die Verwalter des Bauens.

**These 2:** Durch Mehrfachfunktionen führender Personen in entscheidenden Positionen des öffentlichen Lebens entstehen Interessenverfälschungen.

**These 3:** Interessenverfälschungen führen zu Machtkonzentrationen.

**These 4:** Interessenverfälschungen bedingen Verschleierung von Tatsachen unter Ausschaltung der Öffentlichkeit.

**These 5:** Interessenverfälschungen und Machtkonzentrationen entziehen sich durch Verschleierung der Kontrolle der Öffentlichkeit.

**These 6:** Die Kontrollfunktion der Legislative über die Exekutive ist nicht gewährleistet. Kontrolliert werden Quantitäten, nicht Qualitäten.

**These 7:** Parlament und Öffentlichkeit werden von Regierung und Senatsverwaltung schlecht informiert, manipuliert, überspielt.  
Das ist die Diktatur der Exekutive.

**These 8:** Legislative und Exekutive entscheiden im Interesse des Kapitals, entscheiden im Interesse des Liberalismus durch Eintreten für ungehemmte wirtschaftliche Betätigung.

**These 9:** Das Kapital ist die Basis für politischen Erfolg.

**These 10:** Politischer Erfolg wird nach ökonomischen Gesichtspunkten gemessen.

**These 11:** Kapitalinvestitionen sollen gesellschaftliche und politische Probleme lösen.

**These 12:** Legislative und Exekutive vertreten der Öffentlichkeit gegenüber einen hemmungslosen Positivismus, d.h. es werden subjektive Bewußtseinsinhalte gesehen und propagiert, die keine Schlüsse auf die objektive Wirklichkeit gestatten.

**These 13:** Nutznießer dieses Image sind das öffentliche und private Kapital.

**These 14:** Bedürfnisbefriedigungen erfolgen auf Grund opportunistischer Planungen nach quantitativen Gesichtspunkten.

**These 15:** Öffentliche Gelder werden ohne Reflexion von echten Bedürfnissen und Zwängen in der Gesellschaft eingesetzt.

**These 16:** Die Gemeinnützigkeit der Baugesellschaften beschränkt sich auf Einhaltung der vom Staat fiktiv festgesetzten Kostenmiete.

"These": Behauptung, die noch bewiesen werden muß (Ullstein-Lexikon)

Verwaltungsrat WBK	40,0%	Verwaltung	40,0%	BEWUGE	GEHAG	DEGEWO	26,5%	Parlament . Ausschüsse	20,0%
-----------------------	-------	------------	-------	--------	-------	--------	-------	---------------------------	-------

HAUPT- AUSSCHUSS	
SPD	Lowka
CDU	Mendel
SPD	Theis
CDU	Wohlraabe
SPD	Hannemann
SPD	Jannicke
SPD	Liljeberg
SPD	Milschewsky
SPD	Roschansky
SPD	Stobbe
SPD	Theuner
CDU	Boehm
CDU	Skrodzki
CDU	Wolff
FDP	Barowsky

VERFILZUNGSKENNZAHL

40

AUSSCHUSS FÜR BAU- UND WOHNUNGS- WESEN	
CDU	Hennicke
SPD	Böttcher
SPD	Milschewsky
CDU	Kox
SPD	Beier
SPD	Blasek
SPD	Doeschner
SPD	Förster
SPD	Gehrke
SPD	Henschel
SPD	Vortfisch
CDU	Franke
CDU	Luster
CDU	Tromp
FDP	Stürzkober

VERFILZUNGSKENNZAHL

13

46,5%	Verwaltung	26,5%	GSW	GSW	Wirtschaft	13,0%	Parl. Aussch.	26,5%	Keine erkennb. Doppelfunktion
-------	------------	-------	-----	-----	------------	-------	---------------	-------	----------------------------------

# VERWALTUNGSRAT DER WOHNUNGSBAUKREDITANSTALT

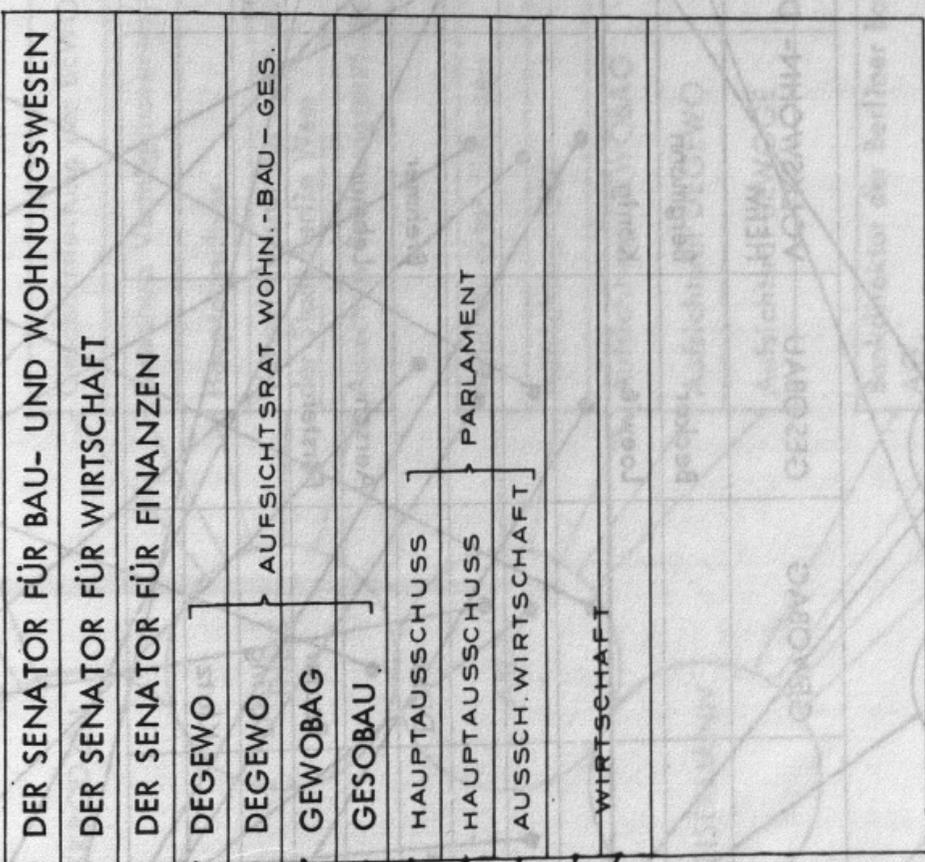
SCHWEDLER
KÖNIG
STRIEK
AMBROSIUS
JANNICKE
DOROW
SALOMON
SKRODZKI
STEINBRING
DUPKE
STEFFEN

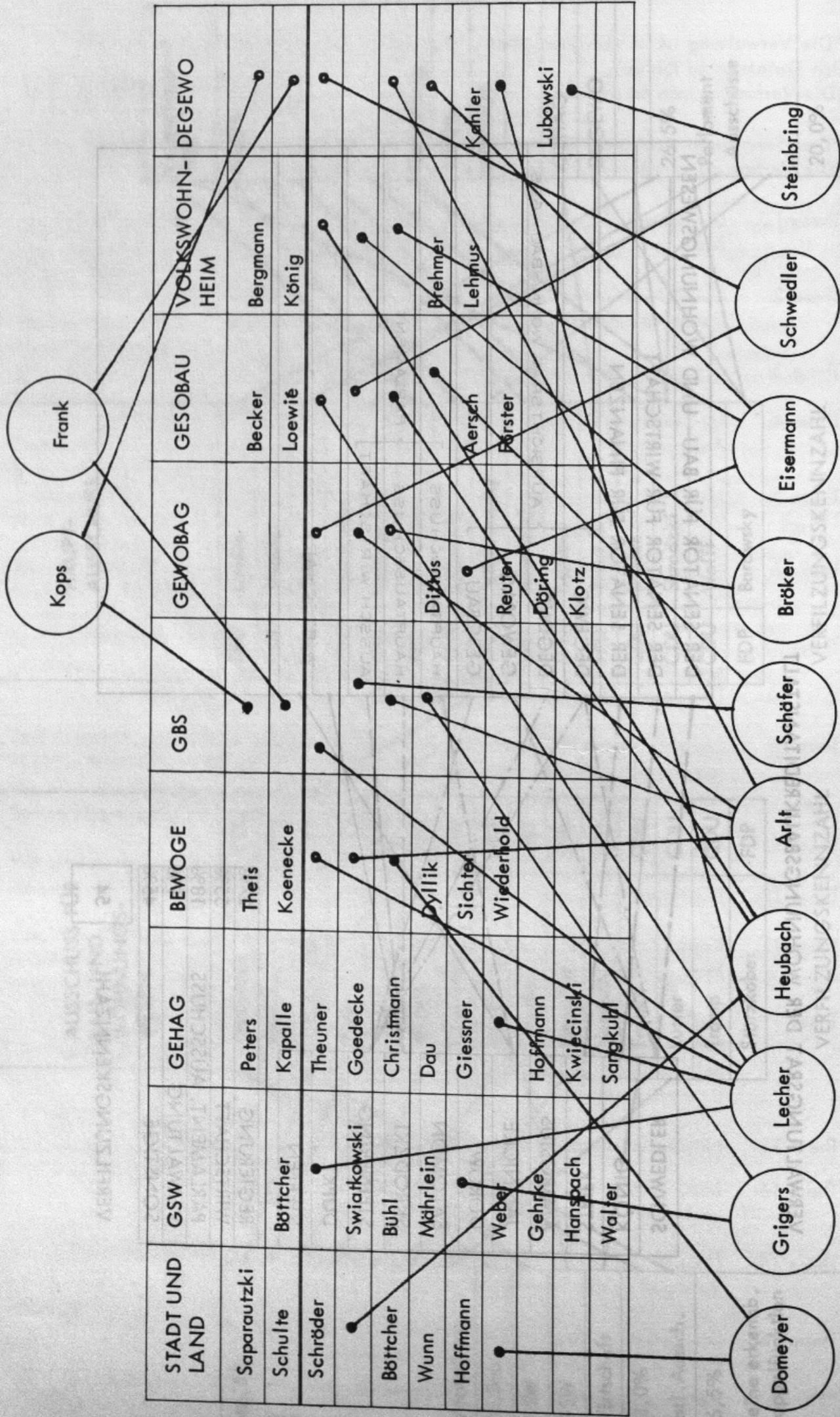
REGIERUNG	27%
WIRTSCHAFT	55%
PARLAMENT. AUSSCHUSS	18%
VERWALTUNG	9%
SONSTIGE	45%

VERFILZUNGSKENNZAHL

54

DER SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN
DER SENATOR FÜR WIRTSCHAFT
DER SENATOR FÜR FINANZEN
DEGEWO
DEGEWO
GEWOBAG
GESOBAG
HAUPTAUSSCHUSS
HAUPTAUSSCHUSS
AUSSCH. WIRTSCHAFT
WIRTSCHAFT



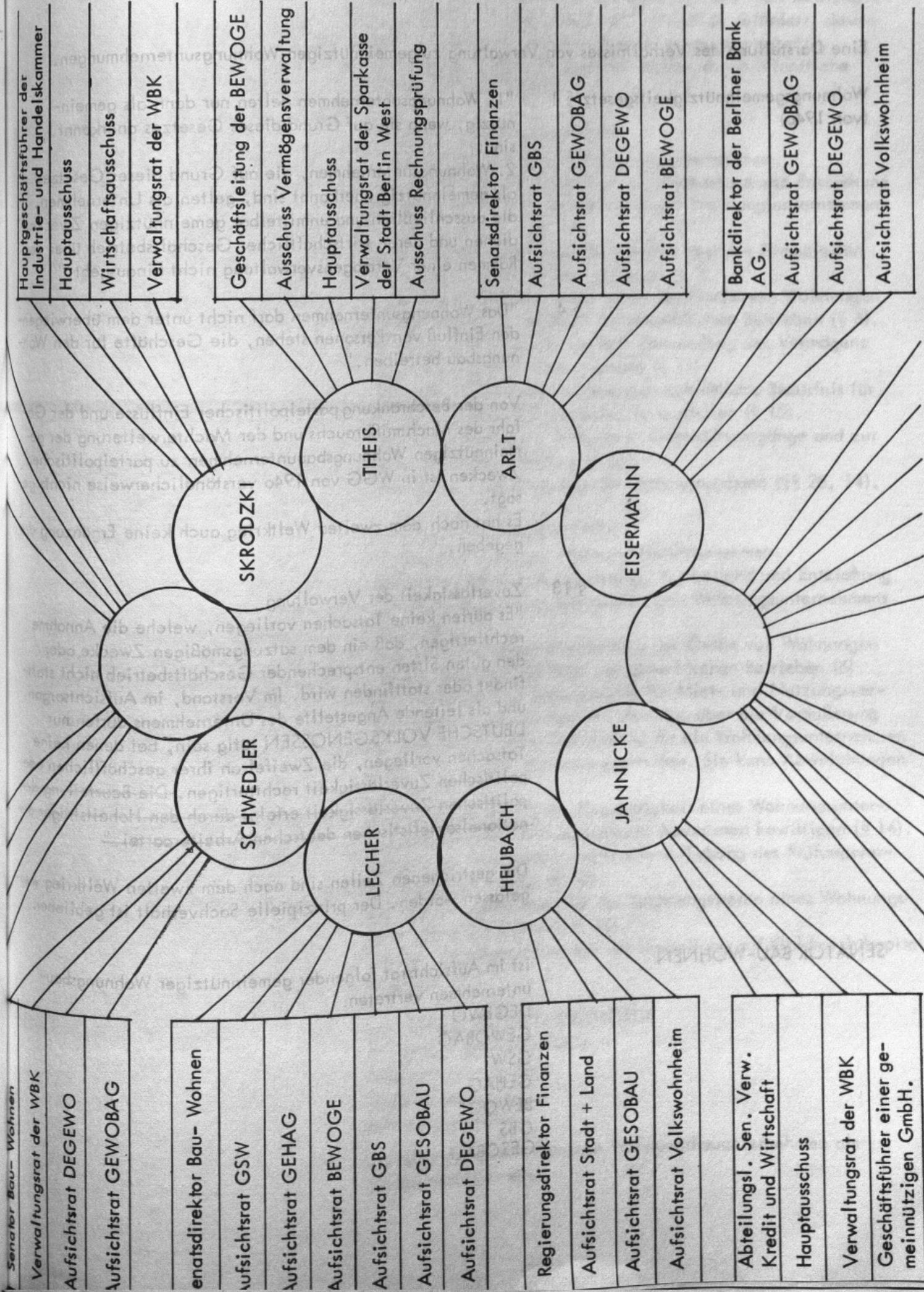


WIRTSCHAFT 14 %  
 VERWALTUNG 40 %

13

VERFILZUNGSKENNZAHL

42



# DER SENAT KANN ALLES, DARF ALLES, MACHT ALLES

Eine Darstellung des Verhältnisses von Verwaltung zu gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen.

Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz § 1  
(von 1940)

"1. Wohnungsunternehmen gelten nur dann als gemeinnützig, wenn sie auf Grund dieses Gesetzes anerkannt sind.

2. Wohnungsunternehmen, die auf Grund dieses Gesetzes als gemeinnützig anerkannt sind, gelten als Unternehmen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken dienen und deren wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb über den Rahmen einer Vermögensverwaltung nicht hinausgeht."

§ 4

"Das Wohnungsunternehmen darf nicht unter dem überwiegenden Einfluß von Personen stehen, die Geschäfte für den Wohnungsbau betreiben."

Von der Beschränkung parteipolitischer Einflüsse und der Gefahr des Machtmißbrauchs und der Machterweiterung der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen zu parteipolitischen Zwecken ist in WGG von 1940 verständlicherweise nichts gesagt.

Es hat nach dem zweiten Weltkrieg auch keine Ergänzung dazu gegeben.

§ 13

Zuverlässigkeit der Verwaltung

"Es dürfen keine Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein dem satzungsmäßigen Zwecke oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfindet oder stattfinden wird. Im Vorstand, im Aufsichtsorgan und als leitende Angestellte des Unternehmens dürfen nur DEUTSCHE VOLKSGENOSSEN tätig sein, bei denen keine Tatsachen vorliegen, die Zweifel an ihrer geschäftlichen ~~oder politischen~~ Zuverlässigkeit rechtfertigen. ~~Die Beurteilung der politischen Zuverlässigkeit erfolgt durch den Hoheitsträger der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei."~~

Die gestrichelten Zeilen sind nach dem zweiten Weltkrieg weggelassen worden. Der prinzipielle Sachverhalt ist geblieben.

SENATOR BAU-WOHNEN

ist im Aufsichtsrat folgender gemeinnütziger Wohnungsunternehmen vertreten:

DEGEWO  
GEWOBAG  
GSW  
GEHAG  
BEWOG  
GBS  
GESOBAU

## SENATOR BAU-WOHNEN

ist im Verwaltungsrat der WBK

Alle öffentlichen Baugelder werden durch die WBK bewilligt.  
Ca. 83 % des Wohnungsbaus wird öffentlich gefördert, davon baut ca. 65 % die gemeinnützige Wohnungswirtschaft.  
Ca. 54 % der Herstellungskosten werden durch öffentliche Baugelder sichergestellt.

## SENATOR BAU-WOHNEN

ist ANERKENNUNGSBEHÖRDE

für die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen.

Sie entscheidet über Anerkennung, Fortbestand und Entziehung der Anerkennung eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens (§§ 1, 15, 16, 17, 18, 19).

Sie entscheidet und erteilt Ausnahmen über die finanziellen Voraussetzungen eines Unternehmens (§ 3).

Sie erteile Ausnahmen hinsichtlich der Größe von Wohnungen und der Zulassung des Baus von gewerblichen Betrieben (§ 6).

Sie entscheidet über die weitere Verwendung des Vermögens bei Auflösung eines Unternehmens (§ 11).

Sie hat das volks- oder wohnungswirtschaftliche Bedürfnis für den Bestand eines Unternehmens festzustellen (§ 15).

Sie hat das Recht zum Einblick in Geschäftsvorgänge und zur außerordentlichen Prüfung (§ 26).

Sie bestimmt ausnahmsweise den Prüfungsverband (§§ 28, 14).

## SENATOR BAU-WOHNEN

ist OBERSTE LANDESBEHÖRDE

für die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen.

Sie entscheidet über Anerkennung, Fortbestand und Entziehung der Anerkennung eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens (§§ 1, 16, 17).

Sie erteilt Ausnahmen hinsichtlich der Größe von Wohnungen und der Zulassung des Baus von gewerblichen Betrieben (6).

Den Mustern der Spitzenverbände für Miet- und Nutzungsverträge, Betreuungsverträge und Verträge über die Veräußerung von Wohnungsbauten, die bindend für ein Wohnungsunternehmen sind, muß sie ihre Zustimmung erteilen. Sie kann Abweichungen zulassen (§ 7).

Sie kann hinsichtlich der Zugehörigkeit eines Wohnungsunternehmens zu einem Prüfungsverband Ausnahmen bewilligen (§ 14).

Sie muß bei Bestimmung und Wiederaufhebung des Prüfungsverbandes gehört werden (§ 23).

Sie muß den Richtlinien für das Rechnungswesen eines Wohnungsunternehmens zustimmen (§ 26).

Sie bewilligt Ausnahmen bei der Umstellung auf Goldmachtkapital (§ 28).

## SENATOR BAU-WOHNEN

ist OBERSTE PLANUNGSBEHÖRDE

Ihr obliegt das Aufstellen von

Flächennutzungsplänen

Bauleitplänen

Bebauungsplänen.

Sie setzt die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen als Sanierungsträger ein.

Zitat: "Die gesetzliche Normierung des jährlich testatpflichtigen "gemeinnützigen" Verhaltens in rechtlicher und kaufmännischer Sicht ersetzt weitgehend das eigene Nachdenken darüber, was eine zeitgemäße gemeinnützige Verhaltensweise für Opfer fordern könnte."

Ltd. Ministerialrat Dr. Hans Hämmerlein

Die "sogenannten" gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bauen weder besser noch vermieten sie billiger als freie Unternehmer, die öffentliche Gelder in Anspruch nehmen.

Ihre ständig steigenden gewaltigen Einnahmen aus den Mietzahlungen abgeschriebener Objekte dienen lediglich der Machtakkumulation.

Eine seit Jahrzehnten wachsende Städtebaukritik nicht achtend, glauben sie mit ständig wechselndem modischen Assecoir dem Fortschritt genüge zu tun.

Die exakte Ermittlung der Bedürfnisse der Mieter, Forschungsaufträge für Städtebau und Bauwesen, sowie das Experiment zur Entwicklung besserer Städte und Wohnungen wären heute die Aufgaben gemeinnütziger Unternehmen.

unter Fortschritt bei gefördertem Rückschritt | Gehemter Fortschritt bei gefördertem Rückschritt | Gehemter Fortschritt bei gefördertem Rückschritt

# POTEMKIN IN WESTBERLIN

1929 antwortete  
Dr. M. Wagner:



Beginnt Berlin  
Häuserscheit  
mit 1957

Sie vergessen vollkommen, daß jede Partei politische und wirtsch-  
politische Interessen vertritt. So gibt es politische Gruppen, die a  
Wohnungsban überhaupt kein Interesse haben, weil sie zu i  
erbauten Wohnung eine unerwünschte Konkurrenz für die  
sehen. Andere Gruppen möchten sich einen Haars  
von Aufträgen an Banken, Baufirmen usw. sehen  
sehen in einer zeitweisen starken Inanspruchnahme der  
kraft für den Wohnungsban eine Schwerkraft für die  
Gebieten der Kommunalwirtschaft.

große, die Ausstattung un  
mit diesen Gegensätzen  
und großzügig aus  
Kommissionen  
ein Bauprojekt  
Die Kapital  
der Kapital

... 2000  
... Genehmigung zu  
... Wohnungen verlangt eine  
... wir heute in Berlin für den Wohn

1957 schrieb er  
zur Interbau lo  
offene Briefe:

1960 erklärte  
Adolf Arndt zu  
den Bauwochen:

und 1968  
berufen wir uns  
auf diese zwei  
Kirchenväter  
der Kritik und  
stellen die ...

... Bon- Berliner  
... internationale Zug- zeigt, wie man  
... teilen können lächeln! besser, anstatt um  
... einmal einen flüchtigen schlechter baut? Habe  
... und das Neue, und fragen Berlin, Deutsch  
... was von beidem auf Ihrer angescha  
... ung — — gänzlich unsichtbar  
... so frage ich Sie  
... Parzellen de  
... heute das Hohngelächter der W  
... Kommunal- in man politiker aller Länder und Partei  
... esem - aus anderes zu er sie durch seine Paradeausstellun  
... en wu. - Verkehrsstraßen des und ihnen Preise nennen muß, d  
... eitaltera, als Plätze für Namensschil- Flüchtlinge vom Gerichtsvollzieher  
... und als Wohnstraßen der Unauffind- nicht Flüchtlinge des  
... rgüßmeinnist

Tabula Rasa — privatisiert

Adolf Arndt

Das Ideal, das  
... öffentlichen Bauten zu sehen, le  
... noch durch das Dekret irgende  
... em unendlichen  
... r in der treibe  
... on gestellt we  
... zu verhelfen,  
... chaft, der  
... werde



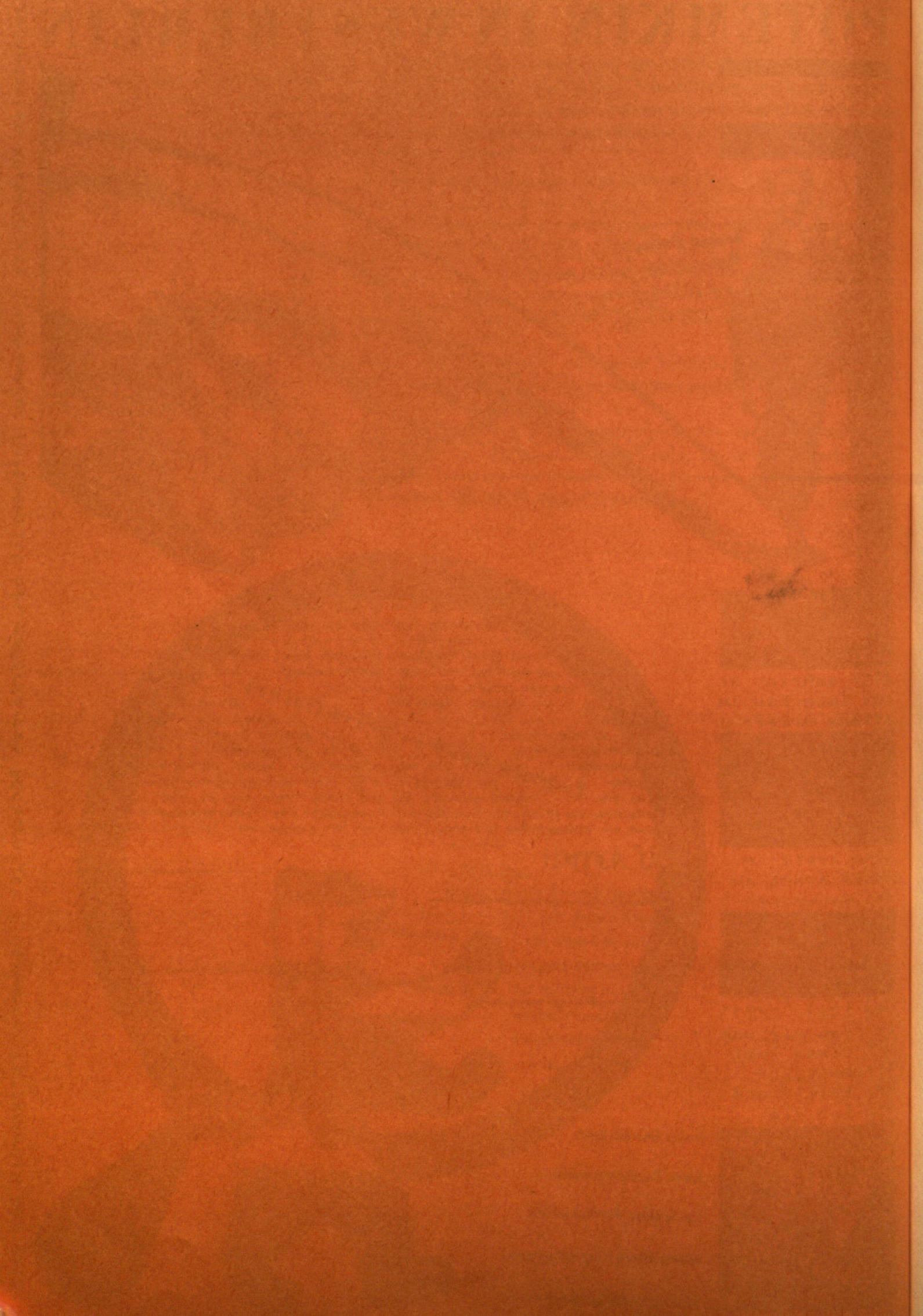
SONDIDIAGNOSE  
SONDIDIAGNOSE  
SONDIDIAGNOSE

- Hohe Rentabilität
- Kein Bauherrenrisiko
- Laufender Wertzuwachs
- Wertsichere Kapitalanlage
- Beträchtliche Steuervorteile

gefördertem Rückschritt | Gehemter Fortschritt bei gefördertem Rückschritt | Gehemter Fortschritt bei geförd

über, pfer  
ter-  
end, m  
gs-  
t zur  
e

erem Rückschritt | Gehemter Fortschritt bei gefördertem Rückschritt | Gehemter Fortschritt bei geförd



# VORSICHT ARCHITEKTURTHEORIE

"Ein Mann mit einer Theorie ist verloren. Er muß mehrere haben, vier, viele! Er muß sie sich in die Taschen stopfen wie Zeitungen, immer die neuesten, es lebt sich gut zwischen ihnen, man haust angenehm zwischen den Theorien. Man muß wissen, daß es viele Theorien gibt, hochzukommen, auch der Baum hat mehrere, aber er befolgt nur eine von ihnen, eine Zeit lang." (Brecht 1920)

! Vorsicht Architekturtheorie ! Eine diagnostische Anthologie:

Bilde Künstler, rede nicht !

Die Schönheit ist der Glanz des Wahren.

Wo steckt das Geheimnis der Gestalt ?

Bauen heißt Wohnen und Wohnen heißt Bleiben.

Hört auf zu bauen!

Alle Häuser sind schön.

"Abwesenheit von Baukunst als Voraussetzung für die Entfaltung der Gesellschaft: das ist ein Weg. Aber auch Baukunst als Stimulans: Förderung, Auftrag, Notwendigkeit. Beide Wege sind möglich, beide führen zu einem Ziel... Welchen der beiden Wege ein Architekt zu wählen hat, ist nicht von vornherein festzulegen." (Bauwelt, Berlin, 1968)

"Eben komme ich aus Berlin zurück, wo der Dekan der Architekturabteilung an der TU ein Symposium über Architekturtheorie einberufen hatte. Ich war erstaunt über die Orientierungslosigkeit der zuhörenden Studenten. Es wird Jahre brauchen, sie wieder auf den richtigen Stand zu bringen." (Siegfried Giedion selig, 1968)

! Vorsicht Architekturtheorie !

Ästhetik tabuiert.

Zweck verabsolutiert.

NS-Zeit vergessen.

Zwänge camoufliert.

Ornament verdrängt.

Monument verteufelt.

Demokratie idealisiert.

Politik ästhetisiert.

! Vorsicht Architekturtheorie !

Wie sagte doch Bismarck: "Geben Sie sich dem deutschen Bedürfnis der Kritik nicht zu sehr hin!" (1895)

"Also die Kritik ist außerordentlich leicht, aber das Bessermachen!" (1884)

# VORSICHT ARCHITEKTURTHEORIE

"Ein Mann mit einer Theorie ist verloren, er muß mehrere haben, viele, viele! Er muß sie sich in die Taschen stecken wie Feindgenossen, immer die neuesten, es leht sich gut zwischen ihnen, man haust gegeneinander zwischen den Theorien. Man muß wissen, daß es viele Theorien gibt, hochzukommen, auch der Baum hat mehrere, aber er betragt nur eine von ihnen, eine leht lang." (Bracht 1920)

1 Frage: Architekturtheorie, Architekturkritik? Gibt es das heute?

Antwort: Nein - , wenn damit eine Wissenschaft von der Architektur gemeint ist. Systematische Hypothesen, empirische Untersuchungen, kritische Reflexionen gibt es kaum. Akademische Lehrstühle dafür gibt es ebensowenig.

Antwort: Ja - , wenn damit ganz allgemein Ideologien zur Architektur gemeint sind - Überzeugungen, Meinungen, Standpunkte, Vokabeln, Jargon gibt es mehr als genug.

Jeder Erläuterungsbericht, jedes Preisgerichtsurteil, jede Pressebemerkung, jede kollegiale Polemik, jedes Architektencredo ist "Architekturtheorie". Jede Festrede, jeder Werkbundtag, jeder Kongress, jede Architektenkammer-Satzung, jede bauministerielle Verlautbarung ist "Architekturtheorie". In Anführungsstrichen!

- 2 So äußert sich der zweite Preisträger des TU-Wettbewerbs über seine Arbeit: "Die bestehenden, veralteten Gebäude aus Ziegeln und Mörtel, die das Gelände besetzen, betrachten wir als Unterholz. Unsere Großkonstruktionen setzen sich über sie hinweg. Ihre Raumstrukturen erweitern sich in Abtreppungen von oben nach unten und füllen die frei werdenden Plätze der verfallenden Gebäude." (Kohlmaier, Sartory, Polonyi, 1968)

So befindet das Preisgericht des TU-Wettbewerbs über die erstplazier- te Arbeit: "Es werden Raumbildungen geschaffen, die im Nahbereich sehr wohltuend wirken, darüberhinaus das TU-Gelände im größeren Stadtbereich ohne unangebrachte Monumentalität zur Geltung bringen ... Die hier gebotene Grundform hat städtebauliche, räumliche und gesellschaftliche Offenheit, die auch Veränderungen in der Zukunft zuläßt, ohne einer- seits das Prinzip aufzugeben und andererseits als Frag- ment zu wirken," (Protokoll, 1968)

So meditiert die Bauwelt über Architektur und Gesellschaft (Bauwelt- lyrik): "Abwesenheit von Baukunst als Voraussetzung für die Entfal- tung der Gesellschaft: das ist ein Weg. Aber auch Baukunst als Stimulans: Forderung, Auftrag, Notwendigkeit. Beide Wege sind möglich, beide führen zu einem Ziel."

und kommentiert diese Alternative dann so:

"Welchen der beiden Wege ein Architekt zu wählen hat, ist nicht von vornherein festzulegen."

3 So "definiert" der Architekt Justus Dahinden den Begriff Architektur:

"Architektur, wie ich sie sehe, ist Kleid einer Gesellschaft. Sie umhegt die Orte, wo wir wohnen, arbeiten und Gemeinschaft bilden. In diesem Sinne ist sie kosmologisch und anthropologisch. Architektur ist also Hüterin anthropologischer Maßstäblichkeit.

In unserer Zeit der Relativierung und Dynamisierung geht es heute darum, eine atektonische Strukturwelt zu schaffen, die letztlich vor uns stehen wird als indeterminativer Organismus ohne Oben und Unten, und ohne Anfang und Ende.

Eine neue Architektur der Fragmente und des Übergangs stellt sich gegen jede statische Beharrung, sie kann den durch unsere Wissenschaft überwerteten Realitäten ihre Illusion der reinen Erscheinung entgegenstellen. Solche Architektur nähert sich als Trägerin eines neuen Biorealismus wieder der Natur, denn ihr Wachstum hat viel Verwandtschaft mit dem Vegetabilen." (arch+, Heft 3, p.4-5)

So hilft Heidegger als Festredner den Architekten theoretisch auf die Beine: "Bauen heißt Wohnen und Wohnen heißt Bleiben." (1951)

So kündigt die VFA ihren Kongress "Umwelt heute Welt morgen" an:

"Bewegung ist in uns...Wir bilden Gruppen...Form-Norm... Umwelt wächst nach freien Ideen im geordneten Raum! Alle Lebensbereiche - Wohnen, Arbeit, Bildung, Begegnung - finden sich in gebauter Umwelt wieder. Städtebau ist ständiger Prozeß, Spiegel vieler Menschen, vieler Neigungen, Sehnsüchte, Träume. Unsere Kinder haben schon neue. Stadtordnung muß auswechselbar bleiben, dann lebt sie! Superstädte sind brillante Monumente, ihre Planung faszinierend, ihr Bau vermessen! Monumente sind tot - Wenn nicht heute, dann morgen..." (Programm 1967).

6 a) Die Lieblingsmetaphern des Architekten deuten darauf, wo seine Phantasie zuhause ist:

<u>Baum:</u>	Wachstum	<u>Stadt:</u>	Stadt	<u>Technik:</u>	Feld
<u>Lebe:</u>	Gliederung	<u>Umwelt:</u>	Landschaft		Spannung
	Organ (Ismus)		Stadtlandschaft		Pole
					Struktur

4 Und so nimmt sich der Architektenjargon aus, wenn er ein wenig nach Quellen und Intentionen sortiert wird:

a) Die philosophischen Topoi des Architekten zeigen, daß er auf der Höhe seiner Zeit steht: Die unmenschliche Technik - die reaktionäre Ästhetik - die wertfreie Wissenschaft - die unpolitische Planung.

Einheit	Prozeßcharakter	Chaos
Ganzheit	Entwicklung	Misere
Integration	Wandlung	Unbehagen
Differenzierung	Umstrukturierung	Krise
System	Umwertung	Problembewußtsein
Ordnung	Zeitenwende	Lösung
Gestalt.	Fortschritt	Selbstverständnis.
	Industrialisierung.	

b) Die soziologischen und sozialpsychologischen Topoi des Architekten beweisen, daß ihm die Anpassung an die sozialkritischen Positionen des Tages nicht schwer fallen:

Gestern noch:	Organisches Gemeinwesen	Heute schon:	Privatheit
	Nachbarschaft		Öffentlichkeit
	Wohnen		Markt
	Gewohnheit		Bürger
	Konsum		Kontakt
	Versorgung.		Urbanität
			Identifikation
			gesellschaftliche
			Offenheit.

5 c) Die Lieblingsverben des Architekten verraten die Rollen, die er gerne spielen möchte:

(Herrscher)

Anordnen  
einsetzen  
fixieren  
prägen  
bewältigen  
verleihen.

(Erfüllungsgehilfe)

sich anpassen  
sich ergeben  
verwenden  
einbeziehen  
mitgestalten  
zuordnen  
integrieren  
koordinieren  
differenzieren  
verdichten  
ballen  
umsetzen  
entmischen  
verflechten  
anstreben.

(Retter)

Sanieren  
regenerieren  
bergen  
hüten  
umhegen  
erwecken  
engagieren  
vermenschlichen  
schaffen  
lösen  
klären  
fügen.

d) Die Lieblingsattribute des Architekten bezeugen seine Wertvorstellungen:

anständig  
ehrlich  
sparsam  
schlicht  
rein  
sauber  
klar  
sympathisch  
intim  
total ---

dynamisch/statisch  
urban/provinziell  
gestalthaft/chaotisch  
menschlich/unmenschlich  
erforderlich/willkürlich  
überzeugend/bestechend  
gesucht/gefunden  
präzis/verschwommen  
locker/dicht  
sensibel/brutal  
modernistisch/traditionell  
einfach/komplex  
individuell/anonym  
hart/weich  
grün/grau  
mobil/starr  
glücklich/unglücklich  
leicht/schwer

6 e) Die Lieblingsmetaphern des Architekten deuten darauf, wo seine Phantasie zuhause ist:

<u>Bio-</u>	Wachstum	<u>Geo-</u>	Stadt	<u>Technik:</u>	Feld
<u>logie:</u>	Gliederung	<u>graphie:</u>	Landschaft		Spannung
	Organ(ismus)		Stadtlandschaft		Pole
	Umwelt		Hügel		Struktur
	Leben(sraum)		Terrassen		Netz
	Tod		Berg		Maschenweite
			(Urstom)Tal		Knoten
<u>Fauna:</u>	Leib		Fluß		Gitter
	Glieder		Hafen		Geflecht
	Finger		Kanal		Maschine
	Kopf		Straße		Apparat
	Herz		Platz		Gerät
	Aorta		Anger		Schiene
	Ader				Röhre
	Haut	<u>Geo-</u>			Schlitten
	Skelett	<u>metrie:</u>	Achse		Kiste
	Rückgrat		Zentrum		Container
			Ebene (Plateau)		Band
<u>Flora:</u>	Wurzel		Punkt	<u>Archi-</u>	
	Stamm		Linie (Band)	<u>tektur:</u>	Säule
	Zweig		Kreuz		Dach
	Krone		Kreis		Wand
	Kern		Quadrat (Karrée)		Ecke
	Schale		Kugel		Tor
	Keim		Zylinder		Turm
			Kubus		Treppe
			Scheibe		Brücke
			Pyramide		Denkmal
					Forum
					Agora.

Jede dieser Vokabeln wird als Wertaussage eingesetzt, jede wird zum Argument. Je unreflektierter sie angewandt werden, desto irrationalistischer wird das leere Begriffsmaterial. Sie färben sich mit dem Wechsel der Ideologien, werden zu Schimpfwörtern oder Lob.

## 7 Alibi-Ästhetik / Theoriefeindlichkeit

In der NS-Zeit hieß es "Baukunst". In der Nachkriegszeit zieht man "Architektur" vor. Der Begriff ist so praktisch, weil er erlaubt, Baukunst zu machen, ohne sie auch schon als Kunst zu bezeichnen.

Denn in der Architektur sind "Kunst" und die damit verbundene leidige "Schönheit" tabuierte Begriffe.

Will ein Architekt sich über ewige Werte äußern, so zitiert er mit Mies Augustinus und nennt Schönheit den Glanz des Wahren.

Will er sich dagegen materialistisch-fortschrittlich äußern, so verabsolutiert er wahlweise: Materialeigenschaften, Bearbeitungstechnik, Zweckzusammenhänge, soziale und ökonomische Bedingungen der architektonischen Formen, reduziert "Schönheit" zu deren Synonym und umgeht, indem er Schönheit derart "materialisiert", die Aufgabe, ästhetische Wahrnehmungen und Wertung zu reflektieren: Alibi-Ästhetik.

Auf diese Weise haben wir eine "Materialästhetik", eine "Funktionsästhetik", eine "soziale Ästhetik", neuerdings eine "Informationsästhetik" - aber eine Ästhetik ohne Alibi haben wir nicht.

In diesem Ästhetik-Tabu wurzelt eine bis heute fast uneingeschränkte Theoriefeindlichkeit, die die Architekten zwar nicht hinderte zu "denken", zu urteilen, zu lehren und Manifeste zu verfassen, sie aber der Verpflichtung entthob, ihre theoretischen Voraussetzungen zu überprüfen.

8 Theoriefeindlichkeit kennzeichnet die Studienzeit der Autoren dieser Ausstellung (z.B. an der TUB in den 50-er und 60-er Jahren).

Architekturtheorie als Lehrfach gab es nicht. Moderne Baugeschichte gab es nicht. Interdisziplinäre Arbeit gab es nicht - wie denn auch, das hätte ja eine theoretische Disziplin von der Architektur vorausgesetzt.

Der progressive Teil unserer Lehrer vertrat "den" Funktionalismus, wie er nach dem Zusammenbruch als Bauhauserbe per CARE-Paket nach Haus gekommen war. Der vermeintlich wertfreie, keimfreie Funktionalismus sollte die bösen ideologischen Geister aus der NS-Zeit vertreiben - niemand vermutete etwas vom ebenfalls ideologischen Charakter des Funktionalismus - und so wurden Architektur- und Stadtformen zu bloßen Produkten von objektiv gesetzten sozialen Determinanten unter objektiv gesetzten technologisch-konstruktiven Bedingungen. Form wurde zum Abfallprodukt, nach der verballhornten Sullivan-formel: form followes function. (Niemand bemerkte z.B., wie Mies unterdes diese Formel längst auf den Kopf gestellt hatte, vgl. Norberg-Schulz, Intentions in Architecture).

Ästhetische Untersuchungen verboten sich so beinahe von selbst. Aber auch jede profunde soziologische, psychologische, medizinische, technologische, ökonomische Reflexion wurde vernachlässigt.

9 Kleine Typologie der Funktionalismen,  
der mit einander rivalisierenden Zweige des Funktionalismus in den  
50-er Jahren:

1. die abstrakt-idealisierte Spielart der Miesnachfolge,
2. die organisch-materialisierende Spielart der Scharounianer,
3. die konstruktiv-dekorative Spielart der neuen Konstruktivisten,  
(Nervi, Siegel, Frei Otto ...)

allesamt Formen einer verdrängten ästhetischen Reflexion, "Funktions-  
ästhetiken" verschiedener Couleur, Alibi-Ästhetiken.

Kleine Typologie der Reaktions-Strömungen in den 60-er Jahren:

1. die Rückbesinnung auf Architektur als Kunst(stück) in Gestalt eklek-  
tischer Rückgriffe auf die Klassiker der Moderne oder auf Phänomene  
der traditionellen Architektur wie Ornament, Monument, Symmetrie,
2. die Soziologisten mit der Bauwelt-Ideologie von der Spielwelt und  
der sozialen Ästhetik,
3. die Utilitaristen mit der Heilsbotschaft von der Fertigteilbauweise,
4. die Utopisten, die sich sozial interessiert geben, aber prinzipiell  
nichts anderes vorbringen als die Verabsolutierung heute möglicher  
technologischer Produktionsformen als Rahmen für die Zukunft (neues  
Fixum).

10 Die 60-er Jahre brachten aber auch eine neue kritische Reflexion in Ansätzen, nämlich:

1. die Reflexion soziologischer Modelle :

Bahrdt, Die moderne Großstadt. Humaner Städtebau.

Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit der Städte.

Berndt/Lorenzer/Horn, Architektur als Ideologie.

2. ästhetische Reflexionen, und zwar:

zur Funktionsästhetik

Bloch, Prinzip Hoffnung, II. Band.

Adorno, Funktionalismus heute.

zur Strukturästhetik (Grötzebach)

zur Informationsästhetik (Bense, Alsleben, Franck, Gunzenhäuser, Kiemle)

zur Wahrnehmungspsychologie und Gestalttheorie (Arnheim, N.-Schulz)

3. historische Revisionen (z.B. Banham, Maschinenzeitalter)

4. das Bewußtsein von der Notwendigkeit, die NS-Architektur zu untersuchen:

"Es existiert eine Übereinkunft derer, die über Architektur reden und schreiben, jene Zusammenhänge niemals zu erwähnen, die die Nachkriegsarchitektur mit der Architektur des 3. Reiches verbinden. Seit 20 Jahren wird behauptet, daß zwischen diesen beiden Phasen der Architekturgeschichte ein Bruch liege, der Vergleiche überhaupt ausschließt. Das Buch "Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Ulrich Conrads in der Reihe der Ullstein Bauwelt Fundamente, hat die Epoche zwischen 1933 und 1945 radikal ausgespart, als hätte es in dieser Zeit weder Manifeste noch Programme gegeben. Der Herausgeber gibt keine Gründe an, warum das 3. Reich als Niemandsland der Architekturgeschichte behandelt ist, er setzt allgemeine Zustimmung für sein Verfahren bei der Darstellung der jüngeren Geschichte voraus." (J. Janssen, 1966)

11 Indiz dieses neuerwachten Appetits auf Architekturtheorie war daß gleichnamige Symposion 1967 an der TU, wenngleich es so gut wie keinen der angeführten Ansätze zu Wort kommen ließ, sondern ein sachlich, methodisch und personell zu buntgewürfeltes Programm bot, um die großen Erwartungen, die das mutige Wort Architekturtheorie geweckt hatte, erfüllen zu können.

Kommentar zum Symposion: "Alle Häuser sind schön.  
Hört auf zu bauen." (KU)

Kommentar zum Symposion: "Eben komme ich aus Berlin zurück, wo der Dekan der Architekturabteilung an der TU ein Symposion über Architekturtheorie einberufen hatte. Ich war erstaunt über die Orientierungslosigkeit der zuhörenden Studenten. Es wird Jahre brauchen, sie wieder auf den richtigen Stand zu bringen."  
(der selige S.Giedion, Generalsekretär der CIAM, 1968)

So ergibt sich die theoretische Position der Autoren dieser Ausstellung:

Skepsis gegenüber dem eigenen Studiengang,  
gegenüber dem überkommenen Berufsbild des "Demiurgen",  
ebenso gegenüber schnellfertigen Utopismen und  
gegenüber allem unverbindlichen Gerede von Interdisziplinärer Arbeit, solange die terminologischen Voraussetzungen fehlen und solange darunter nichts anderes verstanden wird als Dilletieren in Nachbars Garten.

Diese Skepsis ist kein Skeptizismus. Sie bedeutet keine Abkapselung des Künstlerarchitekten, sondern basiert auf dem Interesse an und dem Wunsch nach besserer Information über die Nachbargebiete.

12 **Bleibt festzustellen, daß unter Architekturtheorie nicht mehr wie in der Vergangenheit nur im wesentlichen Geschichte, Stil- und Formlehre, Darstellungslehre und Ästhetik verstanden werden kann - wenngleich gerade Ästhetik auch ihre immer deutlicher werdenden psychologischen u. soziologischen Implikationen hat - sondern jede und insbesondere jede wissenschaftliche Äußerung, die auf Architektur Bezug nimmt.**

**Kritische und reflektierte Architekturtheorie ist zu einer Disziplin zu entfalten, die die vorhandenen theoretischen Ansätze innerhalb der Architektur und in den Nachbardisziplinen (Sozialpsychologie, Wahrnehmungstheorie, Informationstheorie, Soziologie, Anthropologie und Medizin, aber auch Philosophie, Geschichte, Wirtschaftswissenschaften, Politologie usw.) aufnimmt und reflektiert.**

**Architekturtheorie sind nicht zuletzt auch alle kritischen Beiträge dieser "Ausstellung", als Versuche einer kritischen Bestimmung der Bedingungen der heutigen Architektur.**

**Brauchbarkeit und Geltung des Architektur-Begriffs selbst zu prüfen und ihn u.U. neu zu bestimmen, kann sinnvoll erst unter den Voraussetzungen einer neuen Architekturtheorie erreicht werden.**

**Exemplarische Fälle aus dem Feld der Theorie sind z.B.:**

Utopie - Planungstheorie

- ein Theoriefall

Utopien ... "sind Indikatoren, wichtige Ausdrucksmittel jener Spannungen, die eine Gesellschaft ihren Mitgliedern aufzwingt; sie sind Ersatzbefriedigungen." (A. Mitscherlich, Die Stadt der Zukunft)

Etwas utopisch zu nennen, hieß bislang umgangssprachlich, es absurd finden. Im Augenblick scheint demgegenüber der Begriff Utopie fast zum Planungsfaktor aufgestiegen zu sein, so häufig ist von ihm die Rede.

Utopien entstehen in Situationen der Ratlosigkeit, der Krise. Intendiert als Antizipationen der Zukunft sind sie oft nur Flucht ins Unverbindliche und Unmögliche.

Dabei ist zwischen Utopie als Terminus einer noch zu entwickelnden Planungstheorie und "Utopie" als einer Poesie mit architektonischen oder technoiden Mitteln wohl zu unterscheiden. Für letztere gibt es viele aktuelle Beispiele von Friedman und Schulze-Fielitz bis Archigram, Beispiele, die zeigen, daß diese Art Poesie eher ästhetische Resonanz in der Gegenwart findet, als die Zukunft zu erschließen.

Um jedoch eine Planungstheorie zu ermöglichen, ist eine stärkere Koordination der Wissenschaften erforderlich, und vor allem auch eine Wissenschaft von der Architektur. Das würde für den Architekten bedeuten von der Rolle des Demiurgen, des charismatischen Utopisten, des großen Direktors, der zur Zeit der sog. öffentlichen Bauherren sogar noch eine Bauherrschaftsfunktion mitausüben muß und so doppelte Verantwortung trägt, Abschied zu nehmen, sich stärker einzugliedern.

Das setzte aber wiederum auch Instanzen voraus, die die Bauherrnrolle besser ausüben vermöchten als er.

14 z.B.

### Interdisziplinäre Arbeit

alex - ein Theoriefall

"Die Desintegration der Wissenschaft produziert die entsprechende Desintegration der von der Wissenschaft beherrschten Welt. Die Rationalität der technischen Welt ist eine desintegrierte, sie ist also eine vernunftlose Rationalität ..." (G. Picht)

Interdisziplinäre Arbeit ist ein vielbeschworener Gemeinplatz. Als ob es nur darauf ankäme, damit anzufangen. Indessen bedarf interdisziplinäre Arbeit selbst der Planung und methodischen Vorbereitung:

Erste Voraussetzung ist die theoretische Reflexion der eigenen Arbeitsweise des Architekten (Terminologie, Methode),

Zweite Voraussetzung ist die Überprüfung der terminologischen und erkenntnistheoretischen Divergenz zu den Nachbardisziplinen,

Dritte Voraussetzung ist die gemeinsame Überwindung der Divergenzen, wozu auch die zu übersteigende psychologische Schranke des Spezialistenbewußtseins gehört,

Vierte Voraussetzung ist die gemeinsame Erarbeitung einer Planungs-Utopie, d.h. eines Arbeitszieles.

Monumentalismus-Komplex- ein Theoriefall

"Kein bauliches Unternehmen wird uns soviel Sympathien und Vertrauen zurückgewinnen, wie dieses olympische Feld in München."

So U.Conrads (Bauwelt 45/67) über das

Deutsche Olympiadezentrum in München (Behnisch - 1968)

Sinngemäß das gleiche gilt der Architekturkritik für den

Deutschen Pavillon in Brüssel (Eiermann - 1958),

Deutschen Pavillon in Montreal (Frei-Otto - 1967),

Deutschen Pavillon in Osaka (Bornemann - 1968):

Sie werden verstanden als Deutschlands Wiedergutmachungsarchitektur vor der Weltöffentlichkeit.

Solche Kritik zeugt von monumentaler Blindheit für die Einsicht, daß durch die vordergründige Vermeidung von Herrschaftsabzeichen - wie Monumentalität eines sein kann - die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse nicht berührt, sondern getarnt werden.

Was sich "unangebrachter Monumentalität" (Preisgericht im TU-Wettbewerb 68, 1.Preis) enthält, ist "menschlich", "Sympathisch", "demokratisch", "bescheiden", ist nicht "geometrische Architektur des Obrigkeitsstaates" (A.Arndt, Demokratie als Bauherr)

Devise: Camouflage durch Harmlosigkeit.

Denn was sich da präsentiert und repräsentiert ist z.B. die Bundesrepublik.

Solche Kritik verhält sich so unreflektiert, wie ein architektonisches Großformdenken, das zu blinder Monumentalität führt, sich - trotz Farbe und Großornament - zum Werkzeug sozialer und ökonomischer Zwänge macht.

Der Funktionalismus verbannte die Begriffe Symbol und Zeichen aus seinem Vokabular. Die entsprechenden Phänomene des Dekorativen, Ornamentalen, Zeichenhaften wurden, soweit sie sich nicht ebenfalls verbannen ließen, funktionell verbrämt (Material-Textur-"Struktur"-Fetischismus).

Unterdes haben der Begriff und das Phänomen des Zeichens anderweitig durch die Entwicklung von Zeichentheorie und Informationstheorie und durch sozial-psychologische Studien über präsentative und diskursive Symbolik als Voraussetzungen des Sozialverhaltens - so stark an wissenschaftlicher Reputation gewonnen, daß auch der Architekt wieder so weit gehen kann, mit Begriffen wie Prägnanz, Image, Zeichen, Lesbarkeit, Figur zu operieren und - spät genug - zu entdecken, daß gerade das, was eben noch Formalismus hieß, höchst wichtige Funktionen erfüllen kann.

Einerseits ist auf diese Weise der Funktionalismus um neue Bedingungen (Funktionen) sozialpsychologisch, wahrnehmungspsychologisch und informationstheoretisch erweitert worden (!) - andererseits haben die morphologischen Phänomene des Dekorativen-Ornamentalen nur wiederum ein neues Alibi bekommen!

Wir fragen uns angesichts der über uns hereinbrechenden Woge von Zeichen- und Signalarchitektur, ob das bloße Überkompensation des immer noch verdrängten Dekorativen ist.

Wann wird es wohl wieder voll legitimiert sein?

Ornament

- ein Theoriefall

"... All das geht immer wieder aufs Problem des neuen Ornaments, auf diesen bildnerischen Überfluß ..."  
(E. Bloch, Bildung, Ingenieurform, Ornament.)

Nie ist so viel ornanziert worden, wie nach Loos - denn ornamentieren galt seitdem als pervers. Jedes Stück Holz, jeder Kiesel, jede Muschel sind zu einem Stück echten Ornamentersatzes geworden. Die Natur ist doch der größte Künstler.-

Auf dem Vertiko nannte man es noch Kitsch und Nippes, im Regal heißt es Kunstgewerbe, und da ist es was konstruktiv ehrliches.

Loos hat nur auf der Grundlage seiner Informationen theoretisiert, heut nimmt sich sein Waschzwang mehr polemisch aus. Dem kritischen Stand seines Wissens erschien das Ornament als atavistisch - war es das? Wie konnte er aus der inhaltlich entleerten Rolle des Ornaments im Stilpluralismus das Verdikt des Ornaments als Verbrechen folgern?

Sein Erfolg war durchschlagend: das Ornament mußte in den Untergrund der Konsumartikel, der seriellen Industrieprodukte, denn in der "guten" Form ward es nicht mehr geduldet. Phantasielosigkeit galt fortan als Größe, Einfältigkeit als Bescheidenheit.

Heute sind wir so ehrlich zwischen "hölzernen" Kunststoffmöbeln zu leben.-

" ...Ob die ornamentfreie Ehrlichkeit aus reiner Zweckform nicht selber die Form eines Feigenblatts annehmen könnte, um eine nicht ganz so große Ehrlichkeit der sonstigen Verhältnisse zu verdecken?" (E. Bloch, op.cit.)

Es handelt sich "bei den ewigen Werten nicht selten um herkömmliche Formen der Behandlung von Konflikt und Konkurrenz sowie um Regeln der Entscheidung für Situationen mit unvollständiger Information." (O.W. Haseloff)

Muß Architektur noch altern können?

Die h e i l e S t a d t ist ein sentimentaler Traum derer, die sie noch erlebten. Sie haben unsere Städte wieder aufgebaut - mit "Wiederaufbauarchitektur" (Adorno). Sie "sanieren" sie noch heute, damit sie "gesunden". Lassen sich offene, dynamische, expansive und progressive Gesellschaft und stabile Umwelt vereinbaren?

Wir wachsen in eine B a u s t e l l e n w e l t hinein und dürfen uns die psychologischen Voraussetzungen, in ihr zu leben, nicht theoretisch verbauen.

Für wie lange lohnt es zu bauen? Konsumaktivierung und Informationsüberfluß verschleißten die Setzungen unserer Umwelt.

Noch sind wir gewöhnt, zeitlose Architektur von Mode zu unterscheiden. Die Reaktion auf die Stabilisierungs- und "Objektivierungs"-Tendenz des Funktionalismus (Zeitlosigkeit) durch einen am visuellen Reiz orientierten Attraktionismus ist ihrer Qualität nach "Mode".

Bedürfen unsere "offiziellen" Werte einer Revision?

"Hunderte von Jahren bleiben die Fehler und Kompromisse in unserer Kunst stehen!" rief der Verzweifelte Architekt aus. G. Keuner antwortete: "Nichtmehr. Seit der gewaltigen Entwicklung der Zerstörungsmittel sind eure Bauten nur Versuche, wenig verbindliche Vorschläge. Und was die kleinscheußlichen Verzierungen betrifft, die Säulchen usw., lege sie als Überflüssig an, so daß eine Spitzhacke den großen reinen Linien schnell zu ihrem Recht verhelfen kann. Vertraue auf unsere Menschen, auf schnelle Entwicklung!" (Bert Brecht, Geschichten von Herrn Keuner)

"Die hier gebotene Grundform hat städtebauliche, räumliche und gesellschaftliche Offenheit ..."  
(Preisgericht im Protokoll zum 1. Preis)

Ein folgenreiches Projekt hält man tunlichst offen für die dunkle Zukunft. "Offenheit" ist eine Formel, mit der man die Zukunft bereits eingefangen hat:

Die Affinität des Preisgerichts (vgl. Protokolle) und der beteiligten Architekten (vgl. Erläuterungsberichte) zu dieser Formel ist eklatant.

Offenheit ist eine Qualität, die als Kriterium des Preisgerichtes an die Stelle einer Planungsperspektive tritt. Die Ziellosigkeit oder sogar Zielunwilligkeit des Auslobers wird damit eskamotiert.-

Offenheit ist - so meinen die meisten der beteiligten Architekten, wie der Wettbewerb zeigt - ein Bausystem, das nicht zu Ende geführt ist, weil es nicht limitiert ist, also auch nicht zu Ende zu führen ist. Wofür ist dieses System offener als ein geschlossenes, wenn nicht nur zur Weiterführung der gesetzten Systembedingungen? - von gesellschaftlicher Offenheit gar nicht zu reden.

Offenheit ist ein Planungsfaktor, der weder so leichtfertig, noch so naiv eingesetzt werden sollte.

Hätten wir eine Planungstheorie, hätten wir auch eine brauchbare Definition der Offenheit.

Der Ideen-Wettbewerb aber konnte nur Häuser erbringen, die als Häuser beurteilt sein wollten und mußten, die weiteren Zusammenhänge blieben offen! - Offenheit!

Abolf Arndt hielt in seinem Vortrag "Demokratie als Bauwerk" anlässlich der Bauwochen 1960 die Frage:  
 "wie sich die Sachwalter der öffentlichen Hand, die Ämter, dem Bauen gegenüber zu verhalten haben, um in ihrem Verfahren demokratisch glaubwürdig zu sein"

20 z.B. Architektur der Anpassung - ein Theoriefall

"Erst bauen Menschen Häuser - dann bauen Häuser Menschen"  
 (A. Schweitzer)

Der Funktionalismus versprach unter anderem eine Anpassung der Architektur an den Menschen.

Die neuere Funktionalismuskritik (K.Horn) stellt fest, daß der Funktionalismus zum Herrschaftsinstrument wurde, weil er mit dem Menschen auch ein einplanbares Verhaltensmuster erfand. Demnach führte der Funktionalismus zu einer Architektur der Anpassung.

Einer daraus folgenden Anpassungsunwilligkeit begegneten die Herrschaftsträger bereits durch Anpassung an die Anpassungsunwilligkeit.

Die Struktur der Herrschaftsverhältnisse entzieht sich ihrer Darstellbarkeit in einem Vexierspiel.

Wie weit kann ein kritisches Bewußtsein folgen?

Entspricht nicht die und Architektur? und architektonischen Angebot und gesellschaftlicher Vereinnahmung, wie die KI-Parole: "Hört auf zu bauen" (Symonow 67), die zum Mindest, bewußt oder unbewußt von der gleichen Voraussetzung ausgeht? Demokratie bedarf nicht des Vorsatzes, sich "demokratisch" darzustellen wenn die, die bauen und die, für die gebaut wird, demokratisch verfahren. Dazu bedarf es auch keines formalen Vortells. (vgl. hierzu Ästhetisierung der Politik - W. Benjamin)

Politische Architektur

- ein Theoriefall

Adolf Arndt hielt in seinem Vortrag "Demokratie als Bauherr" anläßlich der Bauwochen 1960 die Frage:

"wie sich die Sachwalter der öffentlichen Hand, die Ämter, dem Bauen gegenüber zu verhalten haben, um in ihrem Verfahren demokratisch glaubwürdig zu sein"

für sekundär. Ihm ging es

"aus politischem Blickwinkel zu Bauen" "nicht um die Zahl der Verwaltungsbauten, sondern um ihre von innen her politisch aufgefaßte Gestalt und ihren Geist."

Er fragte:

"Verkörpert sich in diesen Bauten etwas vom Geist der Demokratie, etwas vom politischen Neuverständnis des Menschen, seiner Gemeinschaft und seiner Freiheit?"

A. Arndt ging es um ein augenfälliges demokratisches Abzeichen aus der Hand der "Baumeister":

"Aus politischen Gründen, um des demokratischen Selbstbewußtseins der gesellschaftlichen Kräfte willen, bin ich jedoch der Überzeugung, daß ein innerer Kernbereich öffentlicher Bauten, in denen das Ganze des Gemeinwesens seinen höchsten und umfassenden Ausdruck findet, Kulturbauten, politische Bauten, gerade frei schaffenden Baumeistern anzuvertrauen ist - wegen des Zieles, daß solche Bauten Werke der Baukunst werden sollen."

Solange es primär um solche Demonstrativbauvorhaben geht, und nicht um eine demokratische Entstehungsweise unserer gebauten Umwelt, geht die Vorstellung von der Demokratie im Bauen nicht über Surrogate hinaus, die sich an historischen Vorbildern der Selbstdarstellung orientiert.

Entspricht nicht die Vorstellung einer möglichen Identität von Staatsform und Architekturform einer ähnlichen Einschätzung der Beziehung zwischen architektonischem Angebot und gesellschaftlicher Vereinnahmung, wie die KU-Parole:

"Hört auf zu bauen" (Symposion 67), die zumindest, bewußt oder unbewußt, von der gleichen Voraussetzung ausgeht?

Demokratie bedarf nicht des Vorsatzes, sich "demokratisch" darzustellen, wenn die, die bauen und die, für die gebaut wird, demokratisch verfahren.

Dazu bedarf es auch keines formalen Vorurteils. (vgl. hierzu Ästhetisierung der Politik - W. Benjamin)

## ABC aktueller Architecturcritic

### Eine Anleitung

...Für alle diejenigen, die sich noch immer aus falscher Bescheidenheit bei diesem Geschäft zurückhalten. Dabei ist nichts leichter als das, zumal sich mit etwas Gefühl und wenig Sachkenntnis leicht ebensoviel oder mehr leisten läßt als es der berufene Fachkritiker vermag.

Für den Anfänger genügt zwar meist schon ein einzelnes ostinates Schimpfwort, - und der Meister äußert sich sowieso nurmehr mimisch -, aber auch für den, der lieber artikuliert Stellung nehmen möchte, ist gesorgt.

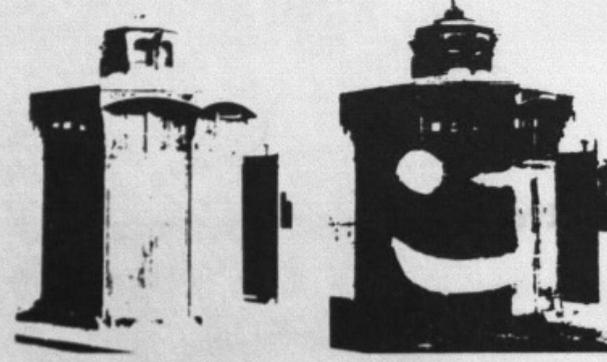
Hier bieten sich ihm von A bis Z treffliche Kriterien zur Wiederverwendung, nicht weniger und nicht mehr als unter dem Aspekt geistiger Ökonomie vertretbar scheinen. Wie der erfolgreich gemachte Versuch beweist, läßt sich die Zahl der anzulegenden Kriterien un schwer auf eines je Buchstabe des Alphabets reduzieren. Er gibt immer noch gut zwei Dutzend verschiedener Lösungen, wobei "Lösung" hier nicht von ungefähr steht. Im Gegenteil: der Anfänger mag sich dies zuallererst einprägen: Architektur ist heute keineswegs ein Rätsel mehr, sondern immer seine Lösung!

Mit Bildbeispielen!  
Viele Dankschreiben!

A

Die akademische Lösung

Schimpfwort unter Akademikern



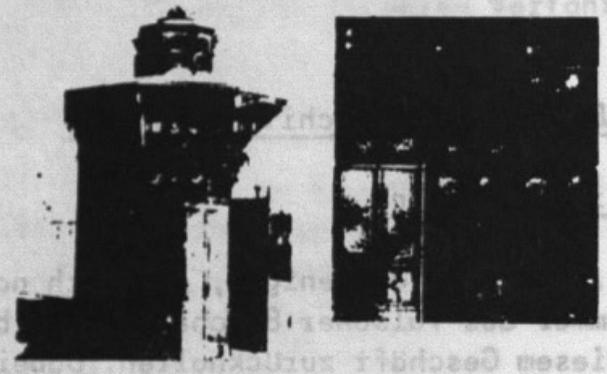
Die glückliche Lösung

Glück gehabt? Glück bereitet? Die Lösung ist glücklich! Worüber?

B

Die brutale Lösung

lange als Kraftmeierei mißverstanden, neuerdings positiv, seit die Subtilität der Grobschlüchtigkeit entdeckt ist  
Noch empfehlenswert.



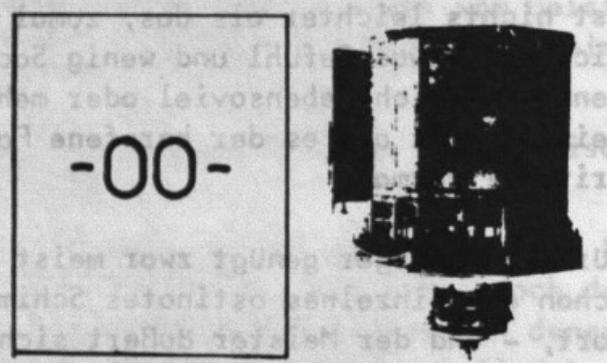
Die harte Lösung

Frank S.Thorn: Harte Lösung!  
Sein Freund: Knallharte Lösung  
Frank S.Thorn: Architecture on the rocks!  
Sein Freund: Wie Puschkin?  
Frank S.Thorn: Nein, Du weißt doch Gefrorene Musik!  
Sein Freund: Prost Goethe!  
Frank S.Thorn: Prost Schelling  
Sein Freund: Prost Schopenhauer

C

Die clevere Lösung

wenn der Igel den Hasen im Wettlauf besiegt. Opportunismus als Funktion der Intelligenz.



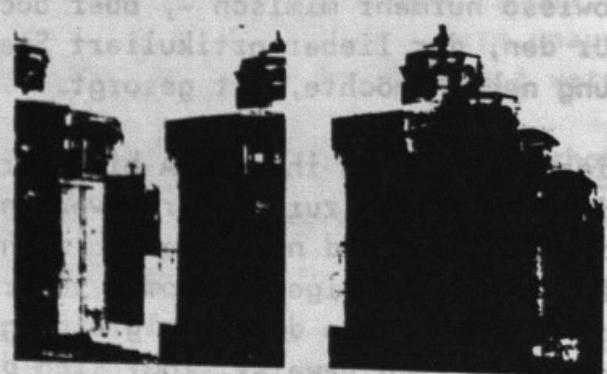
Die individuelle Lösung

eine immer noch zeitgemäße Manie. Gegensatz: die Kollektive Lösung

D

Die dichte Lösung

immer positiv, weil es so schwierig ist, zwischen räumlicher Enge und gestalterischem Zusammenhang zu unterscheiden. Statistischer Begriff als Synonym für Qualität.



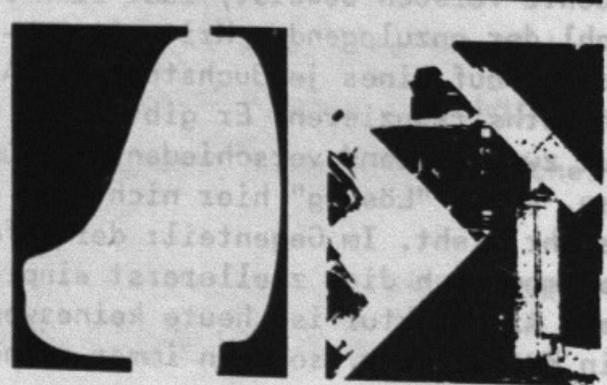
Die komplexe Lösung

Gordischer Knoten für Kritiker. Bei komplizierten Lösungen empfiehlt sich, die verschiedenen Aspekte zu einem Komplex zusammenzufassen und diesen "ganzheitlich" als gelöst zu behaupten. Gestaltpaket.

E

Die ehrliche Lösung

(Ästh-)ethische Lösung, aber merke: Ehrlich währt's am längsten - bis es Kunst wird.



Die lockere Lösung

Architektur aus dem Handgelenk. Empfehlenswert nur für Fortgeschrittene, sonst leicht siehe x-beliebige Lösung.

F

Die freie Lösung

frei wovon?  
Frisch, fromm, fröhlich, frei von formalen Fesseln!  
Geht meist schief. (schiefe Lösung).

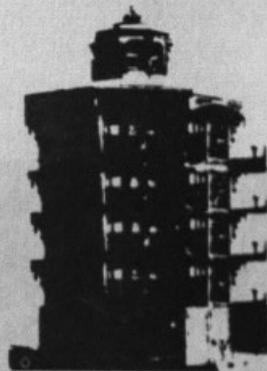
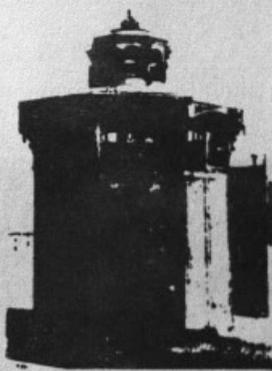


Die menschliche Lösung

menschlich wäre: die sachliche Lösung. Wenn aber sachlich nicht ist, ist's auch menschlich: menschliche Lösung!

### Die normale Lösung

kritisches Neutrum. Die als normal erkannte Lösung macht weitere kritische Bemühung überflüssig.

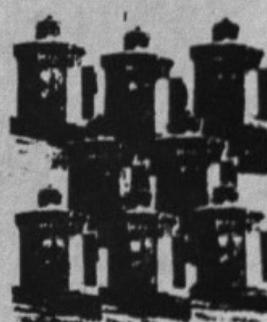
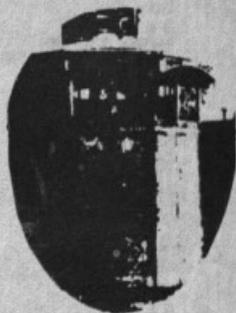


### Die transparente Lösung

optimal für Ganzglasarchitektur. Durchsichtiges Bemühen führt zu durchschaubaren Ergebnissen.

### Die organische Lösung

auch Berliner Lösung genannt. Oft für bio-amorphe Architektur oder weiche Lösung.

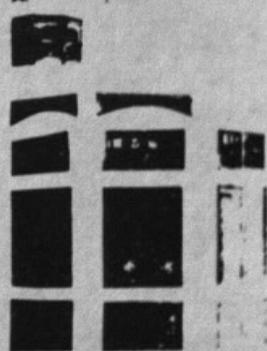
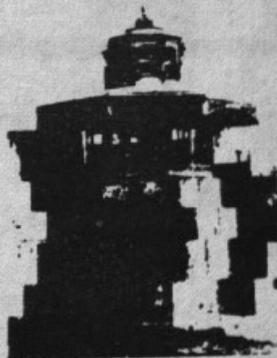


### Die urbane Lösung

säkularisierter Weltstadtmythos. Schon bei innerstädtischen Lösungen lobend, auf dem flachen Lande das Nonplusultra.

### Die plastische Lösung

Gegensatz zur flachen Lösung. Meist mit allerlei Vorsprüngen und Rücksprüngen. Immer ein schneller Weg zur Baukunst.

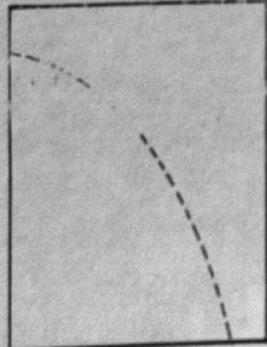
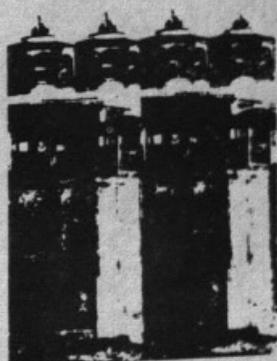


### Die variable Lösung

Motto: panta rhei, zu deutsch: alles zerfließt. Do-it-yourself-Architektur auf Heraklit-Basis. Positiv schon deshalb, weil's noch geändert werden kann.

### Die quantitative Lösung

als bloß quantitative Lösung häufig von einer qualitativen Lösung unterschieden. In solchen Fragen sollte der Kritiker recht spitzfindig sein!

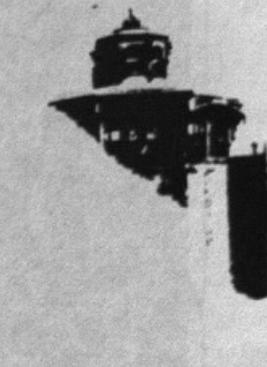
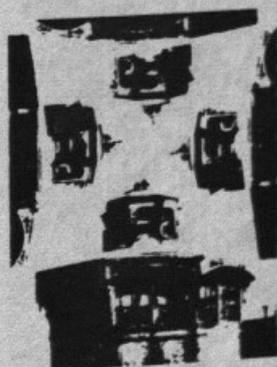


### Die wesentliche Lösung

sehr bedeutende fundamental-ontologische Lösung. Hier gilt es in letztl. Eigentlichkeit zu scheiden zwischen Erfassen des Ganzen des Seienden ansich und Sichbefinden inmitten des Seienden im Ganzen!

### Die romantische Lösung

altdeutsches Schimpfwort oft im Tone väterlichen Gewährenlassens. Wer also gerügt wird - wie sonst er auch sei -, gilt fortan als harmloser Irrgänger, wobei, wer also rügt, noch obendrein Bildung und menschliche Reife beweist.



### Die x-beliebige Lösung

auch y-beliebige Lösung, fast schon siehe zufällige Lösung.

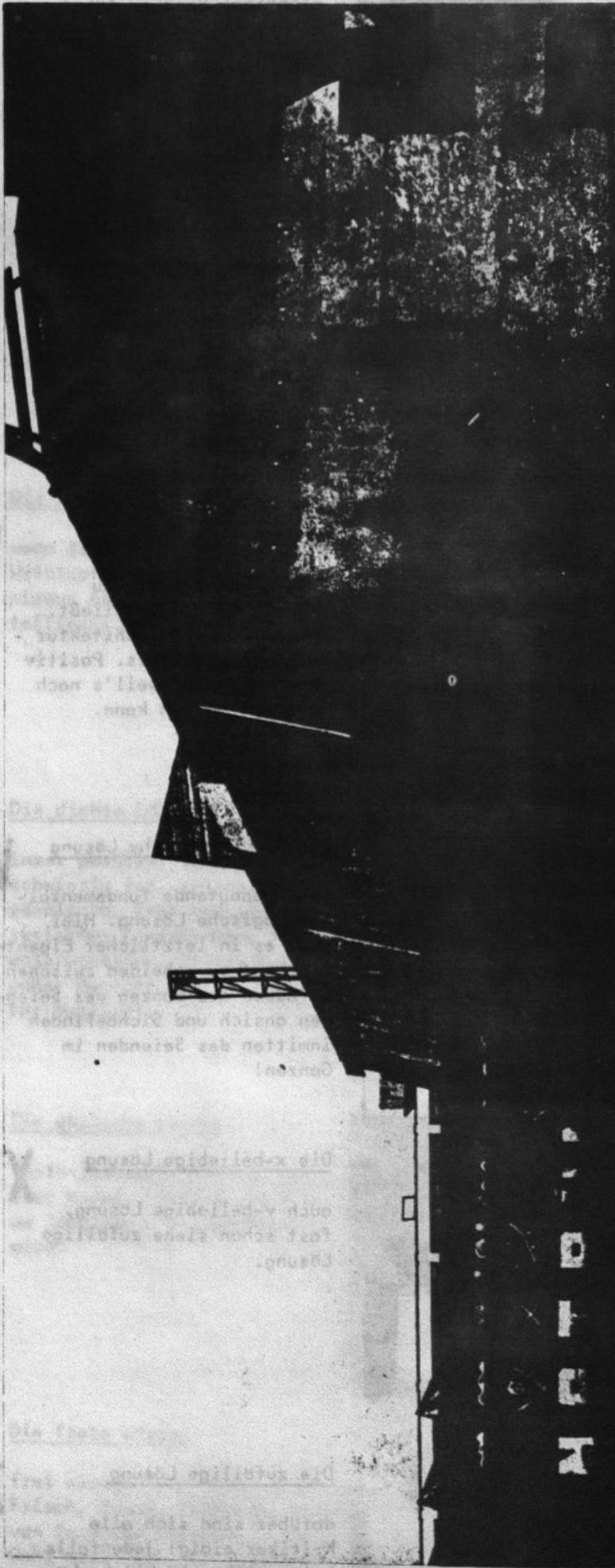
### Die schöne Lösung

rein ästhetisches Kriterium. Ästhetisches Kriterium, deshalb selten statthaft. Empfehlenswert nur für beglaubigte Kritiker, wirkt sonst oberflächlich!



### Die zufällige Lösung

darüber sind sich alle Kritiker einig: jedenfalls keine siehe glückliche Lösung (glücklich nur der, dem eine Lösung zufällt), eher schon siehe x-beliebige Lösung.



M E T R O P

NEUE SCHWERE GRUNDERZEIT BERLINS WIRD SICH ALS EINER DER  
VON DER GEBORENE JUGEND VOR DER GESCHICHTE SEHEN LASSEN KÖNNEN



# A U F R U F !

Un optimale Lebensweise zu erreichen

Solange es noch ein Mensch gibt, der

solange der Menschheit zu

eingedient wird, um die

solange es noch Menschen gibt, die

formuliert ihre Lebensziele

solange intuitive, schöpferische

Qualität ist,

solange stellt der Mensch

geeignet ist, zu leben

- ein Verfahren der

- ein

Kriter

aber

- ein

Überfi

luse

Archit

das weder

allgemein

Der Auslo

Hervorrag

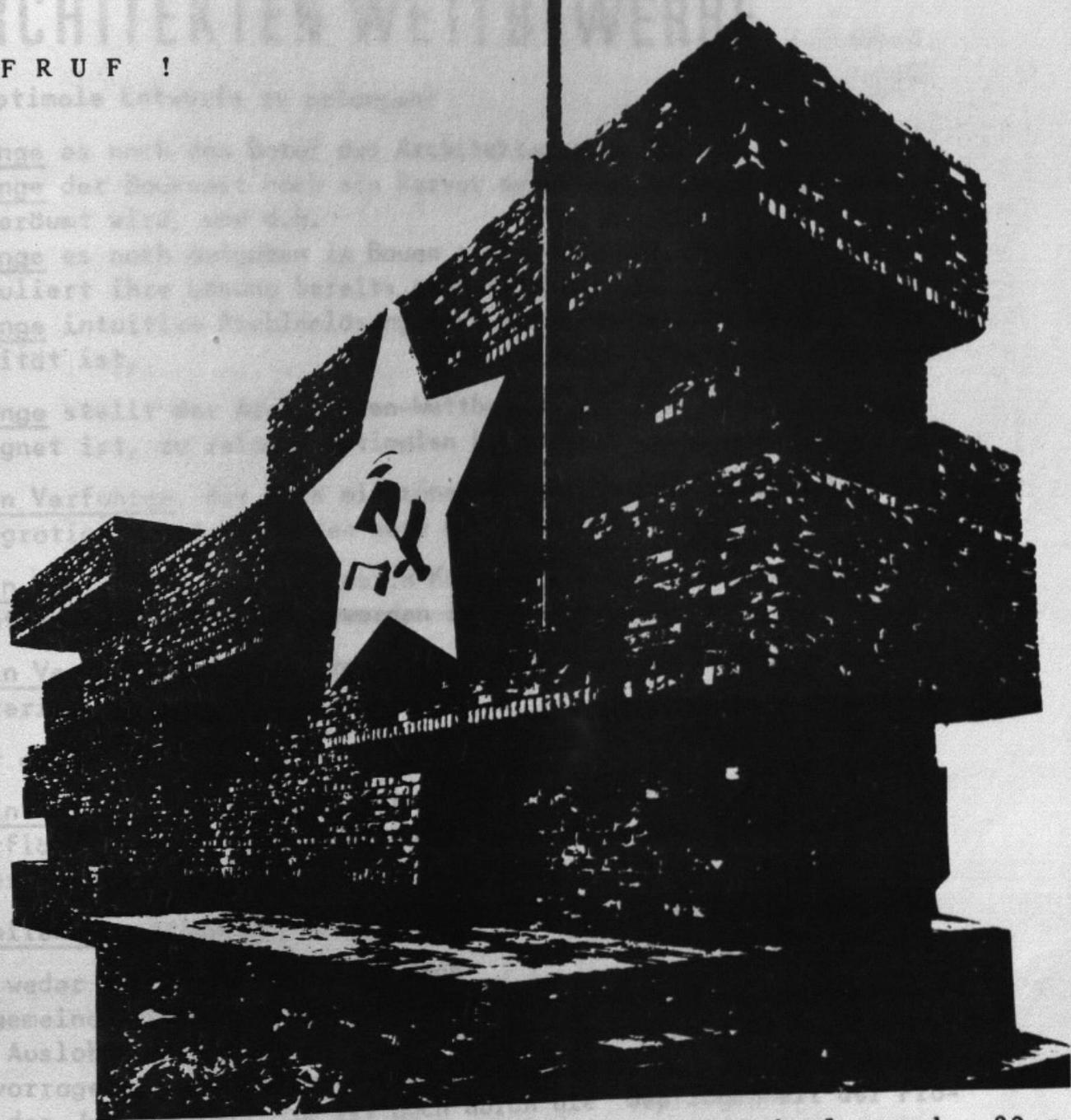
Wit der J

minuten-

Darum und

Darum und

Architek



Ein Bauwerk Mies van der Rohe's, ein Denkmal aus den 20er Jahren Berlins, wurde von den Nationalsozialisten abgerissen: Das 1926 erbaute Mahnmal zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Nachdem heute Berlin Gelegenheit hat, ein Spätwerk Mies van der Rohes einzuweihen, sehen wir es als Verpflichtung gegenüber der Geschichte der Stadt und des Architekten, diesen Bau - einer der wenigen von ihm in Berlin realisierten - wiederzuerrichten.

Unterstützen Sie den Wiederaufbau des von den Faschisten zerstörten und von den Stalinisten nicht wiederhergestellten Denkmals an der Ermordungsstelle am Landwehrkanal !

Kommen Sie nach der Eröffnung der Galerie zum symbolischen 1.Spatenstich 200m von hier am gleichen Ufer Ecke Link-Straße !

Spenden Sie auf das P'sch'Konto 175047 (Ekkehard Brunn) Stichwort "Mies", für die rechtzeitige Fertigstellung zum 50. Jahrestag der Ermordung am 15. Januar 1969 !

ESONDIAAGNOSE  
ESONDIAAGNOSE  
ESONDIAAGNOSE

Ein Denkmal aus den 20er  
 Jahren, das die Nationalsozialisten abgerissen  
 haben, ist wieder neu errichtet worden. Es  
 hat die Form eines hohen, schmalen  
 Pfeilers, der auf einem breiten  
 Sockel ruht. Die Spitze ist  
 abgerundet. Auf dem Sockel  
 steht ein Relief, das eine  
 Gruppe von Menschen zeigt, die  
 um einen Tisch sitzen. Die  
 Figuren sind in einer  
 natürlichen, fast  
 lebensgroßen Größe  
 dargestellt. Die  
 Komposition ist  
 einfach und  
 klar. Die  
 Farben sind  
 gedämpft und  
 natürlich. Die  
 Ausführung ist  
 sauber und  
 präzise. Das  
 Denkmal ist  
 ein gutes  
 Beispiel für  
 die Kunst der  
 1930er Jahre.

Ein Denkmal aus den 20er  
 Jahren, das die Nationalsozialisten abgerissen  
 haben, ist wieder neu errichtet worden. Es  
 hat die Form eines hohen, schmalen  
 Pfeilers, der auf einem breiten  
 Sockel ruht. Die Spitze ist  
 abgerundet. Auf dem Sockel  
 steht ein Relief, das eine  
 Gruppe von Menschen zeigt, die  
 um einen Tisch sitzen. Die  
 Figuren sind in einer  
 natürlichen, fast  
 lebensgroßen Größe  
 dargestellt. Die  
 Komposition ist  
 einfach und  
 klar. Die  
 Farben sind  
 gedämpft und  
 natürlich. Die  
 Ausführung ist  
 sauber und  
 präzise. Das  
 Denkmal ist  
 ein gutes  
 Beispiel für  
 die Kunst der  
 1930er Jahre.

# ARCHITEKTEN WETTBEWERBE

Um optimale Entwürfe zu erlangen?

Solange es noch den Beruf des Architekten gibt, d.h.  
solange der Baukunst noch ein Rervat durch das "Kulturbewußtsein"  
eingeräumt wird, und d.h.

solange es noch Aufgaben im Bauen gibt, die nicht determinativ  
formuliert ihre Lösung bereits einschließen,

solange intuitive Problemlösung noch ein angemessener Weg zu  
Qualität ist,

solange stellt der Architekten-Wettbewerb ein Verfahren dar, das  
geeignet ist, zu relativ optimalen Ergebnissen zu führen!

- ein Verfahren, das auch mit zunehmender interdisziplinärer  
Integration des Architekten noch nicht absurd wird,

- ein Verfahren, das auch durch Komplexheit der Aufgaben noch  
nicht zum Anachronismus geworden ist,

- ein Verfahren, dessen Ergebnisse durch exaktere Programme und  
Kriterien nur gewinnen kann,

aber auch

- ein Verfahren, das gefährdet ist durch Willkür, Anmaßung,  
Oberflächlichkeit, und Irrationalismus - eine Geschichte skanda-  
löser Verfahren beweist es.

Architektenwettbewerbe sind - methodebedingt - ein Verfahren:

das weder reiner Rationalität noch  
allgemeinem "Objektivitäts"- Verlangen gerecht werden kann:  
Der Auslober läßt eine Jury über die Wettbewerbsarbeiten befinden.  
Hervorragende Leistungen zu erkennen, setzt dabei eine Kongeniali-  
tät der Jury voraus! Die ist auch durch die Gepflogenheit der Pro-  
minenten-Jury nicht zu gewährleisten.

Darum und trotzdem: Architektenwettbewerbe!

Darum und trotzdem: präzise Programme und Kriterien!

Architekten-Wettbewerbe? - Um jungen Architekten Berufsgrundlage  
(Chance für Selbstständigkeit) und Ent-  
faltungsmöglichkeit (Erfahrung, Bewährung  
der Fähigkeiten vor gleichgeschalteter  
Konkurrenz) zu geben?

Solange noch der individuelle Beitrag zur Problemlösung zählt, d.h.  
solange der selbständige Architekt oder die Arbeitsgemeinschaft  
noch nicht anonymen Planungsmechanismen gewichen sind,

solange ist der Wettbewerb die einzige wesentliche Möglichkeit  
beruflicher Qualifikation.

(natürlich kann der Architekt auch durch Protektion oder Geschäfts-  
tüchtigkeit zu Erfolg gelangen.)

Darum: Architektenwettbewerbe!

Darum: Kein Architektenkammergesetz, das gerade diese Möglichkeit für junge Architekten beschneidet!

### Architekten-Wettbewerbe?

- Um ein Feld nervöser kreativer Spannung zu erhalten?

Solange wir der Architektur noch differenzierte Umweltfunktion zubilligen,  
solange der Spielraum der Beantwortung von Einzelproblemen noch nicht durch das Diktat einer Pseudoobjektivität ersetzt wird,  
solange das vitale Bedürfnis nach prozessuaalem Wandel noch wächst,

solange sind Architektenwettbewerbe ein Feld außerordentlicher schöpferischer Stimulation - man vergleiche sie mit der Stagnation einer technisch-ökonomisch typisierten Bauplanung.

Darum: Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse als Verpflichtung des Auslobers gegenüber der Öffentlichkeit!

Darum: Prüfung und Auswertung der Ergebnisse durch zuständige Institutionen!

### Öffentliche Architekten-Wettbewerbe?

Bauten in der Öffentlichkeit sind von öffentlichem Interesse.

Darum: Öffentliche Wettbewerbe für öffentliche Bauten!

Darum: Öffentliche Wettbewerbe für private Bauten von öffentlichem Interesse!

### Mehr öffentliche Architekten-Wettbewerbe?

Darum: Damit kein extensiver volkswirtschaftlicher Mißbrauch mit der Arbeitskraft des Architekten betrieben wird!

Innerhalb von 10 Jahren (1957-1967) schrieb der Berliner Senat 20 öffentliche Wettbewerbe aus: 2 Wettbewerbe pro Jahr und 2000 Berliner Architekten!

Innerhalb von 10 Jahren (1957-1967) wurde in Berlin kein einziger öffentlicher Wettbewerb für ein privates Bauvorhaben veranstaltet!

1966 betrug der Anteil des Bauvolumens aus öffentlichen Wettbewerben in Berlin 1,6 promille!

90 Architekten beteiligten sich am Wettbewerb für das Französische Gymnasium. 90 Entwürfe sind bei einem 10-Millionen-Projekt nach GOA 4,5 Millionen wert (!). das ist die halbe Bausumme als Vorentwurfsaufwand auf Kosten der beteiligten Architekten!

Darum: Mehr öffentliche Wettbewerbe - auch im Wettbewerbswesen gibt es ein Ökonomieprinzip!

### Keine Alibi-Wettbewerbe?

Jedes zweite Wettbewerbsergebnis bleibt ohne reale Baufolgerungen!

### Dazu Wettbewerbe?

Jedes zweite Wettbewerbsergebnis wird in der Weiterbearbeitung unter Einfluß der Behörden deformiert!

### Dazu Wettbewerbe?

Es ist keineswegs die Regel dem 1. Preisträger den Bau zu Übertragen!

### Dazu Wettbewerbe?

Wettbewerbe werden oft erst veranstaltet, wenn die Voraussetzungen zu vernünftiger Planung durch andere Planungsinstanzen (Behörden) verdorben sind!

### Dazu Wettbewerbe?

Wettbewerbe werden oft erst veranstaltet, wenn mit der künftige Architekt bereits feststeht - um die Öffentlichkeit zu beruhigen!

### Dazu Wettbewerbe?

Wettbewerbe werden oft nur veranstaltet, um Kulturdenkmäler zu schaffen - aus einem schlechten Kulturgewissen der Demokratie!

### Dazu Wettbewerbe?

### Öffentliche Wettbewerbsverfahren?

Programme für Wettbewerbe werden in der Regel von "Fachidioten" nach althergebrachten Schemata aufgestellt. Beurteilungskriterien gehören keineswegs zu den Voraussetzungen einer Wettbewerbsausschreibung, sie entstehen in der Regel während der Preisgerichtssitzung und repräsentieren den kräftigsten Geschmack unter den Jurymitgliedern. Die Jury ist unter dem Vorwand der Kompetenz eine monopolisierte Prominenten-Maffia.

Darum: Öffentliche Programmdiskussionen!

Darum: Öffentliche Kriteriensetzung!

Darum: Öffentliche Preisrichterwahl!

Darum: Öffentliche Beurteilung!

Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe (GRW) sind notwendig!

Es darf nicht geduldet werden, daß die damit gesetzten Rechte durch Interessen des Bundesschatzministeriums, des Bundeskartellamtes, oder des Bausenators noch weiter eingeschränkt werden!

Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe sind nichtsdestoweniger kritisierbar, dies umso mehr, wenn sie mit dem Ausschließlichkeitsanspruch verfaßt sind, der dem Architekten eine produktive Kritik an Projekt und Verfahren versagt, wenn er an einem Wettbewerb teilnehmen will: (GRW-Kritik:)

KENNEN SIE DAS GRUNDGESETZ? Kennen Sie auch das Grundgesetz der Architekten  
Man nennt es GRW. zu deutsch:

Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe auf dem Gebiet des  
Bauwesens und des Städtebaues, in Zusammenarbeit mit dem Deut-  
schen Städtetag aufgestellt vom Bund Deutscher Architekten (BDA).

Lesen Sie mal !

Vorbemerkung (Überbau): "Wettbewerbe sollen...für eine bestimmte  
Aufgabe die reifste Lösung finden...oder allgemeine  
Grundfragen einer Bauaufgabe mit noch offener Programm-  
stellung klären..."

Der hohe ideelle und materielle Leistungsaufwand (= un-  
nötige Verschwendung produktiver Arbeitsleistung)...  
kann mit der Gewährung von Preisen allein nicht als  
gerecht vergütet gelten...

Die Ausschreibungsbedingungen eines jeden Wettbewerbs  
bilden eine Rechtsgrundlage mit Verbindlichkeiten für  
beide Partner und für die Preisrichter..."

(Schön gesagt. Lesen Sie mal weiter, wie diese Verbind-  
lichkeiten aussehen:)

Grundsätze für die Ausschreibung:

- § 2 unterscheidet a) Bau-, b) Ideen- und c) Stufenwettbewerbe, wobei (c) eine Kombination von (b) und (a) ist.
- § 3 unterscheidet a) allgemeine d.i.öffentliche, b) engere Wettbewerbe, c) namentliche Einladungen.
- § 4 erklärt, was ein Gutachten im Sinne der GRW ist, nämlich eine Stellungnahme von Spezialisten zu einer Aufgabe, und was ein Gutachten wert ist, nämlich ein Vorentwurfshonorar.
- § 5 verspricht, daß a) der Bundes- und b) der Landeswettbewerbsausschuß des BDA sachverständig die Auslobung von Wettbewerben überwachen wollen, und
- § 6 verspricht, den "Übereinstimmungsvermerk" (§ 9) nur zu erteilen, wenn keine wesentlichen Verstöße gegen die GRW vorliegen. (Ausnahmen bestimmt die Bundesbaudirektion. (Siehe Wettbewerb Museen am Kemperplatz). Außerdem gibt es sehr elegante Umgehungsmanöver, wenn wie so oft Geldmangel, Zeitmangel oder Scheu vor der Öffentlichkeit ein GRW-gerechtes Wettbewerbsverfahren verhindern: das Umgehungsmanöver heißt Gutachten, nicht mit Gutachten nach § 4 GRW zu verwechseln, vielmehr ein sogenanntes Gutachten, an dem selbst BDA-Größen sorglos teilnehmen. Das Verfahren ist gekennzeichnet durch einen Hungerlohn für die Teilnehmer und völlige Unverbindlichkeit für die Auslober.)
- § 8 empfiehlt (Eventualis), (1) die Ausschreibung sorgfältig vorzubereiten und deshalb (2) ein Hearing der Preisrichter zu veranstalten. Bei engeren Wettbewerben ist (3) auch ein Gespräch mit den Teilnehmern erwünscht. (! Bei öffentlichen Wettbewerben also nicht. Warum heißen die dann eigentlich öffentlich?)

## Richtlinien für Form und Inhalt der Ausschreibung:

- §16 fordert klare Formulierung der Programmforderungen und nennt als Gesichtspunkte für die Beurteilung a) Städtebau und Verkehr, b) Raumprogramm und Grundrißgestaltung, c) Wirtschaftlichkeit in der Nutzung, d) Konstruktion, e) Wirtschaftlichkeit in der Baudurchführung, f) Gestaltung und Architektur. (last not least?)
- §18 legt die Wettbewerbsleistungen fest.
- §19 empfiehlt dem Auslober, die Jurymitglieder gemeinsam mit dem Wettbewerbsausschuß des BDA auszuwählen. (Die Bewerber werden nicht gefragt).
- § 20 behandelt die Höhe und Anzahl der Preise. Sie betragen bei Bau-  
summen zwischen 5 Mio und 50.000,- das 2,5 bis 6-fache des Vor-  
entwurfshonorars, verteilt auf 3 bis 5 Preise. Dazu Ankäufe.
- § 21 (ist der eigentliche Anlaß zur Teilnahme der Bewerber, denn er)  
fordert vom Auslober, sich zu verpflichten, bei der Realisierung  
der Bauaufgabe auf einen der Preisträger (-nicht etwa der Preis-  
richter-) zurückzugreifen, auch bei Ideenwettbewerben !
- § 26 untersagt dem Auslober das Recht, nach erfolgter Ausschreibung  
etwa auf Wunsch der Architektenschaft den Kreis der Teilnehmer  
und der Preisrichter zu ändern oder zu erweitern. (Wer mit dem  
Verfahren und mit der Jury nicht einverstanden ist, hat ja das  
Recht und die Freiheit zu verzichten.)
- § 30 untersagt den Teilnehmern vor Veröffentlichung des Wettbewerbser-  
gebnisses jede öffentliche Mitteilung über ihre Arbeit, ihre Auf-  
fassung über die Aufgabe und über das Preisgericht. (Programm und  
Jury sind immun).

"Grundsätze für das Preisgerichtsverfahren:"

- § 35 konstatiert 1). "Das Preisgericht handelt als souveräne Institution, die lediglich an die Wettbewerbsausschreibung und an keinerlei Weisungen des Auslobers oder anderer Stelle gebunden sein darf."  
(Als ob nicht der Auslober das Preisgericht selber bestellt und die Ausschreibung selber verfaßt hätte.) 2). "Das Preisgericht...hat diejenigen Entwürfe auszuwählen, die die Forderungen des Programms am besten erfüllen." (Wer diese Forderungen also kritisieren sollte, ist per Verfahren unten durch.)
- § 36 verpflichtet die Preisrichter auf die GRW. Auf eine spätere eigene Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe, meint § 36, sollten Preisrichter verzichten, wenn es sich nicht um städtebauliche Wettbewerbe handelt ! (Preisrichter müssen auch leben.) siehe auch § 21.
- § 38 macht die Vorprüfer zu Anwälten der Bewerber.
- § 40 erklärt alle Arbeiten, die in Programm und Leistungen von den Ausschreibungsforderungen abweichen, für nicht wettbewerbsfähig. (Mithin ist jede Grundsatzkritik am Wettbewerb illegitim.)
- § 41 beschreibt den Ablauf des Prüfungsverfahrens wie folgt:  
1). Der Vorsitzende erläutert das Programm und die Kriterien (!!),  
2). Allgemeiner Bericht der Vorprüfer. 3). Informationsrundgang.  
4). Besichtigung des Wettbewerbsgeländes. 5). Erster Rundgang, Ausscheidung durch einstimmigen Beschluß. 6). Zweiter Rundgang, jetzt erläutern die Vorprüfer die einzelnen Arbeiten zum 1. Mal ! (Wer bereits im 1. Rundgang rausflog, hat eben Pech gehabt. Er fiel kollektiven Vorurteilen zum Opfer.). 7). Weitere Rundgänge.  
8). Engere Wahl, die schriftlich beurteilt werden muß. (Der Rest der Arbeiten = 80% war soviel Mühe nicht wert.)
- § 42 beschäftigt sich mit der Feststellung der Preise und schließt prägnant: "Ein erster Preis sollte immer vergeben werden." (Ausnahmen bestätigen die Regel: bei 113 Museumsentwürfen für Berlin war halt kein erster Preis "drin".)
- § 43 ist ein Rückversicherungs-§. Er sagt, Entwürfe, die in bemerkenswerter, anregender Form gegen die Ausschreibungsbedingungen verstoßen, werden nicht verstoßen, sie können einen Sonderankauf bekommen. (Schmale Chance für Kritiker, oder auch: repressive Toleranz).
- § 44 behauptet, daß die Verfasserumschläge erst nach der Preisvergabe geöffnet werden.
- § 47 regelt die Spesen und Honorare der Preisrichter und Vorprüfer. (Die Bewerber nehmen ehrenamtlich am Wettbewerb teil. Sie haben die Ehre und das Nachsehen. Sie werfen ein paar Tausend Mark weg und werden, wenn sie nicht in die engere Wahl gezogen werden, weder schriftlich beurteilt, noch durch eine Publikation aller eingereichten Arbeiten wenigstens symbolisch entschädigt.)

Wie finden Sie diese Rechtsgrundlage?

Wir finden sie autoritär, kritikfeindlich, undemokratisch. (von andern Einwänden mal abgesehen).

- Da gibt es zwei Wettbewerbspartner, den Auslober und den Bewerber, von denen der eine zum Erfüllungsgehilfen des andern degradiert ist. Der Bewerber hat weder auf die Programmformulierung noch auf die Zusammensetzung der Jury, die zwischen ihm und dem Auslober vermitteln soll, irgendeinen Einfluß.

- Da gibt es eine Jury, deren "Souveränität" darin besteht, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu tagen und dem Auslober zu bestätigen, daß die Bewerber die Ausschreibung erfüllt haben. Die Jury kann zwar, im Unterschied zu den Bewerbern, in einer Schlußbemerkung die Bedingungen des Wettbewerbs kritisieren, aber ohne jeden Einfluß auf das laufende Verfahren.

- Da gibt es jenen Anerkennungspassus, daß Preisrichter und Bewerber durch ihre Teilnahme am Wettbewerb diese Bedingungen anerkennen, ohne jede Alternative, es sei denn Verzicht.

Ein solches Rechtsverhältnis ist durch das wohlbekanntes Wortpaar Architekt und Bauherr wirklich trefflich charakterisiert. Es paßt vorzüglich in herrschaftliche Verhältnisse, wo es Herren gibt, die wissen, was sie wollen, und die Produktionsmittel besitzen, es durchzusetzen. Sind unsere öffentlichen Bauherrn solche "Herren"? Oder sind sie Verwalter öffentlicher Mittel und verpflichtet, öffentlich damit zu verfahren?

Der Ton liegt auf Öffentlichkeit. Öffentlichkeit sind wir alle. Auch Sie. Fühlen Sie sich mitbetroffen, wenn irgendein "öffentlicher Bauherr" für irgendeine "öffentliche Bauaufgabe" einen "öffentlichen Architektenwettbewerb" ausschreibt, geschweige einen engeren? Fühlen Sie sich vertreten von jenen teilnehmenden Architekten, die sich da einer vorgegebenen Sicht der Aufgabe und einer vorbestimmten Jury zu stellen haben, ohne jede grundsätzliche Einflußmöglichkeit?

Kann das Ergebnis solcher Verfahren mehr werden als eine Beschönigung herrschender Interessen?

Wenn Ihnen die Jury für den Sachverstand der Bewerber garantiert -, wer garantiert Ihnen für den Sachverstand der Jury?

Wer garantiert Ihnen für den Sachverstand des Auslobers, und wer für seine Gesinnung?

Waren Sie dabei, als die Jury einberufen wurde?

Waren Sie dabei, als der Auslober das Programm aufstellte?

Nichtsdestoweniger nennt man das Ganze einen öffentlichen Wettbewerb.

"Öffentlich" ist unverbindlich und muß anscheinend nicht wörtlich genommen werden. Oder sind Sie anderer Meinung?

Wie finden Sie diese Rechtsgrundlagen?  
Wir fordern sie auf, die kritischen, ungeduldeten (von anderen  
Eingaben) zu übernehmen.  
- Da gibt es zwei Wettbewerbspartner, den Autor und den  
denen der eine zum Erfüllungsgelände des anderen beider ist. Der Be-  
werber hat weder auf die Programmformulierung noch auf die Zusammenfassung  
der Jury abzuweichen und den Autor vermitteln soll, irgendeinen  
Einfluss  
- Da  
- Da

**Wir fordern:**

**1. Anstelle einer "Veröffentlichung" der Wettbewerbsausschreibung**

nach dem Motto Friß-Vogel-oder-stirb muß eine Wettbewerbsaufgabe wirk-  
lich "öffentlich" gestellt werden: a) Ausschreibung, Fixierung der  
Auswahlkriterien und Auswahl des Preisgerichts müssen apriori öffent-  
lich diskutiert werden können, b) Programmkritik in Gestalt eines Wettbe-  
werbsbeitrags (darf nicht allenfalls geduldet werden, sondern) muß möglich  
und erwünscht sein, muß vor allem als solche gewertet werden.

**2. Die Wettbewerbsbeiträge - und damit die Autorität ihrer Verfasser - unter-  
liegen öffentlicher Kontrolle durch das Preisgericht und durch die Ausstel-  
lung sowie durch Publikationen. Das gleiche, nämlich öffentliche Kontrolle  
ist auch für die Preisgerichtsarbeit zu fordern. (Wenn beispielsweise die  
Fachpresse Zugang zu den Sitzungen hätte, brauchte sie nicht hinterher müh-  
sam zwischen den Zeilen informationsarmer "Protokolle" nach kritischen Ansät-  
zen zu suchen, und das Niveau der Beurteilung würde steigen.)**

**3. Wettbewerbskritik in der Fachpresse muß aufhören, bloße Kritik der  
Ergebnisse zu sein - das ist kaum mehr als ein Ventil für angestauten Ärger -  
muß anfangen, Kritik an den Voraussetzungen zu werden, mit dem Ziel, sie  
zu verändern.**

Präsidenten-Architekten von 1957

BDA - FUNKTIONÄRE

ihre Einladungen zu engen Wettbewerben  
ihre Preise und Preisrichterfunktionen

	eingeladen zu engeren Wettbewerben	Preise bei engeren Wettbewerben	Preise bei öffentl. Wettbewerben	Preisrichter bei engeren Wettbewerben	Preisrichter bei öffentlichen Wettbewerben
<b>1. Vorsitzender des BDA in Berlin:</b>					
<b>1957-63 Markschies</b>	1956/7 1958 (2) 1964	1. 56/7 1. 58		1960 (2)	1960
<b>1963- Bornemann</b>	1958 1960 1964 (4)	2. 58 2. 64 3. 64 1. 64		1953 1960 1961 1964 (2) 1965	1961 1963 (2)
<b>Vorsitzender des Wettbewerbsausschusses des BDA Berlin:</b>					
<b>1958-61 Tepez</b>	1957 1960	1. 57 2. 60		1958	1965
<b>1961-63 v. Möllendorf</b>	1956/7 1957 1958 1961 1963 1964 (2) 1965	2. 63 3. 64 3. 65	3. 61 3. 63	1964 1965	1963 1964 1965
<b>Juli 1963- Schäfers</b>	1956/7 1957 1958 (2) 1965 1967/8	3. 58			1967

P R E I S R I C H T E R T Ä T I G K E I T

Prominenter Architekten von 1957 - 1967

Name	öffentl. Wettbe- werbe	engere Wettbe- werbe	Summe
Düttmann	14	11	25
Dr. Riedel	4	8	12
Müller	6	4	10
Bornemann	3	6	9
Dübbers	3	6	9
Ebert	4	4	8
Hillebrecht	6	2	8
Scharoun	3	5	8
Schwedler	6	2	8
Gutbrod	4	1	5
Hebebrand	2	3	5
v. Moellendorf	3	2	5
Bakema	3	1	4
Deilmann	3	1	4
Fehling	1	3	4
Hermkes	2	2	4
Poelzig	1	3	4
Taut	1	3	4
Bartning	1	2	3
Ernst	2	1	3
Markschies	1	2	3
Plarre	0	3	3
Rossow	3	0	3
Wedepohl	1	2	3
Baumgarten	1	1	2
Eggeling	1	1	2
Kreuer	1	1	2
March	1	0	1
Schäfers	1	0	1
Schwennicke	0	1	1
Tepez	1	1	2
Ungers	1	0	1

# WETTBEWERBSPRAXIS

Philharmonie, Matthäikirchplatz, Nationalgalerie, Staatsbibliothek, Neubauten der Staatlichen Museen ...  
oder

" STADTPLANUNG GEHT UNS ALLE AN "

Aspekte: Beteiligung der Öffentlichkeit, Wettbewerbsverfahren, Wahl der Architekten, Auftragsvergabe, u.a. dokumentiert am Beispiel des Verfahrens für den Stufenwettbewerb Staatliche Museen Berlin-Tiergarten.

## Verfahren Stufenwettbewerb nach GRW Grundsätze und Richtlinien für Wettbewerbe aufgestellt vom Bund Deutscher Architekten

### 1. Stufe

Wettbewerbsart: Ideenwettbewerb  
Teilnehmerkreis: Allgemeiner Wettbewerb  
z. B. bundesoffen

Namentliche Einladungen:  
Zulässig für Architekten außerhalb des allgemein zugelassenen Teilnehmerkreises, z. B. für Ausländer...  
(§ 2c GRW)

### 2. Stufe

Wettbewerbsart: Bauwettbewerb  
Teilnehmerkreis: Ausschließlich beschränkt auf die Teilnehmer, die sich in der 1. Stufe qualifizieren können (§ 2c GRW)

Namentliche Einladungen  
Nach GRW nicht mehr zulässig.

## Verfahren Stufenwettbewerb Museumsneubauten Berlin-Tiergarten entgegen GRW (Bundesbaudirektion für die Stiftung Preussischer Kulturbesitz)

Wettbewerbsart: Ideenwettbewerb  
Teilnehmerkreis: Allgemeiner bundesoffener Wettbewerb

Namentliche Einladungen:  
Keine (entgegen GRW erst zur 2. Stufe)

Wettbewerbsart: Bauwettbewerb  
Teilnehmerkreis: Entgegen GRW nicht beschränkt auf die Teilnehmer, die sich in der 1. Stufe qualifizieren konnten.

Namentliche Einladungen:  
Obwohl nach GRW nicht mehr zulässig von 8 weiteren Architekten (4 Deutschen, die bereits an der 1. Stufe hätten teilnehmen können, und 4 Ausländern, die zur 1. Stufe hätten eingeladen werden müssen)

# WETTBEWERBSPRAXIS

## 2. Stufe

**Durchführung:** Die Bauleitung der Entwürfe der 1. Stufe muß (§ 8,3 GRW) den für die 2. Stufe ausgesuchten Bewerbern in gemeinsamen Besprechungen zur Kenntnis gebracht werden, denn ...

**Wettbewerbsziel:** ... der Sinn der 2. Stufe ist eine Weiterentwicklung der in der 1. Stufe dargestellten Ideen.

**FAZIT:** Die Bundesbaudirektion hat - mit Genehmigung des BDA! - als öffentliche (demokratische?) Institution für einen öffentlichen, demokratischen Bauherrn (Stiftung Preußischer Kulturbesitz) ein Wettbewerbsverfahren gewählt, in dem die Architekten zusammen mit dem sachkundigen Bauherrn die vorgetragenen Ideen nicht weiterentwickeln konnten.

DAS STUDIUM DES WETTBEWERBSERGEBNISSES ZEIGT, DAB DER GEISTIGE UND MATERIELLE EINSATZ DES BAUHERRN, DER PREISRICHTER WIE INSBESONDERE DER ARCHITEKTEN DURCH DIESES VERFAHREN NAHE - ZU SINNLOS VERGEUDET WORDEN IST !

**Durchführung:** Die Bauleitung der Entwürfe der 1. Stufe wurde entgegen GRW den Bewerbern, die sich für die 2. Stufe qualifizieren konnten, nicht zur Kenntnis gebracht, da das aus Gründen einer sog. "formalen" Gleichstellung gegenüber den 8 erst zur 2. Stufe dazugeladenen Architekten nicht möglich sei.

**Wettbewerbsziel:** insofern wurde von vornherein durch dieses Verfahren die Weiterentwicklung der in der 1. Stufe dargelegten Ideen in Frage gestellt, was sollte dann der Sinn dieser Art einer 2. Wettbewerbsstufe sein ?

# ZAHLEN ÜBER DIE MAN NACHDENKEN SOLLTE

Drucksache 359 des Abgeordnetenhauses von Westberlin  
Verabschiedeter Etat des Ressort Hochbau für 1969 :  
156 Objekte wurden in folgender Weise vergeben :

Behördeneigenbau	96 Objekte
Rate 1969	58 617 000 DM = 31.85 %
Gesamt volumen	251 571 000 DM = 25.67 %

Freihandvergabe	54 Objekte
Rate 1969	118 875 000 DM = 64.61 %
Gesamt volumen	651 687 000 DM = 66.49 %

Beschränkte Wettbewerbe	3 Objekte
Rate 1969	6 200 000 DM = 3.37 %
Gesamt volumen	46 500 000 DM = 4.74 %

Öffentliche Wettbewerbe	3 Objekte
Rate 1969	300 000 DM = 0.16 %
Gesamt volumen	30 400 000 DM = 3.1 %

Freie interdisziplinäre Planungsgruppen	0.0 %
---	-------

Wir fordern

öffentlich kontrollierte Vergabe !  
"Diagnose zum Bauen in Westberlin"  
Ausstellung am Ernst Reuter Platz

8.-20.9.





# RUHWALD — UND KEIN ENDE

Ruhwald: fünfzig Hektar wertvolles Bauland an bevorzugter Stelle mitten im Stadtgebiet. Und Beispiel für die Unfähigkeit unserer Gesellschaft, ihre Umwelt rational zu planen.

Seit mehr als sechzig Jahren ist Ruhwald Gegenstand der Planung. Kaiserreich, Weimarer Republik und Nazideutschland vergingen, und trotz über einhundert verschiedener Bebauungsvorschläge blieb das Gelände bis 1945 unbebaut. Grund und Boden gingen von Hand zu Hand, und entsprechend den Interessen der privaten und öffentlichen Eigentümer wechselten Nutzungsvorstellungen und Baukonzepte. Änderungen der Bauordnung, Beschleunigung oder Verzögerung der Festsetzungsverfahren dienten Staat, Stadt und Bezirk zur Durchsetzung ihrer gesellschaftspolitischen und ökonomischen Ziele. Darüberhinaus versuchten Interessentenverbände wie Mittelständler und Kleingärtner durch Eingaben, Denkschriften und Mobilisierung der öffentlichen Meinung die Planung zu beeinflussen.

Planungsvorschläge bis 1945:

- Bismarckdenkmal
- Landhäuser
- Vier- bis fünfgeschossige Blockbebauung
- Kleinhaussiedlung
- "Gartenheimstätten"
- Golfplatz
- Dauerkleingärten
- Spiel- und Sportplätze
- "Gefolgschaftswohnungen" (Siemens)
- "Gefolgschaftssiedlung" (Dt. Arbeitsfront)
- Fernsehtheater und -aufnahmegebiete.

Wurden nach dem Kriege aus den Erfahrungen der vergeblichen Planungen vor 1945 Lehren gezogen? Wurde die Weiterentwicklung der Stadtplanungswissenschaften berücksichtigt? Wurden Strukturuntersuchungen über die Bedeutung des Planungsgebiets im Zusammenhang der Stadt angestellt? Wurden Zielvorstellungen für die Nutzung des Geländes entwickelt? Wurden wissenschaftliche Bedarfsermittlungen und Standortuntersuchungen durchgeführt?

Erst 1963 wurden die Planungen ernsthaft wieder aufgenommen. In den seither vergangenen fünf Jahren fertigten stets dienstwillige Architekten noch einmal weit über einhundert Bebauungsvorschläge. Wettbewerb, Überarbeitung, Gutachten, neuerliches Gutachten. Wer weiß, wieviele Pläne noch entstehen werden.

Hat einer der vorliegenden Pläne Aussicht verwirklicht zu werden? Auch von ihnen beruht keiner auf zuverlässigen Planungsunterlagen. Wie gehabt, wechseln je nach Opportunität Zweckbestimmung und Bauungsprogramm: Wohngebiet, Klinikerverweiterung, Industriegelände, Forschungsinstitute. Alles scheint möglich, nichts nachweislich notwendig. Folgerichtig erscheinen in den Planungsvorschlägen immer wieder neue "Ideen" - und immer wieder die gleichen Irrtümer. Die Diskussion dreht sich im Kreise. Gleichzeitig entstehen an den entferntesten Stadträndern riesige Wohnstädte ohne erkennbaren Zusammenhang mit der vorhandenen Stadt.

Der Minister  
der öffentlichen Arbeiten.

III. B. 9. 442. D.

Berlin W. 66, den 6. August 1911  
Wilhelmstraße 79.

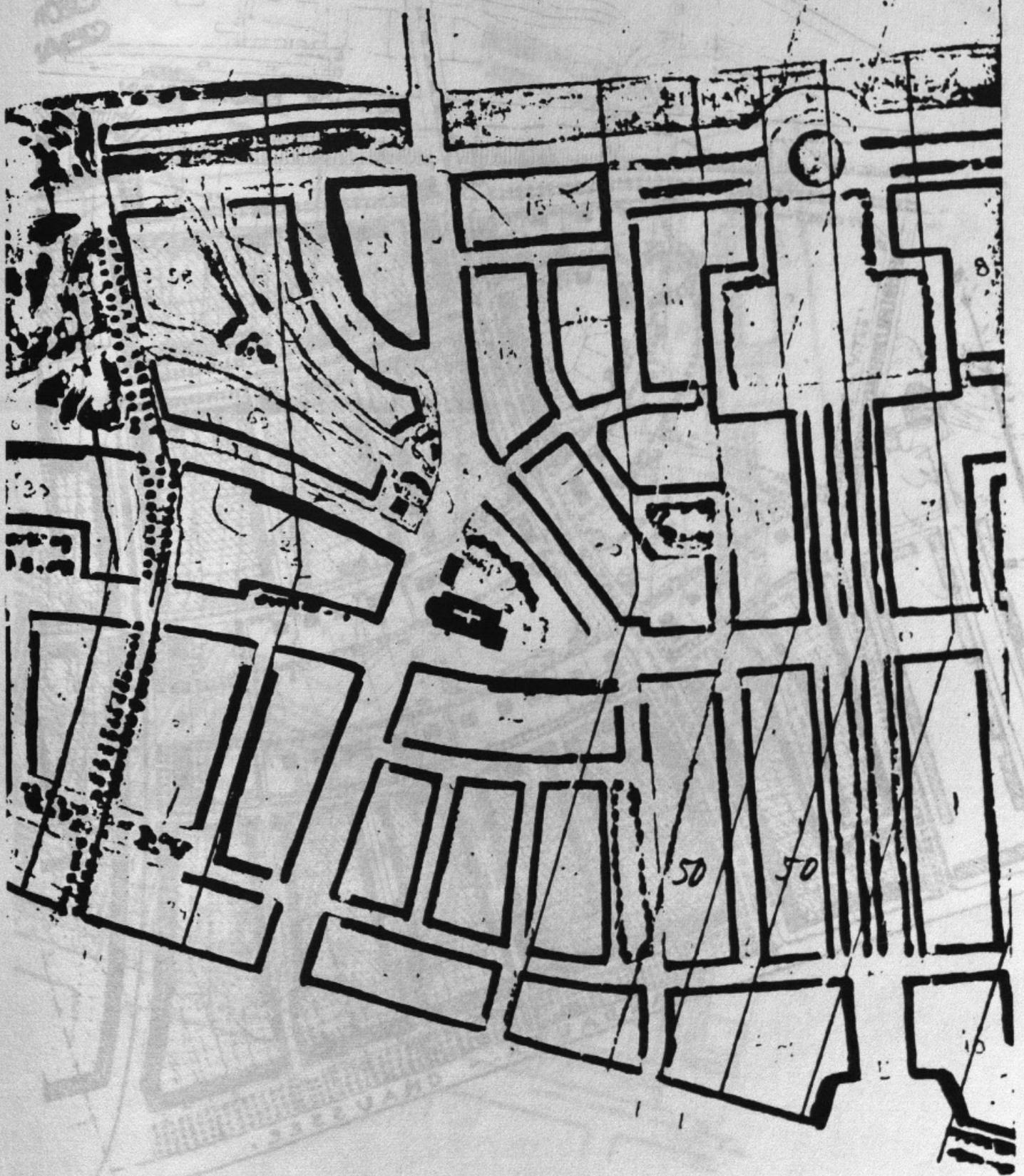
Auf den Bericht vom 13. v. Mts. - Tageb. Nr.  
225. III. 12. - betreffend den Erlaß einer Bauordnung  
für Nordwestend.

-----

Mit dem dort beabsichtigten Vorgehen mich ein-  
verstanden zu erklären, muß ich Bedenken tragen. Seit  
Jahren geht der Magistrat Charlottenburg mit der Auf-  
stellung eines Rebauungsplanes für das betreffende  
Gelände um . Bereits eine ganze Anzahl von Entwürfen  
ist aufgestellt worden, ohne daß ein Ergebnis er-  
zielt worden wäre. Ich halte es nicht für ausge-  
schlossen; daß auch über jetzt im Entwürfe vorgelegte  
Plan das gleiche Schicksal erfährt. Selbst wenn der  
Magistrat aber wirklich nach 5 Monaten einen Plan  
vorlegt, wird dessen endgültige Feststellung noch  
geraume Zeit auf sich warten lassen. Unter diesen  
Umständen kann der Erlaß schärferer baupolizeilicher  
Bestimmungen nicht bis zur Feststellung des Rebau-  
ungsplans hinausgeschoben werden. Die Erfahrung  
zeigt, daß die jetzt geltenden mildereren Vorschriften  
zu einer Verteuerung des Grund und Bodens führen, der  
Einhalt geboten werden muß. Der entgegenstehenden  
Ansicht des Magistrats in Charlottenburg kann ich  
nicht beipflichten. Es ist keine Gewähr gegeben, daß  
nicht mit den Grundstücken Spekulation getrieben  
wird. Ich bin zudem der Ansicht, daß der Erlaß der  
schärferen baupolizeilichen Vorschriften die Ent-  
schließung des Magistrats, betreffend Aufstellung  
eines Rebauungsplanes, nur beschleunigen wird. Ich  
ersuche daher, meinem Erlaß vom 31. März 1911 - III.  
B. 9. 171. D. - baldigst nachzukommen. Wenn der Bau-  
ungsplan endgültig feststeht, so steht dem nichts  
im Wege, daß die baupolizeilichen Bestimmungen durch  
nachträgliche Änderung dem Plane angepaßt werden. Ich  
stelle anheim, dem Magistrat in Charlottenburg hier-  
von mit dem Bemerkten Mitteilung zu machen, daß die  
neue Bauordnung nur bezwecke, etwaigen Preistreibe-  
reien entgegenzuarbeiten, welche der späteren Schaf-  
fung ordnungsmäßiger baulicher Verhältnisse in dem  
in Betracht kommenden Gebiete hinderlich sein könn-  
ten.

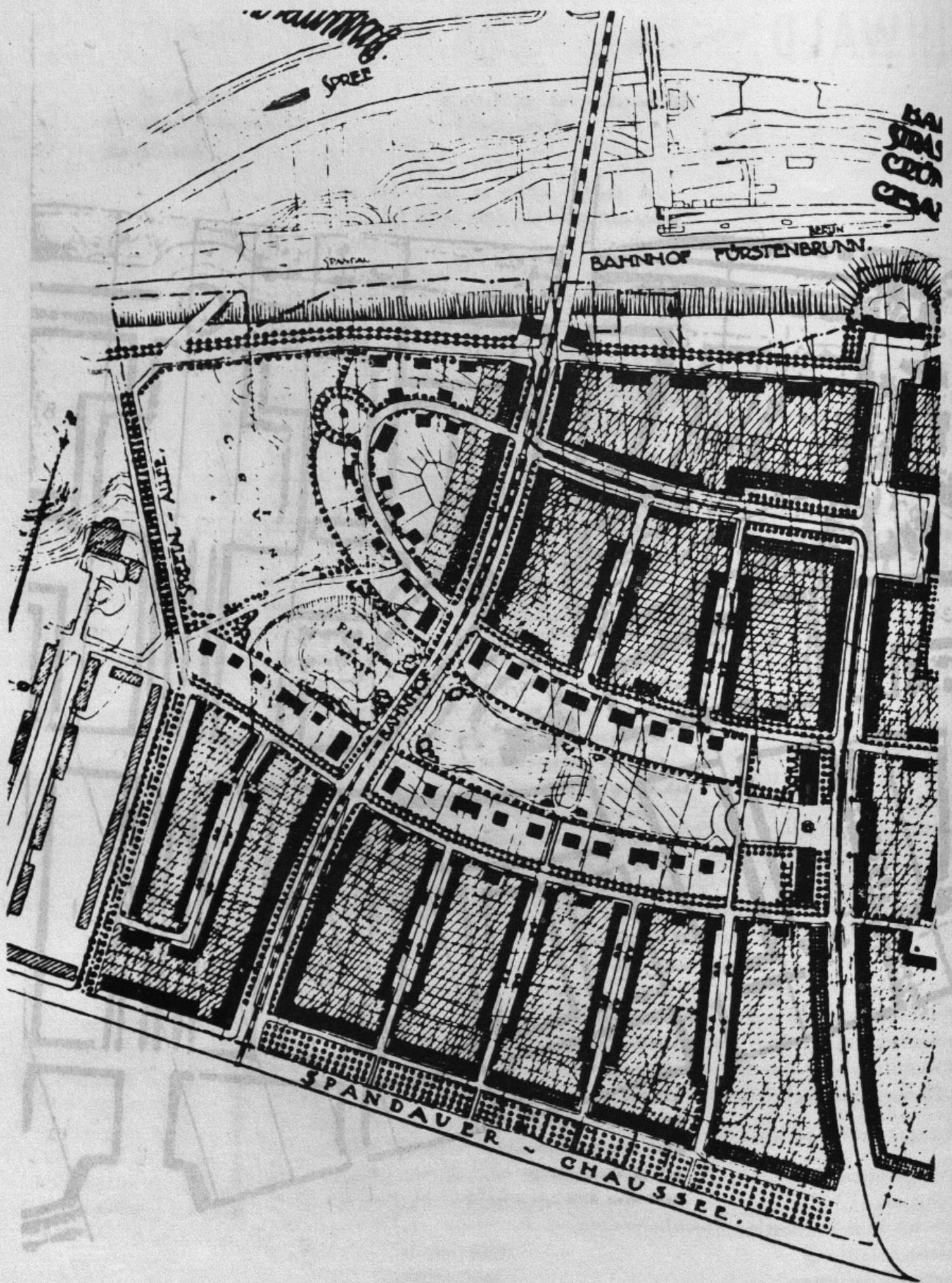
In Vertretung:  
gez. v. Coels.

An den Herrn Polizeipräsidenten hier.



1912 Bruno Taut

1923 Otto Salvitsberg



1923 Otto Salvisberg

BEDÄCKUNGSPLAN  
• SIEDLUNG WESTEND •

4 STÖCKIG  
3 STÖCKIG

SCHNEBERGARTEN

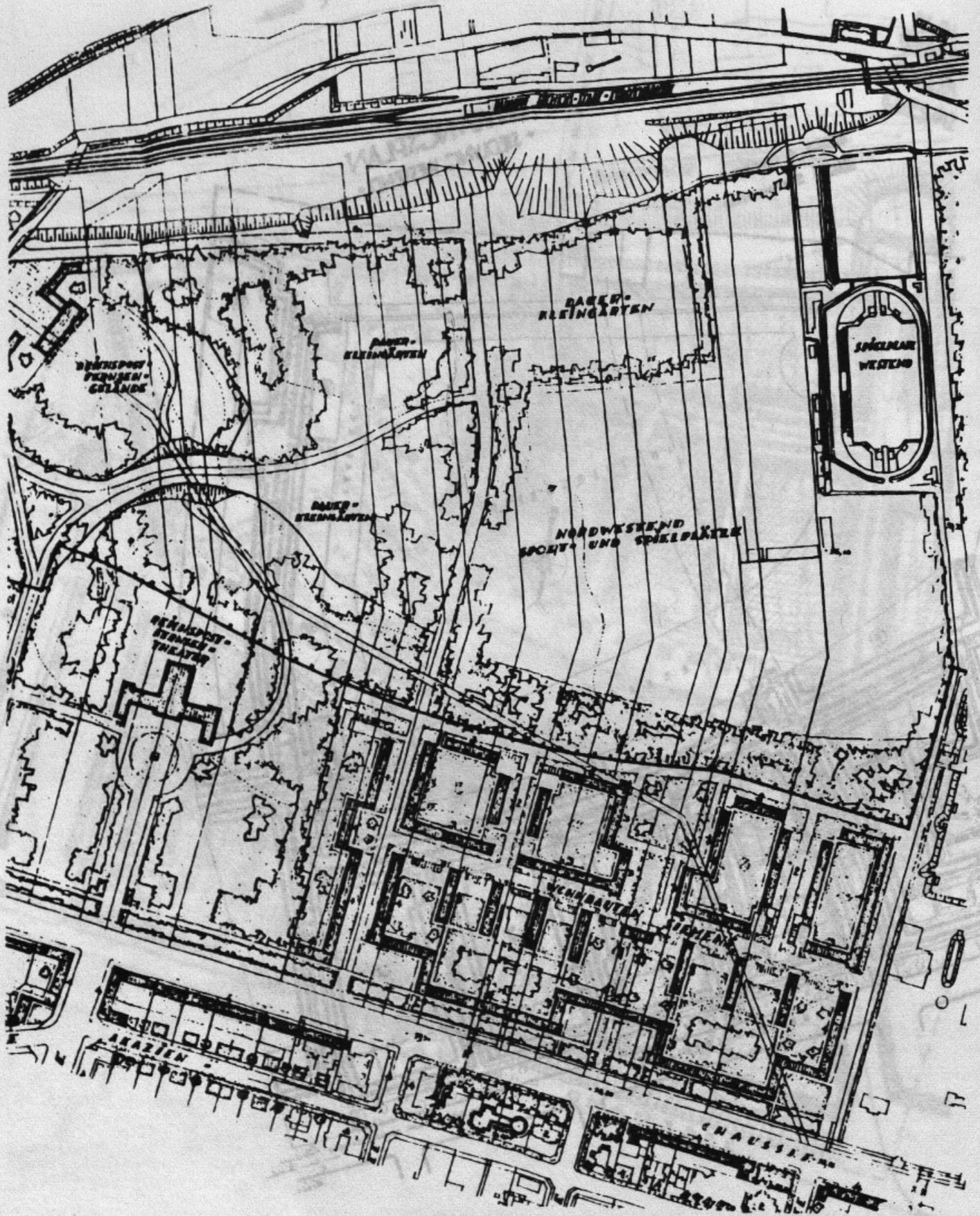


PARKING

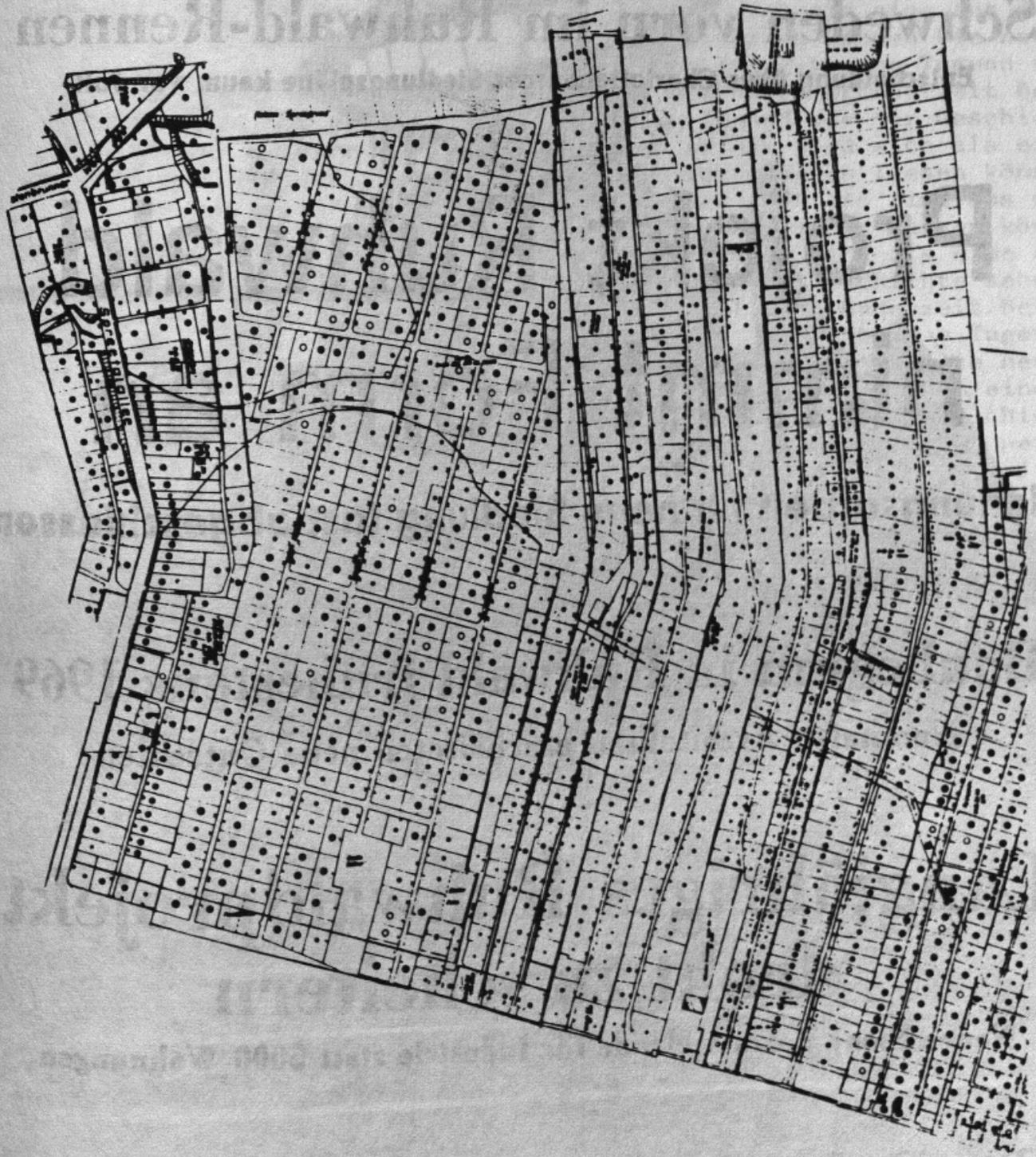
SPANDAUER - CHAUSSÉE

Exp.  
-  
Mebes

1926 Paul Mebes



1939 Fernsehversuchsgelände



1968 Kleingärten

# Oase in Ruhwald

**Neues Wohnviertel für 17 000 Menschen am Spandauer Damm**

**Schweden vorn im Ruhwald-Rennen**

**Entscheidung über Charlottenburger Siedlungspläne kaum vor Juli**

## Projekt Ruhwald nimmt Form an

**Planungsarbeit für neue Siedlung fast abgeschlossen**

**Baubeginn in Ruhwald frühestens 1969**

**Namhafte Architekten erarbeiteten neue Gutachten**

**Langjähriges Ruhwaldprojekt  
droht zu scheitern**

**Neuer Plan: Vorratsgelände für Industrie statt 5000 Wohnungen**

**Für Ruhwald haben Architekten Ruh'**

**Siedlungsvorhaben mit vielen Geheimnissen — Wettbewerbe und Gutachten**

1967/68





# STADTPLANUNG GEHT UNS ALLE AN !

**Vertraulich !**

## **Die Situation:**

- 1 Die in allen im Abgeordnetenhaus vertretenen politischen Parteien verstärkt nach 1961 ausgebrochene Wohnungs- und Stadtbauhysterie hat jede sinnvolle Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen und Programme für die Stadtplanung verhindert. Die Folgen: Eine unkoordinierte und unkontrollierte Investitionspolitik der öffentlichen Hand und privater Investoren, mangelhafte Planungsvorbereitung mit unverhältnismäßig hohen Mehrkosten bei der Baudurchführung.**
- 2 Die Abteilung Stadtplanung der Senatsbauverwaltung ist mangelhaft organisiert und unzureichend mit qualifizierten Fachkräften ausgestattet.**
- 3 Die Entscheidungsbefugnisse zwischen der Zentralverwaltung und den Bezirksverwaltungen sind unzureichend geklärt, so daß die Zentralverwaltung ihre Koordinationsaufgaben nur bedingt wahrnehmen kann.**
- 4 Die Baustadträte der Bezirke sind politische Wahlbeamte und damit nur in Ausnahmefällen fachlich qualifiziert. Damit sind sie in der Gefahr, sich an den Wünschen ihrer Parteifreunde stärker als an fachlichen Notwendigkeiten zu orientieren. Die enge personelle Verflechtung von SPD, Gewerkschaften und Wohnungsbaugesellschaften macht damit auf Bezirksebene qualifizierte Planungsentscheidungen unmöglich.**

5 Die Planungen der größeren Stadtentwicklungsmaßnahmen der letzten acht Jahre sind vorwiegend in direkten Absprachen zwischen Wohnungsbaugesellschaften, Bausenator und Senatsbaudirektor ausgehandelt und durchgeführt worden. Planungs-, Gutachten- wie Bauaufträge sind nach Gutdünken des Senators oder Senatsbaudirektors erteilt worden. So für: BBR, Märkisches Viertel, Bebauung Heerstraße, Bebauung Rupenhorn, Bebauung Lübars, Planung Zabel-Krüger-Damm, Bebauung Kreuzberg, Sanierung Schöneberg.

Die Planungen sind ohne Koordination innerhalb eines Gesamtkonzeptes für die Stadtentwicklung und den Stadtausbau, ohne integrierte Programme für Erschließung, Versorgung, Ausstattung mit Gemeinbedarfs-einrichtungen und Wohnungen vorangetrieben worden.

6 Die Planungen sind ohne nach dem Bundesbaugesetz vorgeschriebene ordentliche Bebauungsplanverfahren und damit ohne Information und Anhörung der Öffentlichkeit (§ 2 BBauG) betrieben worden (siehe Aufzählung unter 5, dazu Falkenhagener Feld).

7 Auf Betreiben der Berliner Wohnungsbaugesellschaften und der planenden Architekten (einschließlich des jeweiligen Senatsbaudirektors) ist die Baudurchführung der durch die politischen Gremien der Stadt und der Bezirke nicht genehmigten Planungen unter unzulässiger Anwendung des § 33 BBauG (Zulässigkeit von Bauvorhaben nur während der gemeindlich beschlossenen Planaufstellung) begonnen worden.

8 Die zur Beschlußfassung und Kontrolle über die öffentliche Planungs- und Bautätigkeit eingesetzten Bau- und Planungsausschüsse des Abgeordnetenhauses und der Bezirksversammlungen erfahren erst in späteren Stadien der Planfertigstellung von den beabsichtigten Planungen der Verwaltung. Die Politiker haben sich zu reinen Jasagern degradieren lassen. Die erforderliche Kontrolle des Bausenators und seiner Verwaltung findet aus parteipolitischer Rücksichtnahme nicht statt.

9 Die Senatsbauverwaltung informiert die Öffentlichkeit in keiner Weise über Grundlagen, Planungsvorbereitung, Alternativen und Planungskonzepte selbst bei entscheidenden Stadterweiterungs- und Neuordnungsmaßnahmen.

10 Die Abteilung Stadtplanung beim Senator für Bau/Wohnen verfügt bis heute über kein eigenes Grundlagenmaterial für die Vorbereitung planerischer Entscheidungen. Es gibt im Stellenplan der Abteilung II, Landes- und Stadtplanung, nicht eine Planstelle für Grundlagenforschung und Modelluntersuchungen für die Gesamtplanung.

Jede gültige Prognose über den Flächenbedarf für Wohnungen, Gewerbe, Industrie und Gemeinbedarfseinrichtungen für die Zukunft war und ist in Berlin unmöglich, da es keine Unterlagen und Kenntnisse über das Vorhandene gibt, auf die eine Prognose aufbauen kann und weil nicht ein einziger Beamter oder Angestellter der Senatsverwaltung sich von Amts wegen bisher Gedanken darüber gemacht hat, wie Berlin sich unter den möglichen politischen Konstellationen entwickeln und ordnen könnte.

Fazit: D a s e i n s v o r s o r g e , m e t h o d i s c h e  
Z u k u n f t s p l a n u n g f ü r B e r l i n n u r  
S t ü c k w e r k ?

Nein?

D a n n v e r l a n g e n w i r e i n e A n t w o r t  
a u f d i e s e F r a g e n :

1. Warum gibt es keine Arbeitsgruppe in den Berliner Planungsämtern, die beauftragt ist, Überlegungen für die zukünftige Ordnung und Entwicklung der Stadt unter alternativen politischen und damit strukturellen Bedingungen anzustellen?

2. Warum wurden keine Planungsmodelle aufgestellt, die erste Voraussetzung für jede Entscheidung über Dringlichkeit, Standort, Umfang und Ausstattung neuer Wohn- und Arbeitsstätten sind?

3. Wie lange noch soll die Planung einer Weltstadt durch Stammtischentscheidungen und 'schöne, bunte' Einfälle des jeweiligen Senatsbaudirektors betrieben werden?
4. Wann endlich werden öffentliche Planungsaufträge nicht mehr hinter verschlossenen Türen erteilt?
5. Warum wird die Öffentlichkeit unzureichend und nur über abgeschlossene Planungen informiert, nicht aber über die zur Urteilsbildung erforderlichen Grundlagen dieser Planungen?  
Warum erfährt die Öffentlichkeit nichts über die Tätigkeit und Aussagen des sog. Planungsbeirates?
6. Wann werden die Politiker der Stadt die ihnen übertragenen Kontrollfunktionen über Planung und Bauen wieder verantwortlich wahrnehmen?
7. Wie lange noch will der Bausenator untätig der Verbauung der City à la Wildwest zusehen?
8. Wie lange noch soll Berlin Opfer eines vom Senat initiierten Spekulationsfiebers sein?  
Warum trafen Bausenator und seine Abteilung Stadtplanung nicht die erforderlichen planerischen Vorbereitungen, als das Berlinhilfegesetz mit einer gewaltigen Welle der Investitionsbereitschaft bevorstand?  
Waren beide nicht fähig zu erkennen, daß es Aufgabe der Planung ist, private und öffentliche Investitionen so zu steuern, daß für das Gemeinwesen ein optimaler Effekt entsteht?
9. Wer ist für die fortschreitende Auflösung des Berliner Stadtbildes durch unkoordinierte Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, durch konzeptionslose Verbauung wichtiger Straßenzüge, Ecken und Plätze verantwortlich?
10. Wie will die Senatsverwaltung die totale Auflösung jeglichen städtebaulichen Konzeptes in BBR rechtfertigen?  
Starb das Projekt 'Ruhwald', weil in den Wäldern an der Heerstraße und auf den Feldern in Lübars Andere neuplanen wollten?

Dies sind Vorschläge, einige Mißstände der Berliner Stadtplanung zu beheben:

1. Sofortige Neuorganisation der Abteilung Stadtplanung bei der Senatsverwaltung in folgende drei Abteilungsbereiche:

I Generalplanung

Erarbeitung der Grundlagen der Planung, Modellplanung unter Beteiligung von Mitarbeitern des Senators für Wirtschaft und des Senators für Finanzen.

Der Leiter der Abteilung muß Erfahrungen in modernem Management haben, profunde Kenntnisse in den technologischen und wissenschaftlichen Methoden der Planung besitzen und gründliches Wissen aus den planungsrelevanten Bereichen der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften haben.

II Vorbereitende Bauleitplanung

Koordination der Stadtgestaltung, Siedlungsplanung, Stadtbildpflege.

Der Leiter der Abteilung sollte ausgebildeter Stadtplaner oder Architekt mit langfristiger Planungserfahrung sein.

III Plandurchführung

Planungsverwaltung, Bodenverkehr, bauaufsichtliche Fragen der Planung.

Der Leiter der Abteilung sollte ein Verwaltungsfachmann mit Kenntnissen der Stadtplanung und des Finanzwesens sein.

2. Auflösung der Planstelle 'Senatsbaudirektor', da mit der notwendigen Neuordnung der Abteilung Stadtplanung qualifizierte Abteilungsleiter alle erforderlichen Koordinationsaufgaben wahrnehmen können.
3. Klärung der Verbindlichkeit von planerischen Entscheidungen zur Sicherung übergeordneter Belange der Stadtentwicklung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentralverwaltung und Bezirksverwaltung.

4. Wahl von ausgebildeten Fachleuten an die Spitze der Fachverwaltungen der Bezirke als Wahlbeamte.
5. Umbesetzung des Planungsbeirates und Verpflichtung zu regelmäßigen Veröffentlichungen über seine Tätigkeit. Ausscheiden der überbeschäftigten Honoratioren, Einsetzen von unabhängigen ständig arbeitsfähigen Fachleuten verschiedener Disziplinen.  
Zuweisung eines eigenen Budgets zur Erfüllung konkreter Aufgaben und Veröffentlichung regelmäßiger Rechenschaftsberichte.
6. Bildung einer Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung, die in Abstimmung oder in Zusammenarbeit mit dem Planungsbeirat erforderliche Entscheidungsgrundlagen für die Politiker erarbeitet. Die Arbeitsgruppe muß allein dem Abgeordnetenhaus verantwortlich sein und ihre Arbeiten in eigener Verantwortung veröffentlichen können.  
Sie kann  
    der Senatsverwaltung angegliedert  
    oder den bestehenden Hochschulinstituten zugeordnet werden  
    oder als freiberufliche Arbeitsgruppe tätig sein.
7. Bereitstellung umfangreicher Mittel für Gutachten oder öffentliche Wettbewerbe, in denen Grundlagen oder Alternativ-Vorschläge zu Aufträgen erarbeitet werden, die vom Abgeordnetenhaus an die Fachverwaltung erteilt worden sind.
8. Sofortige Einstellung aller Planungsarbeiten an den Projekten: Lübars, Zabel-Krüger-Damm, Heerstraße, Rupenhorn, Rieselfelder-Gatow, Sanierung Kreuzberg und Sanierung Schöneberg. Öffentliche Fachdiskussionen der Grundlagen und Programme dieser Planungen.
9. Ausschaltung der Wohnungsbaugesellschaften und anderer Bauträger bei der vorbereitenden Bauleitplanung zur Ausschaltung der belastenden Interessenverflechtungen.
10. Einrichtung eines öffentlichen Diskussionsforums über alle Planungsprobleme der Stadt. Eventuell Abwicklung der Diskussionsveranstaltungen über die Berufsverbände.

DIAGNOSE  
DIAGNOSE  
DIAGNOSE

ZU VERMIETEN!

ZU VER

Vermietungen

ZU VERMIETEN!

ZU VERMIETEN

7 00 00 m

N W - B E R

Kommt ! Seht ! Diskutiert !  
Ausstellung zu den Bauwochen am Ernst-Reuter-Platz  
" Diagnose zum Bauen in West - Berlin "



# SANIERUNG

## SOZIALISIERUNG DER VERLUSTE ?

### A) Umfang und Zeitplan der Programme zur Stadterneuerung in Berlin

Wie Bausenator Schwedler 1962 vor dem Beirat der Bau- und Wohnungswirtschaft innerhalb der Deutschen Bau- und Bodenbank AG erklärte, sah er als baupolitisches Ziel für Berlin an, jährlich 5000 Wohnungen durch Neubauten zu ersetzen.

In der Broschüre Stadterneuerung in Berlin I, die 1964 zu den Bauwochen herausgegeben wurde, orientierte sich Schwedler an einer Stadt wie Chicago "-in ihrer Größe etwa mit Groß-Berlin vergleichbar-", in der schon ein Jahrzehnt lang Jahr für Jahr 3500 überalterte Wohnungen durch neue ersetzt wurden.

Welchen Umfang die Sanierungs-Programme in Berlin annehmen werden, ist heute, fünf Jahre nach Erlass des ersten Programms, nicht unumstritten. Bislang wurden in sämtlichen Sanierungsgebieten zusammen und für Einzelsanierungen (die mit den offiziellen Programmen angeregt werden sollen) 5300 Wohnungen, 2200 Behelfsheime und 382 Arbeitsstätten geräumt. Die von den Sanierungs-Maßnahmen Betroffenen bezogen 6500 Ersatzwohnungen. Anstelle der offiziell geplanten 10 bis 15 Jahre veranschlagt die Industrie- und Handelskammer 15 bis 20 Jahre für die Durchführung des ersten Stadterneuerungs-Programms, das den Abriß von über 50 000 Wohnungen vorsieht: Die vom Senat eingesetzten Sanierungs-Gesellschaften stoßen auf Schwierigkeiten beim Erwerb der Grundstücke.

Ungeduldige Bau-Planer wie Bau-Direktor Schroeder insistieren ihrerseits darauf, daß die Kraßheit der städtebaulichen Mißstände eine verstärkte und schnellere Fortführung der Sanierung gebiete. Bau-Direktor Dahlhaus verweist auf etwa 330 000 Wohnungen aus der Zeit vor 1910 ohne eigenes Bad -viele davon ohne WC in der Wohnung- und erklärt: "Wird das Tempo der Sanierung nicht erheblich beschleunigt, so würden die letzten dieser heute schon völlig obsoleten 330 000 Wohnungen erst im Jahre 2050 saniert werden können"(1).

Die Bau-Industrie der Bundes-Republik rechnet jedoch bereits ab 1970 mit einem Rückgang der jährlichen Produktionsraten im Wohnungsbau

auf 300 000 Einheiten und darunter, da die Rate von 550 000 bis 600 000 Einheiten für 1967 und 1968/69 nurmehr durch die Konjunktur-Haushalte erreicht wird, d.h. ein Teil des künftigen Bedarfs vorweggenommen wird. Experten wie Karl-Heinz Walper aus der Bad Godesberger Ministerial-Bürokratie warnen daher vor einem erneuten konjunkturellen Einbruch Anfang der siebziger Jahre - wenn nicht rechtzeitig die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Stadtsanierung in der Bundesrepublik geschaffen werden (2).

Die Verabschiedung eines Sanierungsgesetzes durch den Bundestag könnte in dieser Situation eine reale Chance haben. Und mit erweiterten juristischen Kompetenzen ließen sich die Berliner Sanierungs-Programme vorantreiben, worauf die Haus- und Grundbesitzer sich gefaßt machen: Wenn ein allmählich fortschreitender Ausverkauf des privaten Grundeigentums verhindert werden soll, werden die sanierungsbetroffenen Eigentümer nicht in teilnahmsloser Passivität verharren dürfen, sagt Verbands-Direktor Franz Becker (3).

In Berlin überschneiden sich zeitlich die beiden Prozesse, die den Mietern in der Bundesrepublik gemacht werden und die in Westdeutschland unabhängig voneinander erscheinen: Der Einführung der Weißen Kreise ab 1960 entsprach dort die Verzögerung des Städtebau-Förderungs-Gesetzes als Ausdruck der Machtposition, die das private Boden-Eigentum genoß. Die Verabschiedung eines Sanierungs-Gesetzes nimmt sich heute in der BRD als Affront gegen dieses Institut aus.- In der Perspektive der Massen von Lohnabhängigen Westberlins erscheint dagegen das Gesetz zum Abbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft unter dem Aspekt einer Freigabe der Stadt an Spekulanten jeglicher Art, die als Antwort der Herrschenden auf konjunkturelle und strukturelle Probleme der Ökonomie sich abzeichnet. Es war der Skandal um zwei Direktoren der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Groß-Berlin (GeWoBAG), der Anfang April, d.h. ein Vierteljahr vor der letzten, allgemeinen Miet-Erhöhung im Altbau, von der Presse berichtet wurde (vgl. Anh.I;4), der vermutlich die Redaktion der BZ am 4. April zu einem ziemlich schlechten April-Scherz veranlaßte: Was an den Vorposten des Springer-Imperiums, den Kiosken, als halluzinierte Vorstellung eines segensreichen Weißen Kreises erschien, entpuppte sich für den Käufer und Leser der BZ fortschreitend als Spekulation, aufgesetzt auf Ressentiments gegen Witwen mit großen Wohnungen und ausgehend von Todeswünschen, die der Verwertung einer Leer-Reserve von Tausenden von Wohnungen entgegensahen (von Sanierungs-Programmen erwähnte Redakteur Birken-

beul nichts). Auf derart trübe Quellen verpflichtete die BZ einen Leserkreis, dem gewiß der Hinweis auf die parlamentarische Behandlung des GeWoBAG-Skandals, den DIE WELT brachte, nicht weniger suspekt als der Skandal selber gewesen sein dürfte. Vom Blickwinkel derer her, die von bürokratischen Maßnahmen bloß betroffen sind, dürfte die Nachricht von einer Verabschiedung eines Sanierungs-Gesetzes daher -beim GeWoBAG-Skandal war eine Haupt-Schieberei in Zusammenhang mit der Stadterneuerung im Opern-Viertel aufgetreten- auf ein umso unmittelbareres Interesse stoßen, je näher sie an den Termin heranrückt, zu dem die freie Marktwirtschaft auf dem Sektor des Wohnungswesens in Berlin sich ein Stell-Dich-Ein gibt.

#### B) Kritik der Baupolitik aus kapitalistischer Sicht

Der Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für 1967 unterzog die staatliche Baupolitik einer weitreichenden Kritik, deren praktische Folgen bisher allerdings noch nicht zu sehen sind. Vorerst scheint es mit einem Manöver sein Bewenden zu haben, in dem die Industrie- und Handelskammer der Kritik von rechts Munition lieferte, um den Staat für die ihm zugedachte Aufgabe eines Ausgleichs der Besitz-Interessen zu disziplinieren.

So begnügt sich der Jahresbericht mit kritischen Anmerkungen derart, daß nach einem Kahlschlag in den Sanierungsgebieten und anschließendem Wiederaufbau in zwei oder drei Generationen die gleichen Probleme auftauchen, die zur Stadtsanierung zwingen. Statt eines praktischen Entschlusses gibt man lediglich zu bedenken: "Die 6500 Wohnungen, die bisher benötigt wurden, um Abritßmieter unterzubringen, sind mehr als ein Drittel einer jährlichen Wohnungsbau-Leistung. Deshalb wird man fragen müssen, ob das ganze Erneuerungs-Vorhaben nicht hätte so lange verschoben werden können, bis ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt die Umsetzung der Wohnungsmieter erleichtert hätte. Da die Bauwirtschaft in einigen Jahren mit einem Rückgang der Wohnungsbautätigkeit rechnet, würde diese Verschiebung auch im Interesse einer Baupolitik liegen, die danach strebt, für den Wohnungsbau ein möglichst gleichmäßiges Auftragsniveau zu erhalten" (5). Dieser Interessen-Gesichtspunkt dürfte die Industrie- und Handelskammer dazu gebracht haben, die Resistenz der Grundstücks-Eigner in Sanierungs-Gebieten mit der Schätzung zu bestärken, daß das erste Stadterneuerungs-Programm wohl etwas länger zu seiner Durchführung brauche, als dem Senat recht ist.

Sporadische Ansätze zu einer Kritik der staatlichen Ausgaben-Politik wurden in dem Jahresbericht daraufhin konzentriert, daß man die zusätzlichen Kosten aufdeckte, die seit einigen Jahren im sozialen Wohnungsbau durch Erstellung von Bauten mit mehr als acht Geschossen auftraten, sowie zusätzliche Kosten, die im Wohnungs-Bau-Programm 1967 gegenüber dem Vorjahr auftraten: "So daß je Wohnung ein Mehraufwand für verbesserte Ausstattung und Parkpaletten-Bau von DM 7000,-- verbleibt." (6)

Die Kritik an dieser Ausgaben-Politik geht dahin, das knappe Drittel von billigen öffentlichen Darlehen, die zusätzlich zu den normalen Landes-Bau-Krediten für den Bau von Hochhäusern verwendet wurden, wäre besser dem privat finanzierten Wohnungs-Bau zur Verfügung gestellt worden, um dort die zu hohen Mieten zu senken. Immerhin wird angemerkt, daß 1967 der Anteil der auf dem freien Kapital-Markt aufgenommenen Hypotheken an den Finanzierungs-Mitteln auf über ein Viertel vergrößert werden konnte. Die Spekulation mit erweiterten Anlage-Möglichkeiten für privates Kapital ist derart selbstverständlich für die Berichterstatter der Industrie- und Handelskammer, daß sie die Solidarität mit dem privaten Haus- und Grundbesitz nicht aufgeben, der ja von kapitalisierten Renten lebt. Man hält der Senats-Verwaltung dagegen vor, daß sie keine Maßstäbe entwickelt hat, mit denen die Modernisierungsfähigkeit oder Abrißwürdigkeit eines Gebäudes bestimmt werden kann. Man kreidet ihr an, daß sie die empfohlene Reprivatisierungs-Pflicht für Neubauten nicht in die Sanierungs-Richtlinien mit aufgenommen hat, die 1967 erneuert wurden. Im übrigen glaubt man jedoch echt liberalistisch, mit einer verstärkten Förderung von Modernisierungs-Bestrebungen im Altbau und mit dessen Freilassung aus staatlichen Fesseln zu einer wirtschaftlich vernünftigen Wohnungs-Politik zu kommen: Dann wird der Mietpreis für die Wahl einer Wohnung entscheidend sein.

In eine neue Richtung weist lediglich die Darstellung der Industrie- und Handelskammer über das Kleingarten-Problem: Von den 1950 ha, die zur Zeit mit Kleingärten besiedelt sind, sind in der Bauleitplanung nur 940 ha als Dauer-Kleingarten-Land ausgewiesen. Man begrüßt den Versuch, die aus den letzten Kriegsmonaten stammende Kleingarten-Ordnung zu ändern, weil sich Kleingärten für Berlin bis weit in das Stadtzentrum erstrecken. Speziell für Berlin und Hamburg, soll die Vorschrift der Neuregelung entfallen, wonach dem Kleingärt-

ner für das gekündigte Land nicht nur eine angemessene Entschädigung, sondern auch Ersatzland gestellt werden muß.

### C) Kritik der Baupolitik in sozialistischer Perspektive

"Auch Berlin kann sich Bundesgesetze nicht aussuchen", teilte Bausenator Schwedler in einer Informations-Schrift über den Wohnungsbau in Berlin und die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen des Wohn- und Mietrechts mit, die vor dem 1. Juli -dem Termin der letzten Miet-Erhöhung im Altbau- in einer Auflage von etwa 30 000 an die Bezirksämter ging. Die erwarteten Mieter-Demonstrationen blieben jedoch aus - bis auf einen Protest-Marsch im kreuzberger Sanierungs-Gebiet, der als Affront gegen das SPD-Establishment von der Jungen Linken der SPD, Falken und Außerparlamentariern durchgeführt wurde. Den Charlottenburger Abgeordneten Vortisch jun., der auf einer anschließenden Kundgebung das Wiener Modell des sozialen Wohnungsbaus hatte erläutern wollen, legte der Parteivorstand rechtzeitig mit der Drohung eines sofortigen Ausschlusses in Bann: Ein essential der opportunistischen Berliner Sozialdemokratie war in Gefahr. Den Repräsentations-Haushalt, der Investitionen des öffentlichen Etats unproduktiv in überdimensionierten Verkehrs-Anlagen u.ä. bindet, unter der Alternative: Hauptstadt -Mythos oder Lebensfähigkeit angegriffen zu haben hatte 1967 bereits genügt, den Leiter einer vom Senat eingesetzten Struktur-Kommission zur Untersuchung der Berliner Wirtschaftslage, Dr. Gerhard Kade, ablösen zu lassen. Wenige Tage bevor mehr als eine halbe Million privater Haushalte den Wächtern eines abstrakten, jedoch staatlich geschützten Eigentums-Titels erhöhten Tribut abzuliefern hatten, drohte den Sozialdemokraten der öffentliche Nachweis, daß Sozialdemokraten in einer vergleichbaren wirtschaftlichen Situation im Wien der zwanziger Jahre die Privat-Interessen zurückgewiesen hatten, die auch damals eine Beendigung der Wohnraum-Bewirtschaftung, der Preisbindung und des Mieter-Schutzes verlangten (und auch damals eine nie eingetretene Leerreserve von Wohnungen ankündigten).

Die Wohnungspolitik des Wiener Stadtrates erreichte im Gegenteil durch die Einführung einer progressiven Wohnbau-Steuer, durch aktive Boden-Politik und kontrollierende Beteiligung der Gemeinde Wien an der Bau-Industrie, daß innerhalb von zehn Jahren 63 000 Wohnungen in international anerkannten Wohn-

bau-Siedlungen errichtet wurden. Dabei lag der Anteil der Massen-Einkommen, der für das Wohnen ausgegeben wurde bei etwa 2 % (7). Durch die ausschließliche Finanzierung aus Steuer-Mitteln galten die Wohnbauten bei ihrer Vollen- dung als auf Null abgeschrieben. Denn in der Aufrechterhaltung der geringen Miet-Ausgaben sah der Wiener Stadtrat das höchste wirtschaftliche Gebot. Die österreichische Volks-Wirtschaft war nach 1919 auf den Export industrieller Produkte angewiesen. Höhere Mieten hätten jedoch über Lohn-Erhöhungen zu höheren Preisen der Industrie-Produkte geführt und den Export unweigerlich beeinträch- tigt.

Dasselbe Kalkül gilt für die heutige Situation in Westberlin. Daß die Industrie- und Handelskammer von vornherein die Einführung des Weißen Kreises für den Anfang wirtschaftlicher Vernunft auf dem Wohnungssektor erklärt, läßt sich nur verstehen als dogmatische Bindung an die atomistische Perspektive privater Wirtschafts-Subjekte. Makro-ökonomisch wird die Freigabe des Wohnungs- marktes an private Interessenten gerade das aufheben, was die Industrie- und Handelskammer gegen den sozialen Wohnungsbau wendet: einen Bestand an relativ billigen Altbau-Wohnungen. Makro-ökonomische Überlegungen werden allerdings mit zwingender Logik von denen gelegnet, die das Postulat freier Marktwirt- schaft überhaupt auf den Wohnungssektor übertragen.

Der freie Wohnungsmarkt besteht im wesentlichen in einer mikro-ökonomischen Beziehung nach Art eines Schwarzmarktes mit Chancen für den gemeinsten Betrug auf Seiten dessen, der die Ware anbietet und den anderen schlicht erpreßt. Ökonomisch auf den Begriff gebracht, handelt es sich bei der Wohnungsvermietung um das Ende eines Ketten-Monopols, das eine Monopol- und eine Differential-Ren- te (nach Lage, Güte und Intensität der Nutzung) wie alles private Bodeneigen- tum abwirft, das als Kapital gilt.

Für die Zukunft Westberlins heißt das: Die heutige Frontstellung der Privat- eigentümer gegen die staatliche Aktivität auf dem Sektor des Wohnungsbaus und der Wohnungsbewirtschaftung wird sich mit einem Zurückdrängen staatlicher Regulationen in den Interessen-Gegensatz von Industriekapital und Bodeneigen- tum zurückverwandeln.

Eine politische Lösung des Interessen-Konflikts ist jedoch nicht abzusehen.

Konsequent kapitalistisch wäre die Überführung des privaten Bodeneigentums in eine vom Staat erhobene Steuer. Die Ablösung des privaten Bodeneigentums durch eine Steuer wurde praktisch mit dem staatlichen Wohnungsbau begonnen und mit seiner Vernachlässigung in der BRD aufgegeben.- Sind die in Westberlin begonnenen Sanierungs-Programme ein taugliches Instrument, um der Beschlagnahme der Cities durch die finanzstärksten Gruppen, zugleich der Verdrängung des produktiven Gewerbes aus der City und der Abdrängung des Wohnungsbaus in Stadtrand-Siedlungen ein Ende zu setzen?

Der Hinweis der Industrie- und Handelskammer auf innerstädtisches Kleingartenland verdeutlicht die Machtverhältnisse: Im Interesse einer Industrie-Ansiedlung, die zu realisieren man bisher allerdings aus anderen politisch-ökonomischen Gründen vergeblich bemühte, werden juristisch verankerte Entschädigungs-Regelungen modifiziert werden. Da durch werden bis zu 1000 ha Westberliner Gebietes für Nutzungen erschlossen, die heutigen gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Die gesamte Fläche der innerstädtischen Sanierungsgebiete, in denen ein imaginäres Slum-Clearing vorgeführt wird, bringt nicht halb soviel Boden-Gewinn: Die größten Sanierungs-Gebiete in Wedding und in Kreuzberg haben eine Fläche von 185 und 107 ha; alle sechs zusammen 450 ha. Zusätzlich ist mit 280 ha ein Sanierungsgebiet für den sozialen Wohnungsbau gegen die Interessen von Kleingärtnern gewonnen worden. Nur liegt das Märkische Viertel wie die Großsiedlungen Falkenhagener Feld und Britz-Buckow-Rudowj.w.d., am Stadtrand. Nur die Ironie der Berliner Geschichte versorgte den Ortsteil Wittenau von Reinickendorf mit einem S-Bahn-Anschluß.- Und immerhin liegt schon der Grundstein für eine Thomas-Mann-Oberschule, die 1972 fertig sein soll. Doch nicht einmal das Ruhe-Bedürfnis der Wohnraum-Nutzer ist im Märkischen Viertel gesichert; auf einer Mieter-Versammlung hielten die Betroffenen den tauben Ohren der Administration vor, sie würden von den Geräuschen einer nahegelegenen Fabrik um ihre Nachtruhe gebracht. Der einzige Vorteil, der für Bewohner im Sanierungs-Neubau garantiert ist, sind in der Tat bessere sanitäre Anlagen (die aber auch für Altbauten zu haben sind).

Wie im Fünften Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin über die Stadterneuerung mitgeteilt wird, haben die vom Senat eingesetzten Sanierungsträger in den sechs innerstädtischen Sanierungsgebieten bis 1967 etwa 50 ha bebauten Bodens erworben. Bei diesen 50 ha beliefen sich die Entschädigungs-Kosten

auf knapp 100 Mio DM für Boden und Gebäude. In den City-Gebieten Charlottenburg und Schöneberg wurden dabei fast 50% der Grunderwerbskosten von 34 Mio DM für die Ablösung des Eigentums am Boden verausgabt. In Wedding, Kreuzberg und Neukölln war es fast ein Drittel (8).

"Wir sind ja hier auch in der Situation, daß wir schon von 1949 an aufgepaßt und nicht restauriert haben. Wir haben von vornherein darauf geachtet - und wir konnten das über die Finanzierungshilfe, die die Stadt mit Unterstützung der auswärtigen Freunde immer geben mußte-, daß die Grundsätze des Städtebaus und der Stadtplanung eingehalten wurden", so Baudirektor Rolf Schwedler 1962 vor dem Beirat der Bau- und Wohnungswirtschaft in der Deutschen Bau- und Bodenbank AG in seinem Vortrag über "Baupolitische Fragen und die Vorbereitung der Sanierung" (Berlin/Frankfurt 1964, S.10).

Schließlich zur Orientierung der Verwaltung an den Stadterneuerungs-Programmen in den USA: Bereits 1961 waren in den USA insgesamt 126 000 Wohn-Einheiten abgebrochen worden und ungefähr 28 000 neu errichtet (in den USA besteht für die Bau-Industrie nicht die Notwendigkeit, den Wohnungsbau auf Sanierungs-Programme umzustellen). Die mittlere Monatsmiete aller im Jahr 1960 errichteten Wohnbauten betrug 158 Dollar und der von 1962 192, und zwar nicht in Manhattan, sondern außerhalb. Die Daten beziehen sich nur auf das staatliche Stadterneuerungs-Programm (10).

Um die wissenschaftliche Aufbereitung gesellschaftlicher Prozesse nicht ewig auf die Analyse ex post zu verschieben, seien hier zwei zusammenfassende Passagen aus einer Kritik der Stadterneuerungs-Programme der USA übersetzt, die zuerst 1965 in der Zeitschrift Commentary erschien und an zentraler Stelle in den Reader von Jewell Bellush und Murray Hausknecht "Urban Renewal. People, Politics and Planning" (Anchor Books 1967) übernommen wurde:

"Kurz gesagt, muß ein brauchbares Umsiedlungs-Programm neue Wohn-Möglichkeiten beiderseits der City-Grenzen für die Minorität der Aufsteigenden vorsehen und Ermutigung, in ältere Gebiete zu ziehen, für den Rest (der Slumbewohner). Wenn auf diese Weise genug Slumbewohner befähigt und veranlaßt werden könnten, die Slums zu verlassen, dann wird es möglich sein, die verbleibenden Slums abzurechen oder umzubauen. Sind Slum-Gebiete erst einmal weniger dicht besiedelt und werden leere Wohnungen billig angeboten, dann verringert sich ihre Rentabilität und ihre Marktwerte fallen und die Stadt-

erneuerung kann viel schneller und viel billiger stattfinden. Die Umsetzung der Mieter wäre ein geringeres Problem, und bei niedrigen Bodenwerten könnten Neubau und Umbau derart durchgeführt werden, daß sie den Mitteln der geringen Einkommens-Klassen entsprächen, die in der Stadt verbleiben wollten oder mußten."

Trotz der besonderen Problemlage in den USA stimmt vermutlich der Hinweis auf praktische Alternativen, den Herbert J.Gans anschließt, auch in der Situation der Bundesrepublik, in der die Bau-Verwaltungen allererst die Slum-Bildung zugelassen haben, die sie heute als Pfründe für die Bau-Industrie und eine mobilere Art des Haus-Besitzes nach Vorbild des Investment-Geschäfts, aber ohne dessen Risiken, zu erkennen meinen:

"Was arme Leute am meisten brauchen, sind annehmbare Einkommen, geeignete Arbeitsplätze, bessere Schulen und Freiheit von rassistischer oder klassenmäßiger Diskriminierung. In der Tat, gäbe es die Wahl zwischen einem Programm, das nur der Umsiedlung dient, und einem Programm, das die einkommensschwache Bevölkerung in den Slums der Städte für eine weitere Generation beließe, aber für diese Bedürfnisse sorgte, so wäre das letztere vorzuziehen, denn es brächte Menschen hervor, die in der Lage wären, die Slums aufgrund eigener Entscheidungen zu verlassen. Offensichtlich wäre das ideale Programm eines, das die Beseitigung der Slums mit einer Verringerung der Armut koordinierte" (11).

Herbert J.Gans studierte gegen Ende der fünfziger Jahre die sozialen Verhältnisse im West End von Boston, einem Quartier, dessen Totalsanierung 1958 begann (12). Wie Chester Hartmann in einer Studie über die Umsetzung der Bewohner des West End nachwies (13), lebten 41% der West Ender in guten Wohnungen in diesem sogenannten Slum. 73 % wurden in gute Wohnungen umquartiert -teilweise deshalb, weil die West Ender Weiße waren. Die durchschnittliche Miete stieg jedoch von 41 auf 71 Dollar pro Monat nach dem Umzug (14).

Das North End von Boston wurde trotz schlechterer Wohn-Verhältnisse nicht abgebrochen. Die politische Stärke des NorthEnd war soviel höher als die des West End, daß die Stadtverwaltung eine Sanierung gegen den Willen der Bewohner nicht durchsetzen konnte (15).

## D) F O R D E R U N G E N Z U R P O L I T I K D E R S A N I E R U N G

Schon von den ersten staatlichen Sanierungs-Programmen sind in Wedding und in Kreuzberg Gemeinden von der Größe von Mittelstädten (über 20 000 Einwohner) betroffen.

Die sozialdemokratische Bau-Verwaltung Berlins hat angesichts der politischen Restauration des privaten Haus- und Grundeigentums die Chance der Sanierungs-Programme dem privaten Interesse geopfert. Die für die Sanierung bereitgestellten Instrumente der Enteignung und der Aufhebung des Mieterschutzes drohen mit der Auflösung der Wohnungsämter (zum 1. Januar 1969) und mit der allgemeinen Aufhebung von Mieter-Schutz und Mietpreis-Bindung (ab 1. Januar 1970) zu Instrumenten der privaten Sanierung zu werden.

Daraus ergeben sich für eine vernünftige Politik der Sanierung langfristig folgende Forderungen:

- Beibehaltung und Erweiterung des Mieter-Schutzes

(wobei die "Sozialklausel" im Mietrecht der Lücke-Gesetze nicht ausreichend ist, da sie die Interessen von Mietern und Vermietern bloß als gleichberechtigt ansieht, nicht aber den Vorrang schutzwürdiger Interessen vor einer fragwürdigen privaten Verfügungs-Gewalt anerkennt)

- Überführung des gesamten Miet-Aufkommens in einen zentralen Fonds zur Finanzierung des Bau- und Wohnungswesens in West-Berlin, dessen Investitions-Entscheidungen der Kontrolle von Mieter-Räten auf Bezirks- und auf lokaler Ebene (einzelne Wohnblöcke, Straßen, Häuser) unterliegen.

Von der gegenwärtigen Senats-Administration sind folgende Forderungen unverzüglich zu erfüllen:

- Information der Betroffenen über Neubau- und Sanierungspläne, die zur Zeit gelten

- Öffentliche Diskussion mit Vertretern der Senats-Verwaltung für Bau- und Wohnungswesen über Vor- und Nachteile alternativer Sanierungs-Methoden (für das Kreuzberger Sanierungsgebiet wurde ein Planungs-Vorschlag von Prof. March u. a. erarbeitet, der die Erhaltung der Randbebauung einzelner Blöcke vorsah: Alternative von Total-Abriß und Neubau oder Modernisierung).

- Öffentliche Berichterstattung über die Möglichkeiten, Kleingartengelände in städtischem Gebiet für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus zu erwerben (und nicht nur für industrielles Reserve-Land, das vielfach un bebaut bleibt).

## Anmerkungen

- ( 1 ) Stadtbauwelt 18=Bauwelt 25/26 vom 24. Juni 1968(59.Jg.,Berlin)  
"Stadterneuerungsgebiet Wedding/Brunnenstraße", besonders Jürgen Dahlhaus:  
Programm und Plan aus der Sicht der Verwaltung,S.1366; sowie Klaus Schroeder:  
Zur Methode der Sanierung, S. 1370.
- ( 2 ) Karl-Heinz Walper: Eine neue Talsohle um 1970? Stadtsanierung und Stadterneuerung  
als Mittel der Struktur- und Wirtschaftspolitik. Die demokratische Gemeinde,  
Monatsschrift für Kommunalpolitik in Stadt und Land, 2. Jg. 1968, 3, 164 ff,
- ( 3 ) Verbandsdirektor Franz Becker: Zum Fünften Sanierungsbericht; Das Grundeigentum,  
Zeitschrift für die gesamte Grundstücks-, Haus- und Wohnungswirtschaft, Organ  
des Verbandes der Berliner Haus- und Grundbesitzer e.V., Nr. 15=1.Augustheft  
1968, S. 491
- ( 4 ) DIE WELT vom 6. April 1968, S. (?): Direktoren schädigten GEWOBAG um  
Millionen DM sowie andere Zeitungen vom 5./6. April  
BZ vom 4. April 1968, S. 13 Ende der Wohnungsnot in zwei Jahren? BZ fragte  
Makler, Hausbesitzer, den Senat und mehrere Wohnungsgesellschaften
- ( 5 ) Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin; in: Die Berliner  
Wirtschaft, 21.3.1968, S. 301
- (6) ebd.,S.295
- ( 7 ) Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien, Wien 1926, S. 31
- ( 8 ) Stadterneuerung in Berlin. Fünfter Bericht an das Abgeordnetenhaus von Berlin  
(1. Oktober 1966 bis 31. Dezember 1967); Auszug aus den Mitteilungen Nr. 18  
des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, V.Wahlperiode,-ausgegeben  
am 21. Juni 1968, S. 33/34 = Anlage 13/14
- (10) Herbert J.Gans: The Failure of Urban Renewal.A Critique and some Proposals;  
in: Urban Renewal.People, Politics and Planning, ed. by Jewell Bellush and  
Murray Hausknecht, Anchor Books, Garden City, New York 1967, S. 466
- (11) ebd., S. 480
- (12) Herbert J.Gans:The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian  
Americans, Glencoe 1962
- (13) Journal of the American Institute of Planners, Nov.1964; dort auch Literatur-  
Übersicht über Berichte zur Umsetzung
- (14) Murray/Hausknecht: Urban Renewal, S. 467
- (15) vgl. die Zusammenfassung von Heide Berndt: Der Verlust von Urbanität im  
Städtebau; Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft,  
9.Jg.1967,4,263 ff.;zum Thema Cornerville-NorthEnd vgl.Jane Jacobs: Tod  
und Leben großer amerik. Städte,Ullstein Bauwelt Fundamente 4, Frankfurt/  
Berlin 1968,S.13 sowie William F. Whyte: The Slum. On the Evolution of Street  
Corner Society; in: Reflections on Community Studies. hg. v. Arthur J. Vidich  
et al., New York, London, Sydney 1964, S. 3

# B.Z. 1970: Schluß mit der Wohnungsnot

Die größte Zeitung Berlins

Von B.Z.-Redakteur Hans F. Birkenbeul

Berlin ist ein Dorado für Wohnungsuchende. Wer in der alten Reichshauptstadt eine Wohnung sucht, ist ein kleiner König. So denkt man in Westdeutschland. Woher dieses Märchen kommt - keiner weiß es zu sagen. Es sind wohl falsche Schlußfolgerungen, die man aus einigen Fakten zieht: Abwanderungen, Überalterung, gewaltiger sozialer Wohnungsbau mit Großprojekten wie Märkisches Viertel, Gropiusstadt, Falkenhagener Feld.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wer jemals in Berlin nach diesen vier Wänden auf Achse war, gleich ob Zugereister oder Ehebreiterscher, der singt ein anderes Lied. Denn Wohnungssuche in Berlin ist eine Jagd. Schlußraubend, nervtötend.

Machen wir eine einfache Rechnung auf: In Berlin gibt es zur Zeit 953 000 Wohnungen. Für 2,1 Millionen Einwohner. Auf jede Wohnung kommen also knapp über zwei Personen. In Westdeutschland hingegen sind es fast drei Personen. Folglich sieht Berlin besser da. Aber wie so oft: Der Schein trügt!

Wie ist die Berliner Wohnungssituation tatsächlich? Gibt es noch eine Wohnungsnot?

Der Senat: Ja. Die Hausbesitzer: Nein. Der Mieterverein: Ja.

Die Industrie- und Handelskammer spricht in ihrem letzten Jahresbericht von etwa 115 000 Wohnungsuchenden. Sie bezieht sich dabei auf die Kartellen der Wohnungsämter. Stimmen sie?

## Kartellen unzuverlässig

Beim Bauarbeiter ist man skeptisch: Den Kartellen ist nicht zu trauen. Da stehen viele „Leihen“ drin. Doppelte Anmeldungen in verschiedenen Bezirken, vorzügliche Anmeldungen, verschiedene Abmeldungen.

Mit einer Schätzung über die gegenwärtige Zahl der Wohnungsuchenden ist man sehr vorsichtig. Es sollen aber nur noch etwa 20 000 sein!

Gleich zu welchen Zahlen man auch kommt, Tatsache ist: In Berlin gibt es noch Wohnungsnot!

Eine der Hauptursachen dafür: Die Witwen sitzen auf ihren großen Wohnungen. Etwa 90 000 Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte blockieren Wohnungen mit vier oder mehr Zimmern.

## Überhang nicht erkennbar

Geschäftsführer Kruber vom Verband der privaten Wohnungsbaunternehmer in Berlin: „Es gäbe keine Wohnungsnot mehr, wenn die künstlich aufrechterhaltene Zwangswirtschaft beseitigt würde. Denn dadurch wird der Wohnungsüberhang in Berlin nicht erkennbar.“

Gibt es diesen Überhang wirklich?

Sicher, im freifinanzierten Wohnungsbau gibt es ihn bereits. Weil die Mieten so hoch sind. Und bei Eigentumswohnungen und neuen Eigenheimen ebenfalls. Die Nachfrage ist zurückgegangen. Das führte dazu, daß beispielsweise Projekte dieser Art im Grunewald vermietet statt verkauft werden mußten. Und zwar unter Selbstkostenpreis!

Im letzten Wirtschaftsbericht des Senats heißt es: 19 800 zugewanderte Arbeitnehmer wurden seit dem Mauerbau als Wohnungsuchende registriert. Aber nur 16 100 haben eine Wohnung bekommen. Wie lange warten die restlichen 3700 schon?

Gerade das Problem Zuwanderer und Wohnungsmarkt steht

# in Berlin?

In enger Verbindung. Denn: Ohne qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Westen kommt die Berliner Wirtschaft nun einmal nicht aus. Der Arbeitnehmer aber fragt nach Wohnung und Verdienst.

Keine Wohnung oder eine teuere Wohnung - die Abwanderung ist da nur noch eine Frage der Zeit. Man schätzt, daß dies bei etwa 25 Prozent der Grund war. Berlin den Rücken zu kehren.

Direktor Frank von der DeGeWo weiß es anders: „Gerade die kleineren Wohnungstypen sind gefragt. Aber wir kommen jetzt auch zu größeren Typen im steuerbegünstigten Wohnungsbau.“

In der Tat: In der Gropiusstadt und dem Märkischen Viertel entstehen Wohnungen, die in Größe und Ausstattung nichts zu wünschen übriglassen. Und im Preis gerade noch tragbar sind.

**Diese Mieterhöhungen stehen bevor:**

- Ab 1. Juli: 20 Prozent auf die derzeitigen Altbauwohnungen.
- Ab 1. Juli: Kostenmiete für Sozialwohnungen, die bis 1957 gebaut wurden. Mieterhöhungen um 15 bis 20 Pfennig je Quadratmeter sind möglich. Sektoren: Etwa 100 000 Mieter in Berlin.
- Für 1969: 20 beziehungsweise 25 Pfennig je Quadratmeter für alle Sozialwohnungen, die bis 1968 errichtet wurden. Diese Mieterhöhung macht fast 25 Prozent aus.

## Haupt-Buchert ist der Senat

Wohnungsbau in Berlin ist überwiegend eine Sache der öffentlichen Hand. Von 1949 bis Ende 1967 wurden 285 857 öffentlich geförderte Wohnungen gebaut. Hinzu kommen 30 467 freifinanzierte oder steuerbegünstigte Wohnungen. In diesem und im nächsten Jahr rechnet man mit je 18 000 Neubawohnungen.

Und ein anderes Problem taucht immer wieder auf:

Wird nicht am Markt vorbeigebaut? Zu viele kleine Wohnungen?

Viele der rund 300 Immobilienmakler in Berlin bestätigen das. Sie sagen: Es fehlt vor allem an Dreieinhalb- und Vier-einhalb-Zimmer-Wohnungen.

Werden sie gebaut, so haben sie meist nur 70 bis 80 Quadratmeter. Zu klein für eine Familie mit zwei Kindern. Und im freifinanzierten Wohnungsbau so teuer.

Ein Makler: „Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen sind nicht familiengerecht. Hier gibt es bald einen großen Überhang.“

Wie aber steht es mit der Zukunft? Gibt es einen Silberstreifen?

In zwei Jahren wird es in Berlin fast eine Million Wohnungen geben. Nach einer vielzitierten und nicht unbestrittenen Prognose des Instituts für Sozialwissenschaften (INFAS) werden 1970 etwa 957 000 Wohnungen gebraucht. Voraussetzung: ein jährlicher Wanderungsgewinn von 10 000 Personen.

Das würde für 1970 bedeuten: 30 000 bis 40 000 leerstehende Wohnungen.

Der Verband der privaten Wohnungsbau-Unternehmer geht sogar noch weiter:

1970 werden 100 000 Wohnungen leerstehen! Bei etwa gleicher Bevölkerungszahl.

INFAS hält für Berlin eine Leer-Wohnungsreserve von sechs bis sieben Prozent tragbar. Also 60 000 bis 70 000 Wohnungen. Weil die Qualität des Wohnungsangebotes wegen der vielen alten Häuser schlechter ist als in Westdeutschland. Die Gutachter meinen nicht ohne Grund: „Das ist vielleicht die einzige Möglichkeit, um auch eine private Initiative zur Sanierung und Modernisierung der Altbauten anzuregen.“

Dies ist ein Punkt, wo der Vorsitzende des Berliner Mietervereins, Dr. Anger, heftige Kritik übt: „Seit 1955 sind die Altbauwohnungen um 65 Prozent erhöht worden. Damit sollten die Mieter in Ordnung gebracht werden. Aber die Mieterhöhungen wurden eingeleitet. Nichts wurde getan.“

In der Tat: Viele Altbauwohnungen befinden sich in einem erschreckenden Zustand. Es werden dafür zum Teil Mieten verlangt, die dem Vermieter die Schamröte ins Gesicht treiben müßten. Und nicht selten wird versucht, die Modernisierung auf den Mieter abzuwälzen.

Wie steht's mit den Mieten?

Was den Sozialwohnungsbau angeht, so liegt Berlin eher auf einer günstigen Gegenüber anderen Städten (Hamburg (40 bis 4,90 Mark) kostet der Quadratmeter nur 2,30 Mark, mit Aufwandszuschuß sogar nur 2,90 Mark.

Im steuerbegünstigten Wohnungsbau werden den Mietern derzeit vier Mark je Quadratmeter berechnet. Die Steuerbegünstigung von 2,70 Mark je Quadratmeter ist auf fünf Jahre befristet. Dann sollen die Mieten um eine Mark je Quadratmeter erhöht werden.

## Kapitel für sich: Altbau

Aber: Es gibt schon Überlegungen, die Steuerbegünstigung auf acht oder zehn Jahre zu verlängern.

Altbauwohnungen sind ein Kapitel für sich. Normale Altbauwohnungen, wobei der „Komfort“ sich oft nur in einer Toilette darstellt und knarrende und klaffende Dielenböden in dampelmannshausartigen Räumen ein „kaiserliches“ Wohngefühl vermitteln, liegen im Durchschnitt bei 1,20 bis 1,30 Mark je Quadratmeter. Bessere Komfort ist für 1,90 bis 2,50 Mark zu haben.

Solange Berlin „schwarzer Kreis“ ist, wird sich daran nichts ändern. Allerdings: Es gibt jetzt schon Fälle, wo Hausbesitzer versuchen, die Preisschraube anzudrehen. Besonders dann, wenn ein Mieter auszieht.

Geschäftsführer Kruber: „Solange der Markt nicht frei ist, fehlt eben die Konkurrenz.“

## Noch fehlt die Konkurrenz

Für Mieter und Vermieter wird der 1. Januar 1970 ein entscheidender Termin sein. Wenn Berlin „Weiß“ wird.

Gibt es dann einen Raketenstart der Mieten?

Hier ist man sich heute weitgehend einig: Nein!

Eine Mietexplosion ist nicht zu erwarten.

Denn eine wichtige Bremse ist hier die sogenannte „Sozialklausel“ im Mietrecht. Sie gibt dem Mieter größere Sicherheit. Bei ungerechtfertigten Mieterhöhungen müssen die Gerichte entscheiden. Dr. Anger: „Die Hausbesitzer werden sich das genau überlegen.“

Ein freier Markt mit großer Leer-Reserve wird die Preislösche also kaum in den Himmel wachsen lassen.

Wer die bevorstehenden Mieterhöhungen aus der echten Sorge um die davon Betroffenen kritisiert, hat als Nationalsozialist zu bezeichnen.

## Vertrauen für Schwedler

Aus echter Sorge um Renditen empfiehlt BZ den Weißen Kreis - und berichtet am 19.4. aus dem Parlament:

Direktoren schädigten GEWOBAG um Millionen (Titel aus der WELT vom 6.4.68) Kontrollen nahezu vollständig ausgeschaltet

SONDIAAGNOSE  
DIAGNOSE  
DIAGNOSE

# BERLIN

Bevölkerungsabnahme : Ende 1965 : 2 197 300 - 12 000 !  
Ende 1966 : 2 185 300 - 24 000 !  
Ende 1967 : 2 161 300

Zu- und Ab-Wanderung : 1964 : 26 000 mehr Zu- als Ab-Wanderer  
1965 : 10 500 mehr Zu- als Ab-Wanderer  
1966 : 1 500 mehr Zu- als Ab-Wanderer  
1967 : 7 500 mehr Ab- als Zu-Wanderer

Personen über 65 Jahre : Febr. 1968 : 453 279 = 21 %  
Hamburg : = 15 %  
Bundesrepublik : = 12 %

# WAR NOCH NIE

Wie sieht es damit aus in diesem Jahr ?? Und 1970 ?? 1980 ?????  
Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dieser Entwicklung ??????  
Fehlt es an Wohnungen oder an einer Politik mit Zukunftschancen ?

# SO JUNG

Kommt ! Seht ! Diskutiert !

Ausstellung zu den Bauwochen am Ernst-Reuter-Platz

" Diagnose zum Bauen in West-Berlin "



# WO UNS DER SCHUL DRÜCKT

**BERLINER SCHULBAUVORSCHRIFTEN** – BLOCKADE DES PÄDAGOGISCHEN FORTSCHRITTS

**BERLINER SCHULBAUFORSCHUNG** – OHNE EINFLUSS AUF DEN SCHULBAU

**BERLINER KLASSENZIMMER** – FÜR GROSSGRUPPEN ZU KLEIN,  
FÜR KLEINGRUPPEN ZU GROSS

**BERLINER BAUSENAT** – PRODUKTIONSSTÄTTE FUNKTIONSWIDRIGER  
PLANUNGSHILFEN FÜR DEN SCHULBAU

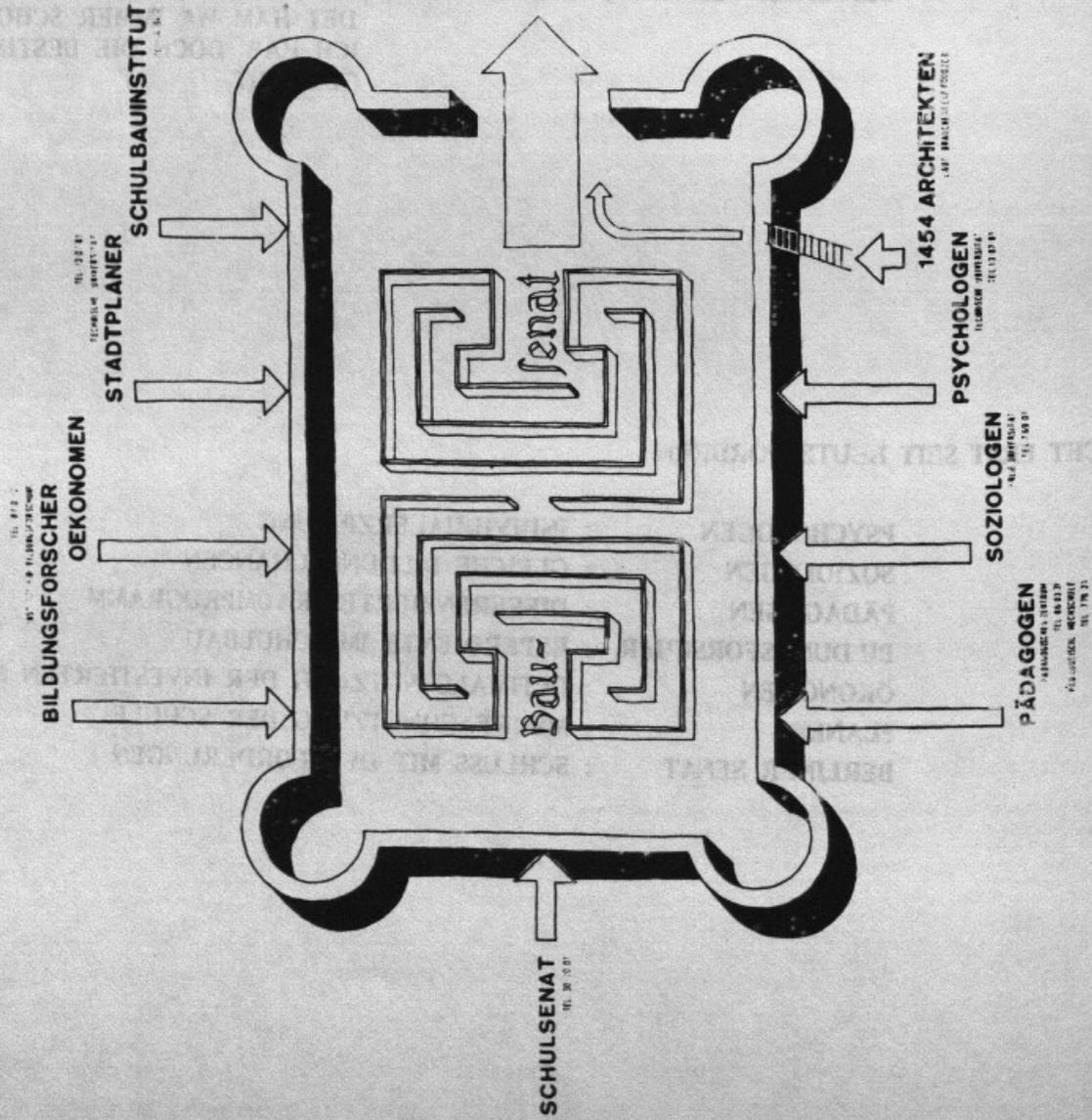
**BERLINER UND BERLINERINNEN** – OHNE EINFLUSS AUF DEN SCHULENTWURF

**BERLINER VERWALTUNGSMONOLOG** – DET HAM WA NOCH NIE SO JEMACHT.  
DET HAM WA IMMER SCHON SO JEMACHT.  
ICH HAB' DOCH DIE BESTIMMUNGEN NICHT  
GEMACHT.

**NICHT ERST SEIT HEUTE FORDEREN**

<b>PSYCHOLOGEN</b>	: INDIVIDUALERZIEHUNG
<b>SOZIOLOGEN</b>	: GLEICHE BILDUNGSSCHANCEN
<b>PÄDAGOGEN</b>	: DIFFERENZIIERTES RAUMPROGRAMM
<b>BILDUNGSFORSCHER</b>	: EXPERIMENTE IM SCHULBAU
<b>ÖKONOMEN</b>	: OPTIMALE NUTZUNG DER INVESTIERTEN MITTEL
<b>PLANER</b>	: MEFRFACHNUTZUNG DER SCHULE
<b>BERLINER SENAT</b>	: SCHLUSS MIT DEN FORDERUNGEN

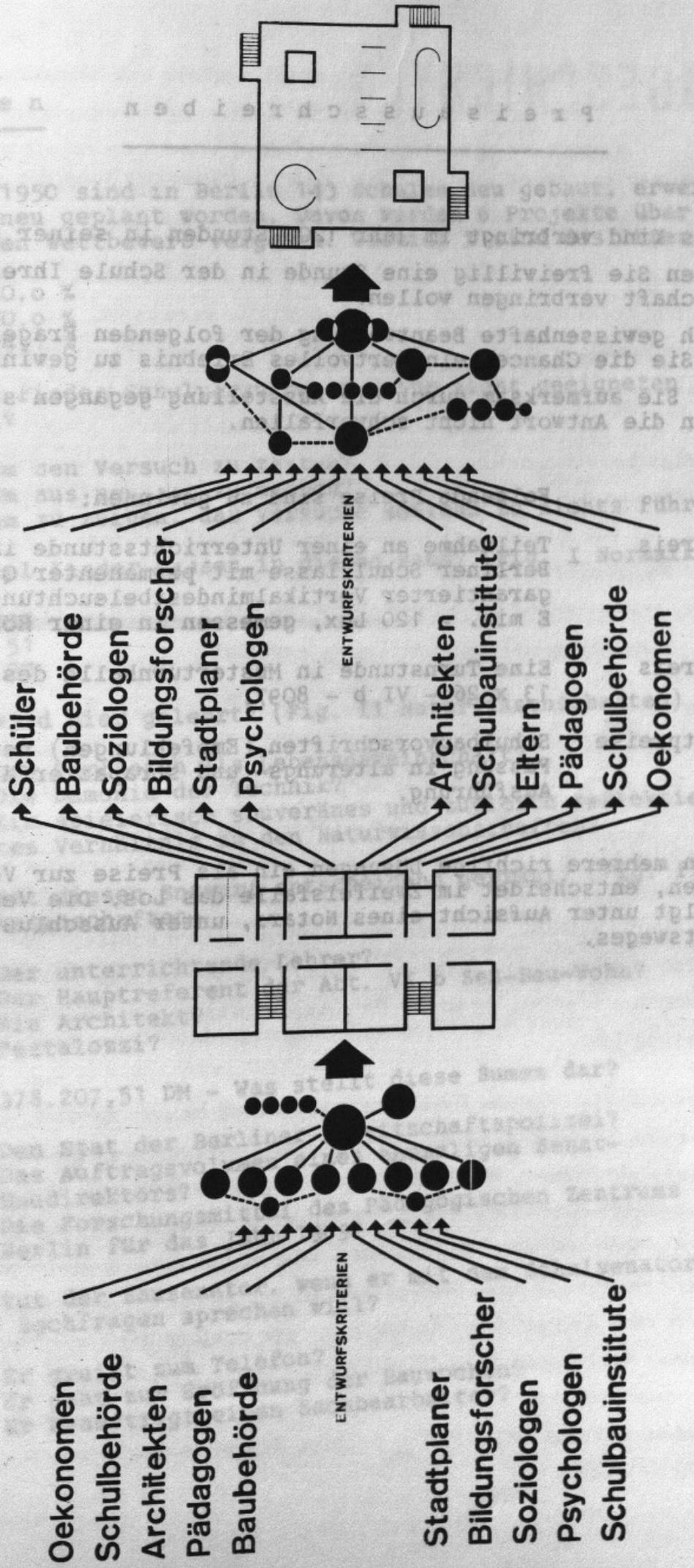
# BERLINER WIRKLICHKEIT - PROVINZIELL



Auch und gerade beim Bauen dürfen wir dem Provinzialismus, den man uns neuerdings so gerne aufreden möchte, keinen Tribut zollen.

Rolf Schwedler, Berlin

# ENTWICKLUNG IN DER PROVINZ - PROGRESSIV



ENTWURFSKRITERIEN

ENTWURFSKRITERIEN

# Preisausschreiben

Jedes Kind verbringt im Jahr 1200 Stunden in seiner Schule. Würden Sie freiwillig eine Stunde in der Schule Ihrer Nachbarschaft verbringen wollen?

Durch gewissenhafte Beantwortung der folgenden Fragen erhalten Sie die Chance, ein wertvolles Erlebnis zu gewinnen.

Wenn Sie aufmerksam durch die Ausstellung gegangen sind, wird Ihnen die Antwort nicht schwerfallen.

Folgende Preise sind zu gewinnen:

- 1. Preis** Teilnahme an einer Unterrichtsstunde in einer Berliner Schulklasse mit permanenter Querlüftung, garantierter Vertikalmindestbeleuchtungsstärke  $E \text{ min.} = 120 \text{ Lux}$ , gemessen in einer Höhe von 1 m.
  - 2. Preis** Eine Turnstunde in Musterturnhalle des Sen-Bau-Wohn. 13 x 26 - VI b - 8097.
- Trostpreise** Schulbauvorschriften (Empfehlungen) neueste Fassung in alterungs- und strapazierfähiger Ausführung.

Gehen mehrere richtige Lösungen ein als Preise zur Verfügung stehen, entscheidet im Zweifelsfalle das Los. Die Verlosung erfolgt unter Aufsicht eines Notars, unter Ausschluß des Rechtsweges.

## Fragen

1. Seit 1950 sind in Berlin 143 Schulen neu gebaut, erweitert oder neu geplant worden. Davon wurden 6 Projekte über einen offenen Wettbewerb vergeben. Wieviel % sind das Ihrer Meinung?
  - a) 80.0 %
  - b) 20.0 %
  - c) 4.1 %
2. Warum finden Schulversuche in dafür nicht geeigneten Räumen statt?
  - a) Um den Versuch zu testen?
  - b) Um aus neuem zu machen?
  - c) Um zu zeigen, daß Versuche sowieso zu nichts führen?
3. Wieviel Kinder passen in diesen Raum? (Fig. I Normalklasse)
  - a) 136
  - b) 51
  - c) 27
4. Was wird hier gelehrt? (Fig. II Naturwissenschaften)
  - a) Der Dorfteich als Lebensgemeinschaft?
  - b) Die Dämonie der Technik?
  - c) Ein spielerisch souveränes und zugleich reflektiertes Verhältnis zu den Naturwissenschaften?
5. Wer hat diesen Entwurf entscheidend geprägt? (Fig. II Naturwissenschaften)
  - a) Der unterrichtende Lehrer?
  - b) Der Hauptreferent der Abt. VI b Sen-Bau-Wohn?
  - c) Ein Architekt?
  - d) Pestalozzi?
6. 657.378.207,51 DM - Was stellt diese Summe dar?
  - a) Den Etat der Berliner Bereitschaftspolizei?
  - b) Das Auftragsvolumen eines ehemaligen Senats-Baudirektors?
  - c) Die Forschungsmittel des Pädagogischen Zentrums Berlin für das Jahr 1969?
7. Was tut der Bausenator, wenn er mit dem Schulsenator über Sachfragen sprechen will?
  - a) Er greift zum Telefon?
  - b) Er geht zur Eröffnung der Bauwochen?
  - c) Er beauftragt einen Sachbearbeiter?

# BAUGESCHICHTEN

Die Berliner lassen es sich gefallen, daß die Bauverwaltung die gewachsene Stadt verunstaltet.

Spandau, der einzige mittelalterliche Stadtkern Westberlins, wurde durch eine Verkehrsschneise von 120 m Breite verwüstet. Der traurige Rest Spandaus wird durch krebsartig wuchernde Warenhäuser allmählich aufgeessen. Die Folge ist ein Verkehrschaos in engen Straßen. Nur durch den totalen Abriß der Altstadt wären genügend Parkplätze bereitzustellen. Selbst in der tiefsten Provinz werden alte Städte von den Verkehrsstraßen umgangen. In Rendsburg (Holstein ca. 50,000 Einwohner) ist man großstädtisch und legt in der Altstadt Fußgängerstraßen an. So wird der historische Stadtkern bewahrt, wie es schon lange in Weltstädten wie Amsterdam (Kalverstraat), Kopenhagen (Östergarde) usw. geschieht.

Von den mittelalterlichen Dorfkernen (Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Tempelhof usw.) werden unsere Kinder kaum noch etwas vorfinden. Der Senatsbauverwaltung taugt eine Dorfaue nur zur Durchgangsstraße. Die mittelalterlichen Landstraßen müssen unserer Stadtplanung als Schnellverkehrsstraßen und Autobahnzubringer erhalten. Eine verbreiterte mittelalterliche Straße ist keine moderne Verkehrsstraße, sondern ein Bastard, gleich schlecht geeignet für Wohnen, Einkauf und Verkehr. Unsere Bauverwaltung befindet sich leider im Irrtum, wenn sie ihre Asphaltwüsten für moderne Stadtplanung hält.

Ohne das mittelalterliche System zu zerstören, hat die Barockzeit ihre Schlösser und Parks angelegt und sie durch repräsentative Alleen verbunden, denen Berlin einen großen Teil seiner großstädtischen Atmosphäre verdankt. Wußten Sie, daß der Kurfürstendamm, die Bismarckstraße, die Otto-Suhr-Allee ursprünglich barocke Alleen waren? Ihre Stadtplaner hielten es für richtig, Ihnen den Blick vom Zoo auf die Charlottenburger Schloßkuppel am "Knie" zuzubauen. Schloß und Park Haselhorst, die ein Erholungsort für die Siemensstädter gewesen wären, mußten einschließlich der Zufahrtsachse vertilgt werden. Um weitere Beispiele wären wir leider nicht verlegen.

Gegen die Großbauten des vorigen Jahrhunderts hat sich eine beispiellose Vernichtungswut gerichtet. Backsteinarchitektur der Schinkelschule findet man zwar in Oslo und Leningrad, aber kaum noch in Berlin. Das Gesicht Berlins wurde von den öffentlichen Gebäuden wie den großen Bahnhöfen, den Markthallen, den Schulen und Krankenhäusern dieses Stils geprägt. Die meisten dieser Gebäude wurden bereits zerstört, und die Säuberungsaktion der Berliner Stadtplanung ist noch nicht abgeschlossen. Die bekannten Wohnhäuser von Muthesius und Messel verkommen und gehen in der vom Senat inszenierten Bodenspekulationswelle unter. Sollten Sie glauben, daß Berlin in Zukunft großstädtischer sein wird als Wanne-Eickel dürften Sie sich einer Täuschung hingeben. Ohne die Vielfalt ihrer Geschichte kann eine Stadt weder urban noch human sein.

In den zwanziger Jahren hat die damals fortschrittliche Sozialpolitik der SPD die sozialistischen Großsiedlungen wie Britz und Onkel-Tom ermöglicht, die international als vorbildlich gelten. Der SPD-Senat sollte die große Tradition seiner eigenen Partei kennen, pflegen und weiterentwickeln, anstatt zuzusehen, wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften diese Siedlungen verunstalten und aus Profitinteresse verwirtschaften. Nicht nur als Einzelarchitekturen, auch im städtebaulichen Zusammenhang gehören diese Siedlungen zu den bedeutendsten Leistungen der modernen Architektur. Der humane städtebauliche Typ von Onkel-Tom ist seither in Deutschland nicht übertroffen, in Berlin nicht einmal erreicht worden, während es im Ausland Weiterentwicklungen gibt: Farsta bei Stockholm, Cumbernauld usw.

In der übrigen Welt gehört z. B. die Siedlung Onkel-Tom zur klassischen Kunstgeschichte. In einer kultivierten Stadt wäre es eine Selbstverständlichkeit, daß diese Baukunst ersten Ranges geschützt wird. Hier jedoch darf die Gehag eine von Bruno Taut sorgfältig rythmisierte und abgeschlossene Wohnzeile mit einem formlosen Anbau ruinieren!

Die Veränderungen der originalen Farbgebung dieser Siedlung, die wir dokumentieren, stellen jene kleinbürgerliche Cremesauce her, die Taut mit seiner farbigen Architektur weggeben wollte.

# WESTBERLINER ALPHABET

A

erster Buchstabe des Alphabets im Zeitalter der Architekturkritik, der Architekturtheorie und des Architekturjournalismus

**Alterspyramide**

in Berlin "Lebensbaum" genannt. Jeder fünfte Berliner ist heute über 65 Jahre alt.

**Bauwochen, Berliner**

**Leistungsschau des Berliner Senats**

Spätestens zu den Bauwochen werden die Berliner jeweils darüber unterrichtet, was in den letzten fünf Jahren geplant worden ist oder sich auch ohne Planung im warmen Regen der Investitionen auf Berliner Böden entwickelt hat.

**BDA Berlin**

Berliner Architekten-Berufsverband, der den Abstand zwischen Senat und Architektenopposition mit Wohlwollen und jungen Mitgliedern füllt

**City-Band**

Millionen-Projekte und -Objekte südlich des Berliner Tiergartens Vom Zoo bis nach Kreuzberg planten wenig, investierten mäßig und bauten viel Fabrikanten, Spekulanten, Architekturfirmer und Baugewerbe für eine City, in der heute über 70.000 m<sup>2</sup> Gewerbeflächen unvermietbar sind.

**Dummheit**

ein wahres Geschenk des Himmels, Ausgangspunkt zum Glück, das Selbstzufriedenheit schafft  
Die Dummheit ist ansteckend, solange der Verstand nicht epidemisch auftritt. Der Dumme fürchtet Wahrheit, Satire und Humor wie das Feuer.

**Ernst-Reuter-Platz**

aus der Vogelschau dem Ostberliner Bersarinplatz zum Verwechseln ähnlich  
Springbrunnen sind in Ost und West gleichermaßen beliebt.

**Flächennutzungsplan**

von allen Berliner Zustandsdarstellungen die unhandlichste

**Funktionalismus**

eine Ideologie, die immer noch Argumente für die Planung liefert

**Generationskonflikt**

allgemein akzeptierte Definition der Auseinandersetzung Jugendlicher mit der Umwelt

**Kaiserdamm**

Das Bezirksamt Charlottenburg beschloß, am 15. Januar 1968 den Adenauerdamm wieder in Kaiserdamm umzubenennen.

Der Berliner Bürger-Verein begrüßte die Rückbenennung: Am Beispiel Kaiserdamm habe sich gezeigt, daß es in einer Demokratie möglich sei, seine Meinung durchzusetzen, wenn man nur gewillt sei, seine Argumente mit Ausdauer, Besonnenheit und Legalität vorzutragen.

## **Mieter**

Endverbraucher der Ergebnisse der Berliner Wohnungsbaupolitik, oft am Ende der Welt, fast immer am Ende seiner Kräfte

## **Millionär**

Einzelne Architekten werden durch öffentliche Aufträge zu Millionären gemacht. Die Chance, daß alle Architekten Millionäre werden, scheint aber gegenwärtig ebenso gering wie die Möglichkeit, daß alle Architekten Revolutionäre werden.

## **Praxis**

ein Schlag gegen die Theorie

## **Sanierung**

unpräziser Begriff für das Abräumen älterer Wohnviertel unter Investitionszwang, gut verwendbar allerdings, da die Illusion genährt wird, es "gesundete" etwas, das wenigstens teilweise erhalten bleibt. Die Kunst des Sanierens ist zugleich die Kunst des Balancierens, da ein zusätzliches Angebot an Wohnungen aus Gründen der Rendite nicht entstehen darf.

## **"Seht Euch diese Typen an"**

Aufforderung des Berliner Senats an alle freischaffenden Berliner Architekten, sich mit den Typenplanungen des Berliner Senats zu beschäftigen. Schultypenentwürfe für Berlin machen eigene Überlegungen des Architekten fast ganz überflüssig, selbst wenn er einen Wettbewerb auf diesem Gebiet gewonnen haben sollte.

## **Studentenheim**

neuartige Bezeichnung für auf dem Wohnungsmarkt frei vermietbare, aber nicht ebenso frei finanzierte Apartmenthäuser

## **Theaterbau**

wesentliches Anliegen eines in Berlin neugegründeten Instituts  
Von der Einrichtung eines Instituts für Friedhofsplanung ist bisher nichts bekannt.

## **Umsetzung**

gern verwendeter Begriff für die innerstädtische Umsiedlung von 140.000 Berlinern, die am neuen Wohnort meist vergeblich nach Friseur und Zahnarzt Ausschau halten

## **Verkehrsplanung**

An der Technischen Universität Berlin beschäftigt sich gegenwärtig ein Professorenteam mit Entwürfen für eine FS-Bahn (Fern-Stadt-Bahn), die später einmal die City Berlins mit dem Umland verbinden soll. (Brandenburg beispielsweise wäre dann in etwa 20 Minuten zu erreichen.) (Bericht des Tagesspiegels vom 6.12.1964)

## **Wettbewerbe**

In 10 Jahren schrieb der Berliner Senat nur 19 öffentliche Wettbewerbe aus. Daran durften sich aber alle 2.000 Berliner Architekten beteiligen.

## **Zeichner**

Von 730 Zeichnern, die zu zwei Dritteln im Berliner Wedding Anteile zwischen 1.000 DM und 10.000 DM investierten, waren gut zwei Drittel Angestellte, selbständig Tätige und Beamte. Nur 9% waren Arbeiter, ein Anteil, der bei der weiteren Sanierung des Weddings nicht höher werden dürfte.

3

Nieder mit der

Nieder

Nieder

# PLANER-FLUGSCHRIFT

Arbeitspapiere zur Umstrukturierung der Arch.-Fak

Ad hoc Gruppe Hochschuldidaktik

Technische Kräfte

Nieder mit der

Ordinarien der Klassenuniversität

zu den DIAGNOSEN & 9.-20.9.68

Kritische Ausstellung der Architekten und Studenten

Zwei Berufsbilder des Architekten stehen sich heute gegenüber. Der kleingewerbetreibende Künstlerarchitekt mit generalistischem Anspruch, dessen Arbeitsfeld jedoch immermehr auf Einfamilienhäuser und Kultbauten zurückgedrängt wird, und der Technokrat, der durch Anpassung an die monopolistische Entwicklung der Bauwirtschaft immer größere Bedeutung gewinnt.

### Geniale Architektur des "Künstlerarchitekten"

Selbstüberheblich in seinem Selbstverständnis, Interpret der Gesellschaft zu sein, erweist sich der generalistische "Künstlerarchitekt" als hilflos und überfordert, wenn es gilt, gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Der ganzheitliche Anspruch, richtig, indem er alle für den Planungsprozeß relevanten Aspekte zu integrieren sucht, wird pervertiert, indem die sozialwissenschaftlichen Momente nur bildungsbürgerliche Komponenten ohne praktische Auswirkung bleiben (1 Semester Soziologie in der Unterstufe). Die Bedeutung der Wissenschaften wie Soziologie, Psychologie, Ökonomie wird erkannt, doch wird die Mitarbeit für überflüssig gehalten: Der Generalist meint, alle gesellschaftlichen Bezüge in sich zu vereinigen. Traditionelle, intuitive Entwurfsmethoden und assoziative Denkweise führen zu einer Schöpfung "aus dem hohlen Bauch" (Düttmann). Kenntnisse der Konstrukteure und Bautechniker - durch den Herrschaftsanspruch des Architekten zu Hilfswissenschaftlern degradiert - werden nur noch nach der Realisierbarkeit des Werkes abgefragt, während der Architekt allein die Entscheidungshegung behält.

Die intuitiv-assoziative Entwurfpraxis, Ausdruck des künstlerischen Selbstverständnisses des Architekten, wird noch im Frühkapitalismus den Aufgaben gerecht. (Repräsentation ökonomischer Potenz der bürgerlichen Bauherren. Die Zugehörigkeit von Bauherr, Bewohner und Architekt zur selben Klasse machte eine Erforschung der Wohnbedürfnisse nicht erforderlich, da ihre Bedürfnisse übereinstimmten). Mit wachsender Macht der Arbeiterorganisationen beginnen einzelne Unternehmer in einer Art Integrationsstrategie (heute "soziale Partnerschaft"), "soziale" Wohnsiedlungen zu bauen. Mit der Dissoziation von Bauherr und Bewohner wurde der Architekt verantwortlich für Entscheidungen, die die Lebensweise anderer beeinflussen, ohne daß er die Lebensweise kennt, noch

deren Veränderung als Folge seiner Entscheidung klar beurteilen kann.

Seine Hilflosigkeit gegenüber diesen neuen Problemen kompensiert er mit einem ästhetischen Kurzschuß: die Zufriedenheit der Bewohner folge aus der künstlerischen Vollkommenheit architektonischer Werke. Die Harmonisierung gesellschaftlicher Widersprüche durch Ästhetik wird zum ideologischen Kitt einer widersprüchlichen Gesellschaft. Ästhetik pervertiert zum Surrogat der Bedürfnisbefriedigung. Der Omnipotenzanspruch des Architekten, Bedürfnisse der von seinen Entwürfen Betroffenen von sich aus festlegen zu können, führt zu nicht mehr bedürfnisgerechter Planung. Die herrschenden Interessen, vermittelt über die Vorstellung des Architekten, werden zu "allgemein menschlichen" Bedürfnissen verklärt. Darum auch wird eine Abweichung der Folgen planerischen Handelns von den Zielen nicht angenommen. Der Verzicht auf Bedürfniserforschung paßt sich ein in ein profitorientiertes Wirtschaftssystem, das sich über die Präformierung von Bedürfnissen zu erhalten versucht. In der Interessenabhängigkeit des Architekten vom Bauherrn entpuppt sich das als Selbstzweck konzipierte Werk als marktgerechte Ware, die den Profiterwartungen der Kapitalgeber gerecht wird. In der allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte erweisen sich die anachronistischen Planungs- und Herstellungsverhältnisse auf dem Bauproduktmarkt als nicht mehr rentabel und der "Künstlerarchitekt" als überholt.

#### Utilitaristische, tendenziell technokratische Architektur

Die fortschreitende Reduktion der Kompetenzen des Architekten innerhalb des Planungsablaufs - zunächst nur in der wachsenden Bedeutung der technischen Hilfswissenschaften (Statiker, Konstrukteure, Baubetriebe) gespiegelt - erreicht auf der Stufe der heute fortgeschrittensten Tendenzen eine neue Qualität: Die technischen Hilfswissenschaften mausern sich zum zwar nachgeordneten, aber doch eigenständigen Spezialistentum - ein Vorgang, der erlaubt, diese Tendenzen in Beziehung zu bringen mit der allgemein fortschreitenden Spezialisierung und zugleich ermöglicht, die sich erst entfaltende Tendenz unkritisch als "Rationalisierung" zu erklären, innerhalb derer auch der Planer nur mehr ein Spezialist sei, wenn auch "Spezialist für Koordination".

Die objektiven Bedingungsfaktoren dieser neuen Stufe von Arbeitsteilung sind einmal zu sehen:

- in der nun doch einsetzenden Mechanisierung, Kapitalintensivierung und Konzentration der Bauindustrie - verschärft durch die sich abzeichnende Konkurrenz jüngerer, technologisch fortgeschrittener Industrien;
- zum anderen in der zunehmenden Vergesellschaftung der Lebensbereiche, die sich niederschlägt in der Komplizierung und Vergrößerung der Planungsaufgabe, und der wachsenden Bedeutung quasi -, monopolistischer Bauträger-Gesellschaften.

Die Spezialisierung führt zu einer bürokratischen Kompetenzverteilung ähnlicher Organisationen. Jeweils "fertige Werke" von Spezialisten werden aufeinanderfolgend addiert (Vergl. Professorenbeitrag zum Berufsbild 'Architektur und Stadtbild'. ) Die funktionale Stellung der einzelnen Spezialisten weist das Schema einer vertikalen Arbeitsteilung auf, die nicht auf Aspekte des Planungsprozesses bezogen, sondern zugeschnitten ist auf eine lineardeterminierte Folge streng gesonderter Phasen der Planungsarbeiten. Auf jeder Stufe formuliert der jeweilige Spezialist einen Komplex von Feststellungen, der die nächste Stufe bindet. Der Entscheidungsspielraum verringert sich dabei von Stufe zu Stufe. Rückkopplung zwischen den einzelnen Phasen werden praktisch verunmöglicht.

Da aber in der jeweils früheren Planungsphase alle folgenden mitbedacht werden müssen, umgekehrt aber die Ergebnisse der früheren nicht mehr in Frage gestellt werden, und andererseits die "Ermittlung der Planungsgrundlagen" als reine Zulieferung statistisch-empirischen Materials verstanden wird, konzentrieren sich alle Informationen beim Planer, der so nach wie vor als Generalist fungiert.

Die suggerierte formale Gleichstellung der Spezialisten entpuppt sich als ideologisch: die "Kooperation" der Spezialisten verläuft durchaus einseitig: sie meint nicht Zusammenarbeit, sondern Subordination - nicht unter Personen, sondern unter angebliche "Sachzwänge".

Was beim "Künstlerarchitekt" (wenn auch bei vorgegebener Aufgabe auf's ästhetische Moment beschränkt) qua intuition noch möglich war, nämlich die Einführung neuer Aspekte, neuer exogener Faktoren an beliebigen Prozeßpunkten der Entwurfsarbeit, die die Zielsetzungen (wenn auch nur die ästhetischen) wandeln oder gar neu bestimmen

konnten, weicht auf der Stufe utilitaristischer, tendenziell technokratischer Planung der technischen Determinierung. Der die "harmonische Einheit" des "Werks" intendierende Entwurfsprozeß wird ersetzt durch einen auf Güterproduktion ausgerichteten durchfunktionalisierten Planungsprozeß.

Die O p e r a t i o n a l i s i e r u n g der Planungsaufgabe in ihrer technischen Dimension, die Eindimensionalität ihrer Zielsetzung: technischer Optimierung, führt zur Ausstoßung der konkreten Inhalte der Planungsaufgabe. Die totalität des Lebenszusammenhangs, indem sich je vielfältige und differenzierte Bedürfnisse an den je historischen und bewußt gewordenen Chancen ihre Befriedigung entwickeln, wird verkürzt, wenn nurmehr die Angemessenheit von technischen Mitteln an Zwecke, die ihrerseits von den Mitteln bestimmt werden, intendiert wird. Die vorgebliche "Wertneutralität" flexibler "Systeme" ist die Neutralität, d.h. Desinteressiertheit gegenüber der Entfaltung der Bedürfnisse.

Die Analogie derartiger eindimensionaler "Rationalisierung" und der ihr entsprechenden phasenbezogenen Spezialisierung zu betriebswirtschaftlichen Modellen ist dann auch nicht zufällig: Die genannten Bedingungsfaktoren der Entwicklung utilitaristischer Planung (Industrialisierung der Bauindustrie und Monopolisierung der Baugesellschaften) bestimmen zugleich ihren Zweck: V e r w e r t u n g im Profitinteresse quasi-monopolistischer Industrien, die tendenziell auf bislang durch die Rückständigkeit der Bauindustrie verunmöglichte Einbeziehung der Bauprodukte in den Konsumtionsprozeß auf spätkapitalistischem Niveau (vergl. etwa alle zwei Jahre ein neues Automobilmodell) hinzielen. Die Utopie technisch und modisch rasch verschleissender Kunststoff-Raumzellen in Stahl-Raumtragwerken als neueste Möglichkeit, profifbringend Kapital zu vernichten, wurde schon in vielen Varianten ausgemalt.

Das subordinationsprinzip utilitaristisch-phasenbezogener Arbeitsorganisation unter Spezialisten zielt jedoch an der von der Aufgabe her bestimmten Verschränkung spezialistischer Aspekte vorbei: kann doch der Planer die von ihm verlangte Aufgabe als "Spezialist für Koordination" nicht leisten ohne präzise Kenntnis all dessen, was er da koordiniert; und ist er jedoch einerseits weder in der Lage, die von den Sozialwissenschaftlern u. a. gelieferten Input selbstständig zu verarbeiten, noch können diese die Verarbeitung ihrer Aspekte im Verlauf der Planung ständig verfolgen, und gegebenenfalls neue Aspekte einbringen; anderer-

seits aber ist die Rolle der Spezialisten der technisch-organisatorischen Durchführung nicht auf nachgeordnete Funktionen zu beschränken. Sollen nicht die objektiven Möglichkeiten der Lösung von Planungsaufgaben auf das Maß einer irrationalen Funktions-Hierarchie der Arbeitsorganisation zugerichtet werden, sondern umgekehrt die Arbeitsorganisation an die Struktur der Planungsaufgabe angepaßt werden, dann erzwingt dies einerseits die Überwindung individueller Ansprüche auf ganzheitliche Betrachtung - unter Festhalten an der Ganzheitlichkeit der Problemstellung, der Integration aller relevanten Aspekte für den Planungsprozeß andererseits die Überwindung zu Borniertheit tendierender Spezialisierung in determinierten Arbeitsprozessen - unter Festhalten an der (aufgrund des fortgeschrittenen Stands der Produktivkräfte) gesellschaftlich notwendigen Arbeitsteilung.

Die bewußte Aufhebung historisch überholter, sich letztlich als disfunktionaler Henschafszusammenhang entlarvende Arbeitsverhältnisse, führt notwendig zu einer Organisation von Wissenschaft und Ausbildung, bei der aspektbezogene Arbeitsteilung und problembezogene Kooperation in dialektischem Spannungsverhältnis zueinander stehen und sich in diesem Verhältnis entfalten.

## Notwendigkeit einer theoretisch-methodischen Ausbildung

1.

Auf der Stufe von Arbeitsteilung und Kooperation, auf der die Einzelwissenschaftler nicht mehr nur über eine anonyme Fachöffentlichkeit kommunizieren können, sondern permanent persönlich zusammenarbeiten müssen, um komplexe Probleme in Forschung und Entwicklung zu bearbeiten, gewinnt theoretische und methodische Arbeit hervorragende Bedeutung, einmal weil die verschiedenen Einzelwissenschaften nur auf der Grundlage konsistenter Theorien und entwickelter Methodik so intensiv wie nötig kommunizieren können, zum anderen, weil die Divergenz der Methoden und Denkweisen, die bis auf die Grundlage der Einzelwissenschaften zurückgehen, und die durch unterschiedliche gesellschaftliche Praxisbezüge verschärft werden, nur durch systematische wissenschaftstheoretische Methodenkritik überwunden werden kann.

2.

Durch die wachsende Bedeutung von Wissen als Produktions- und Wachstumsfaktor - sowohl in der Form von Forschungsergebnissen als auch in der von Qualifikationen - wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt mit dem wirtschaftlichen Wachstum kurzgeschlossen. Dem ökonomischen Verschleiß der Produktionsmittel durch rasch aufeinanderfolgende Reinvestitionen entspricht der Verschleiß der Qualifikationen, d.h. der Entwertung von Wissen durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als Begleiterscheinung des ökonomischen Wachstums. Dabei können Innovationen auf einem Sektor qualitativen Wandel der Arbeit und der Qualifikationsstruktur in weiten Bereichen nach sich ziehen oder erforderlich machen, auch in solchen, die mit dem Anstoß zum Wandel kaum etwas zu tun haben. (Z.B. Stadtplanung und elektronische Datenverarbeitung).

Solcher Qualifikationsverschleiß konkreten Wissens kann dabei nicht mehr als Erweiterung, sondern nurmehr als Substitutionsprozeß beschrieben werden, der zum Ausscheiden von Qualifikationen aus dem Produktionsprozeß führen kann. Nur durch permanente Lernprozesse auch während der Berufszeit, die die Trennung von Ausbildung und

Berufsausübung tendenziell aufheben, ist ein Qualifikationsverlust zu vermeiden. Dies würde jedoch eine Ausbildung voraussetzen, die zu solchen permanenten Lernprozessen erst befähigt.

In dem Maße, wie der wissenschaftlich-technische Fortschritt kurzgeschlossen wird mit der ökonomischen Entwicklung erhält die Ausbildung den Charakter einer Investition und gerät damit in den Bannkreis wirtschaftlicher Kalkulation.

#### Exkurs:

Die privat getragenen Kosten der Ausbildung verzinsen sich mit etwa 11 %, was ungefähr dem Kapitalertrag von industriellen Investitionen entspricht. Nach 10 Jahren Berufstätigkeit sind die Kosten noch immer nicht hereingeholt. Andererseits ist die Steigerung des "Volkseinkommens", die aufgrund hoher wissenschaftlicher Qualifikationen erreicht wird, sehr hoch. Die soziale Produktivität der Hochschulausbildung (USA) ist etwa doppelt so hoch wie die privatwirtschaftliche Rentabilität. Von diesem Widerspruch von privat aufgebrachten Kosten gesellschaftlich notwendiger Arbeit (Ausbildung) und ihrer hohen gesellschaftlichen Rendite leitet sich die Forderung nach gesellschaftlichem Aufbringen der Studienkosten her (Studiengelt).

Einerseits wirken sich Investitionen in die Qualifikationsstruktur sehr langfristig aus und bestimmen den Entscheidungsspielraum künftiger Politik, also das, was künftig gewollt werden kann. (Das Bewußtsein dieser Langfristigkeit ist in Deutschland besonders unterentwickelt, obwohl die von Kapitalinteressen bestimmten Prioritäten in Forschung und Ausbildung die Disparitäten der wissenschaftlichen Entwicklung verschärfen müssen!) Andererseits aber sind angesichts alternativer Zukünfte, der Unsicherheiten durch wissenschaftlich-technische Innovationen, politische Wechselfälle usw. unter kapitalistischen Bedingungen langfristige Bedarfsprognosen unmöglich. Da also die konkreten Inhalte (Faktenwissen, Techniken usw.), die im Gegensatz zu theoretisch-methodischen Kenntnissen dem rasantesten Verschleiß ausgesetzt sind, in einem langfristigen Sinne nicht definiert werden können, kann die Vermittlung solchen Wissens nicht mehr selbst Zweck der Ausbildung sein.

Der wissenschaftlich-technologische Fortschritt erfordert daher nicht die Aneignung technischer Verfahren, sondern die **A n e i g n u n g** des **A n e i g n e n s** und des Produzierens neuer technischer und strategischer Verfahren, nicht also unmittelbar verwertbares Faktenwissen und Rezepte sind zu erlernen, sondern das **s e l b s t ä n d i g e** Weiterentwickeln der Kenntnisse, mit dem Ziel, den eigenen Tätigkeits- und Wissensbereich in seiner Verschränkung mit anderen Bereichen begrifflich und praktisch zu beherrschen.

Soll nicht Borniertheit zum Prinzip wissenschaftlicher Ausbildung erhoben werden, dann sind Intentionen, Inhalte und Methoden der Ausbildung auf diejenigen Strukturmomente von Wissen zu konzentrieren, die am langsamsten verschleifen. Da aber nach lernpsychologischen Erkenntnissen die theoretisch-innovatorische Erkenntnisfähigkeit im Alter von ca. 20-30 Jahren am höchsten ist, und danach rasch absinkt, andererseits aber permanente Lernprozesse auch während der Berufszeit erforderlich sind, kann eine langfristig orientierte Ausbildung nur in der Form einer vielseitig theoretischen, methodischen und methodenkritischen Ausbildung konzipiert werden, die zur selbstständigen Bewältigung von Innovationen und Entwicklung einer innovatorischen Praxis späterhin befähigt, sowohl aufgrund eines entsprechenden Kenntnisniveaus, als auch aufgrund "offener", kritischer Bewußtseinslagen.

#### Exkurs:

Im Falle der Architektur erfährt die Bedrohung durch den Qualifikationsverschleiß zusätzlicher Schärfe: Solange nämlich berufliche Praxis der Lehrenden als Totalersatz für Forschung gilt, ist von dieser Seite keine Überwindung der handwerklich-intuitiven Entwurfsmethoden und der sie verklärenden kooperationsfeindlichen Ideologie frühbürgerlich-klein-gewerbetreibender "Künstlerarchitekten" zu erwarten. Selbst tendenziell Opfer des Qualifikationsverschleißes klammern sie sich an ihren Positionen fest und vermauern die Möglichkeit des Übergangs zu wissenschaftlichen Planungsmethoden.

Angesichts dieser sich vom Stand der Entwicklung der Produktivkräfte herleitenden Erfordernisse an die Ausbildung gerät eine am ökonomischen Bedarf und an der Erhaltung bestehender Formen der Arbeitsteilung und Machtverteilung orientierte Bildungspolitik in ein dreifaches Dilemma:

- Widerspruch zwischen Art und Niveau einer Ausbildung, wie sie die Entwicklung der Produktivkräfte erfordert und einer Form von Ausbildung, die die hierarchische Struktur der Betriebe, Schulen, Büros garantiert.
- Widerspruch zwischen langfristigen Wirkungen von Ausbildung bei Unmöglichkeit langfristiger Bedarfsprognosen und im Interesse an einer kurzfristig verwertbaren, "funktionalen" Ausbildung, die jedoch bereits den Keim künftiger Wachstumskrisen legen würde.
- Widerspruch zwischen Notwendigkeit, die Rekrutierung der Studenten auf die unteren Schichten auszudehnen und der dadurch möglich werdenden Emanzipation weiterer Schichten, die die bestehende Arbeitsteilung und Machtverteilung tendenziell in Frage stellen könnten.

Die Bemühungen, diese Widersprüche im Sinne der herrschenden Interessen zu lösen, sind zahlreich (Wissenschaftsratsempfehlungen, Dahrendorf-Plan, Plan Fouchét). Kernidee dieser Konzeptionen ist die Spaltung in "Kurz- und Langstudium". Die überwiegende Mehrheit aller in Fach- und Hochschulen auszubildenden Studenten erhält eine verkürzte, utilitaristisch auf die Interessen der Industrie ausgerichtete Ausbildung zu sozial anpassungsfähigen Spezialisten, die kompetent, aber borniert, aktiv aber fügsam - sich sowohl in die bestehende Aufgaben- und Machtverteilung schicken, als auch den künftigen Verlust ihrer Qualifikation individuell tragen und mangelnden Bewußtsein ihre Bedingungen als persönliches Versagen oder Schicksal nicht verstehen werden.

Studenten aus denjenigen Schichten, die erst heute die Chance einer höheren Bildung erhalten, werden als soziale Aufsteiger bei einer verkürzt konzipierten Ausbildung besonders beflissen den Rollenwechsel zum Objekt, zum Werkzeug der Herrschaft, anstreben.

Andererseits bleibt das wissenschaftliche Langstudium im wesentlichen den Schichten reserviert, die eh schon das Bildungsprivileg besaßen, was nicht heißt, daß deren Ausbildung nicht ebenfalls den Interessen der Industrie untergeordnet würden, jedoch in einem langfristigen Sinne. Auf diese Weise wird die Gefahr vermieden, die ein durchgängig auf kurzfristige Verwertung orientiertes Ausbildungssystem für das in den Qualifikationen und Forschungsergebnissen angelegte ökonomische Wachstumspotential bedeuten würde.

### Notwendigkeit eines selbstverantwortlichen Studiums

Dem kleingewerbetreibenden "freien" Architekten entspricht eine den Herrschaftsinteressen konforme marktorientierte Ausbildung. Sie bedarf zur notwendigen Sicherstellung der für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Qualifikationsstruktur und des dafür notwendigen Qualifikationsniveaus der Unterwerfung unter ein thematisches Ausbildungsdiktat (Pflichtfächer, Bestimmung der Menge der Wahlfächer) und der Konstruktion einer Wettbewerbssituation (Prüfungen).

In der entwickelten technokratischen Ausbildung muß die autoritäre Ausbildungsstruktur relativiert werden, denn der quasi-monopolistische Markt sowie das entsprechende Planungsideal verlangt die Kooperation von Experten. Äußere Steuerung des Lernprozesses durch Unterwerfung kann teilweise ersetzt werden durch innere Steuerung: persönliche Lernmotivation (geringere Einschränkung in der Wahl von Studienkursen). Diese aber muß kontrolliert werden durch die gegenseitige Abgrenzung der Autoritätsbereiche der Ordinarien, die als entwickelte Art des Wettbewerbs dazu dient, sich unentbehrlich zu machen - wissenschaftstheoretisch, durch die Isolierung der Disziplinen zur Aufrechterhaltung der Widerspruchsfreiheit einer nicht auf gesellschaftliche Praxis gerichteten theoretischen Arbeit.

Eine Ausbildung, die auf die Befreiung der Wissenschaft von Herrschaftsinteressen abzielt, auf eine wissenschaftliche Produktion, die der Gesellschaft insgesamt verantwortlich ist, muß sich zunächst von der äußeren Steuerung des Lernprozesses befreien: dem thematischen Diktat und der Wettbewerbssituation im Studium. Das unabhängig von den unterschiedlichen Erkenntnisinteressen der Studenten aufgestellte Ausbildungsdiktat dämpft das persönliche Studieninteresse und führt schließlich zu einer Dienstleistungsorientierung: der Student erwartet, daß ihm der notwendige Ausbildungsstoff vorgesetzt werde (Beispiel: Vorlesung als reine Rezeption). Gleichzeitig erscheint das Studium als rein funktional, lediglich als ein Mittel zur Erreichung eines anerkannten Status. Dieses aller didaktischen Erfahrung widersprechende Vorgehen erfordert seinerseits die Wettbewerbssituation zur Erzwingung der notwendigen Leistung. Diese führt zur Isolation der Studenten voneinander, zu Einzelarbeit, denn der Kommilitone ist als

Konkurrent gleichzeitig potentieller Versager, mit dem man sich am besten nicht zu weit einläßt. Die Wettbewerbssituation führt zu Einzelarbeit desto mehr, als - im Falle des kleingewerbetreibenden Architekten - Qualität als Mittel, sich im Wettbewerb hervorzutun, ersetzt werden muß durch Individualismus. Im Falle des Technokraten führt die Wettbewerbssituation zu einer sich immer weiter sich verzweigenden Spezialisierung als der einzigen Möglichkeit, dem entwickelten Wettbewerb gewachsen zu sein und als dem einzigen Weg zu wissenschaftlicher Innovation. Die äußere autoritäre Steuerung des Lernprozesses führt zur Verinnerlichung ihrer Struktur; sie kann aber angesichts des offensichtlichen Desinteresses der Herrschaft an der Lösung gesellschaftlicher Probleme und einer nicht problemorientierten Ausbildung zur Emanzipation des Bewußtseins der Studenten führen, zur Erkenntnis des Widerspruchs zwischen Studium und Erkenntnisinteresse.

Anzusetzen ist beim persönlichen Interesse als Lernmotivation. Man weiß aus der Organisationsforschung, daß steigende Kontrollbefugnis bei gleichbleibenden Rang in der Organisationshierarchie das Interesse an den Zielen der Organisation und die Aktivität steigert, während fallende Kontrollbefugnis zu stärkerer Dienstleistungsorientierung führt. Erweiterte Selbstplanung des Studiums bewirkt in einem:

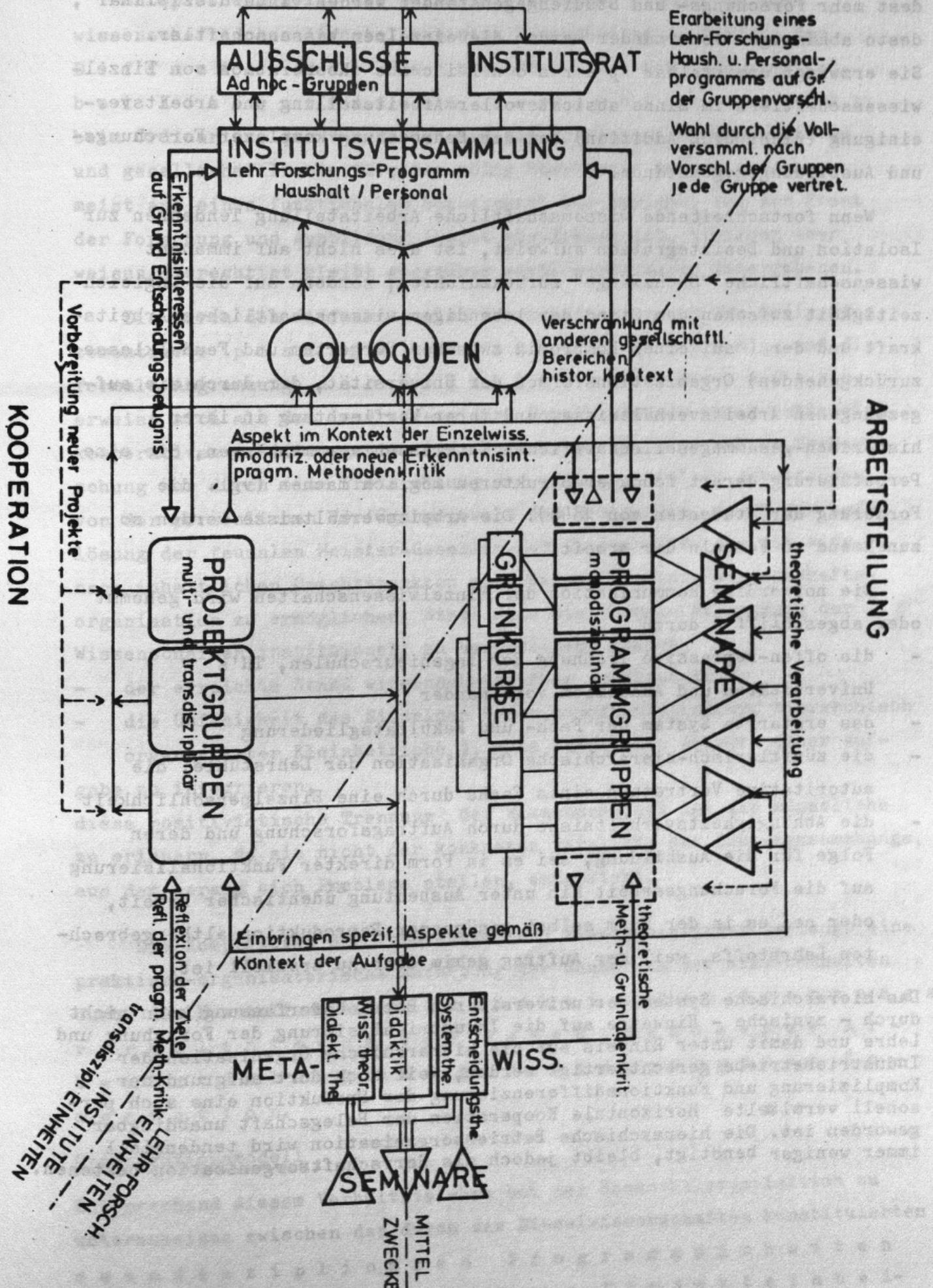
- Aufrechterhaltung oder Steigerung der Lerneffektivität aufgrund der Konvergenz von Erkenntnisinteresse und Studieninhalt sowie aufgrund des synergetischen Effekts der Zusammenarbeit (Gruppenstudium)
- Befreiung von autoritären Bewußtseinsstrukturen und falschen Herrschaftskonformen Studieninteressen, und über das praxisorientierte Erkenntnisinteresse eine Zuwendung zu gesellschaftlichen Problemen.

Soll aber die persönliche Lernmotivation treibende Produktivkraft sein, so verbietet sich eine allgemeinverbindliche Studienplanung infolge der unterschiedlichen Motivationslagen bei den Studenten und infolge der unterschiedlichen Entwicklung durch die im Studium - besonders infolge Zusammenarbeit - auftauchenden Aspekte und spontan sich entwickelnde Interessen.

Individuelle Studienplanung ist auch erforderlich zur Erhöhung der Anpaßbarkeit der Studienplanung insgesamt gemäß der allgemeinen wissenschaftlichen Entwicklung: Die zunehmende Geschwindigkeit der wissenschaftlichen Entwicklung einerseits und die zunehmende Bürokratisierung andererseits führen dazu, daß eine allgemein verbindliche Studienplanung immer mehr hinter der Entwicklung einherhinkt. Es ist heute schon zu beobachten, daß die Anregungen zu Studienplanreformen zwar von Studenten ausgehen, daß aber eben diese Studenten nicht mehr in den Genuß der von ihnen vorgeschlagenen Reformen gelangen. Die Studiensebstplanung würde den umständlichen Weg der allgemein verbindlichen Studienplanung kurzschließen (Selbstregelung).

Das selbstverantwortliche Studium ist von der gegenwärtigen Situation aus zu erreichen durch einen allmählichen Übergang im Lauf der Ausbildung und im Lauf der gesellschaftlich-historischen Entwicklung: gemäß der Selbstbefreiung der Studenten von verinnerlichten autoritären Strukturen aus Elternhaus, Schule und Universität. Es sei aber vor dem gedanklichen Kurzschluß gewarnt, die heute erscheinenden Studieninteressen als die objektiven Interessen zu interpretieren und vor der Folgerung, die Studenten seien zu größerer Verantwortungsübernahme im Studium nicht in der Lage. Sicherlich müssen die objektiven Interessen allmählich aus dem Unterbewußtsein befreit werden, aber dies hat zur Voraussetzung - und nicht etwa zur Folge - die tatsächliche Übernahme der Verantwortung und die Sicherstellung aller Randbedingungen für die vollständige Durchführung eines selbstverantwortlichen Studiums: Wahlfreiheit (bezieht sich nicht lediglich auf Wahlfächer); Möglichkeit thematisch unterschiedlicher Studienabschlüsse; Erweiterung und Differenzierung des Lehrangebotes: unbegrenzte Möglichkeit und Anerkennung von Studien an anderen Fakultäten, Ersetzung der semesterabhängigen Fächer durch themenabhängige Kurse, Ersetzung der Vorlesungen durch Literaturstudium und Seminararbeit; Ersetzung der Prüfungen durch Beurteilungen der individuell verschiedenartigen Studienarbeiten; Möglichkeit kollektiver Qualifikation; und ganz besonders eine Betreuung durch Studenten und Dozenten als Hilfestellung bei der Studiensebstplanung und anderen persönlichen Problemen.

Je praktischer die wissenschaftliche Arbeitsleistung voranschreitet, desto mehr sind die Beteiligten in der Lage, sich aufeinander zu beziehen und die Arbeit als ein gemeinsames Projekt zu erleben.



Erarbeitung eines Lehr-Forschungs-Haush. u. Personalprogramms auf Gr. der Gruppenvorsch.

Wahl durch die Vollversammlung nach Vorschl. der Gruppen jede Gruppe vertret.

Verschänkung mit anderen gesellschaftl. Bereichen histor. Kontext

Aspekt im Kontext der Einzelwiss. modifiz. oder neue Erkenntnisint. pragm. Methodenkritik

Einbringen spezif. Aspekte gemäß Kontext der Aufgabe

Reflexion der Ziele

Reflexion der pragm. Meth.-Kritik

theoretische

Meth.-u. Grundlagenkrit.

INSTITUTE

LEHR-FORSCH. EINHEITEN

transdisziplin. EINHEITEN

## Wissenschaftsorganisation - Arbeitsteilung und Kooperation

Je radikaler die wissenschaftliche Arbeitsteilung voranschreitet, desto mehr Forschungs- und Studiengegenständen werden "interdisziplinär", desto abhängiger voneinander werden die einzelnen Wissenschaftler. Sie erzwingt unmittelbar **persönliche** Kooperation von Einzelwissenschaftlern im Sinne absichtsvoller Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung (nicht bloß Addition) bei der Bearbeitung komplexer Forschungs- und Ausbildungsgegenstände.

Wenn fortschreitende wissenschaftliche Arbeitsteilung Tendenzen zur Isolation und Desintegration aufweist, ist dies nicht auf immanent wissenschaftliche "Sachzwänge" zurückzuführen, sondern auf die Ungleichzeitigkeit zwischen dem Stand der lebendigen wissenschaftlichen Arbeitskraft und der ( auf einen Kompromiß zwischen Bürgertum und Feudalklasse zurückgehenden) Organisationsformen der Universität, der durch sie aufgezwungenen Arbeitsverhältnisse, und ihrer Verflechtung in ihren historisch-gesamtgesellschaftlichen Interessenzusammenhängen, die eine Perpetuierung derart feudaler Strukturen möglich machen (vgl. die Forderung der Studenten von 1848). Die Arbeitsverhältnisse werden so zunehmend zu Fesseln der Arbeit.

Die notwendige Kommunikation der Einzelwissenschaften wird gehemmt oder abgeschliffen durch

- die offen-repressive Trennung der Ingenieurschulen, TH's Universitäten und Akademien voneinander
- das erstarrte System der Fach- und Fakultätsgliederung
- die zünftlerisch-hierarchische Organisation der Lehrstühle, die autoritative Vertretung eines Fachs durch eine Einzelpersonlichkeit
- die Abhängigkeitsverhältnisse durch Auftragsforschung und deren Folge für die Ausbildung, sei es in Form direkter Funktionalisierung auf die Forschungsarbeit hin unter Ausbeutung<sup>st</sup> studentischer Arbeit, oder sei es in der Form selbst genügsamer Reproduktion althergebrachten Lehrstoffs, weil der Auftrag **geheim** oder zu speziell ist.

Das hierarchische System der universitären Betriebsverfassung kann nicht durch - zynische - Hinweise auf die Industrialisierung der Forschung und Lehre und damit unter Hinweis auf die hierarchische Organisation der Industriebetriebe gerechtfertigt werden, weil auch dort aufgrund der Komplizierung und Funktionsdifferenzierung der Produktion eine auch personell vermittelte horizontale Kooperation der Belegschaft unabdingbar geworden ist. Die hierarchische Betriebsorganisation wird tendenziell immer weniger benötigt, bleibt jedoch als Herrschaftsorganisation bestehen.

Entsprechend zeigt das Verhältnis zwischen Ordinarien und wissenschaftlichen Angestellten eine fortschreitende Tendenz der Diffusion der Sachautorität (Assistenten) bei Konzentration der Amtsauctorität beim Ordinarius, der von seinen organisatorischen, repräsentativen und gesellschaftlichen Aufgaben völlig überlastet ist, sich daher meist auf einen funktionalen Schwerpunkt zurückzieht, von der Front der Forschung und Ausbildung längst abgedrängt ist, trotzdem aber weisungsberechtigt bleibt gegenüber sachkompetenteren Unterebenen.

Die durch den disfunktionalen Herrschaftsanspruch der Ordinarien zementierte positivistische Trennung und die formale Abgrenzung der Einzelwissenschaften erweist sich als das inneruniversitäre Haupthindernis einer rationalen kooperativen Arbeitsorganisation. Aufzuheben ist eine solche Verharrung nur durch eine Freistellung der wissenschaftlich Arbeitenden von der persönlichen Verfügungsgewalt der Ordinarien, durch die Auflösung der feudalen Meister-Gesellen-Lehrlingsverhältnisse, um eine nach inhaltlichen Gesichtspunkten sich strukturierende Wissenschaftsorganisation zu ermöglichen. Statt also die formale Abgrenzung der Wissenschaften institutionell zu verfestigen, zwingt

- der erreichte Stand wissenschaftlicher Arbeitsteilung
  - die Unfähigkeit des Einzelnen (oder monodisziplinärer, hierarchisch organisierter Kleinbetriebe), alle relevanten Aspekte einer Aufgabe zu integrieren,
- diese positivistische Trennung der Wissenschaften ist als künstliche zu erinnern, da sie nicht der konkreten Totalität des Lebenszusammenhangs, aus dem heraus sich Probleme stellen, entspricht.

Die Komplexität der Forschungs- und Planungsaufgaben verlangt eine praktisch-organisatorische Aufhebung der Sonderung der Wissenschaften durch die Herstellung einer dialektischen Spannungsverhältnisses von aspektbezogener Arbeitsteilung und problembezogener Kooperation.

### Organisationsmodell

Entsprechend diesem Verhältnis wäre bei der Hochschulorganisation zu unterscheiden zwischen den durch die Einzelwissenschaften konstituierten monodisziplinären Programmeinheiten und transdisziplinären Projekteinheiten.

t e n (Institute), in denen temporär kooperierende Teams an konkreten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben arbeiten. Die Zugehörigkeit bestimmter Programmeinheiten zu bestimmten Projekteinheiten ist formal nicht festgelegt, sondern bestimmt sich jeweils von den Inhalten her, die Programmgruppen bilden einen Pool von Einzelwissenschaften, aus dem die Projekteinheiten Mitglieder aller für ihre Arbeit relevanten Programmgruppen heranziehen ohne Begrenzung auf die Programmeinheiten einer Hochschule oder wissenschaftlichen Institution..

Weitgefaßte konkrete Projekte werden in den Projektgruppen unter allen relevanten e i n z e l w i s s e n s c h a f t l i c h e n A s p e k t e n e n t s p r e c h e n d d e m i n h a l t l i c h e n K o n t e x t d e r A u f g a b e behandelt. ( Hierdurch wird einerseits eine p r a g m a t i s c h e M e t h o d e n k r i t i k gewährleistet, die bis auf die wissenschaftstheoretischen Grundlagen überkommener Disziplinen zurückgehen kann und so auch permanent die tradierten Grenzen der Einzelwissenschaften kritisch reflektiert und überholt, bzw. die in den Einzeldisziplinen qua spezifischer "Denkweise" bedingten Hindernisse der interdisziplinären Kooperation abbauen. Andererseits werden den Studierenden auf diese Weise i n h a l t l i c h a l t e r n a t i v e d i d a k t i s c h e C h a n c e n angeboten, die jeweiliges Anknüpfen an Erkenntnisinteressen, Wissensstand und Motivationslagen ermöglicht und somit kontinuierliche Lernprozesse ohne administrativen Zwang und der durch ihn notwendig auferlegten Friktionen überhaupt erst ermöglicht.)

Zum anderen entwickeln sich von der p r o b l e m b e z o g e n e n Arbeit in den Projektgruppen her neue oder modifizierte Erkenntnisinteressen, die sich auf den s y s t e m a t i s c h e n K o n t e x t d e r e i n g e b r a c h t e n A s p e k t e in den Einzelwissenschaften beziehen. Dieser systematische Kontext wird jeweils ad hoc, aufbauend auf die Grundkurse, in den von den Programmgruppen organisierten Seminaren vermittelt, die die Fragestellung der Projektgruppen theoretisch verarbeiten. Multikategoriale Archivierung ermöglicht ein jeweils auf die aus der Projektarbeit hervorgegangenen Erkenntnisinteressen bezogenes Abfragen bereits geleisteter Programmgruppenarbeit. D.h.: Lern- und Planungsprozesse gestalten sich nach diesem Modell als dialektische Vermittlung des Theorie-Praxis-Verhältnisses, in der politische Implikationen nicht nur nicht ausgespart werden können, sondern unmittelbar als politisches Handeln

auch in scheinbar "rein wissenschaftlichen" Studien verstanden werden muß.

Der so permanent rückgekoppelte Prozess wird kontrolliert und strukturiert durch die jeweiligen Aspekte der Metawissenschaften ( Entscheidungs- und Systemtheorie, Wissenschaftstheorie, Didaktik ),

- durch direkte theoretische Methodenkritik der Einzelwissenschaften
- durch systematische Reflektion der sich pragmatisch einstellenden Methodenkritik unter den kooperierenden Wissenschaftlern,
- durch permanente hermeneutische Reflexion der in die Arbeit der Gruppen eingehenden oder sie bestimmenden didaktischen bzw. unmittelbar inhaltlichen Zielsetzungen, je bezogen auf die möglichen technischen und strategischen Chancen und ihrer Veränderung und insofern auf ihre materialistisch-historische Genesis,
- und durch eine theoretische Didaktik, die von der Interdependenz aller Lernprozesse bedingenden Strukturmomente ( Intentionalität, Thematik, Methodik, Medienwahl, psychostrukturellen und soziokulturellen Voraussetzungen der Adressaten ) ausgeht, und so insbes. Thematik und Methodik der Projektgruppen einerseits und der Seminare andererseits praktisch so aufeinander abstimmt, daß sie an die jeweiligen lernpsychologischen und soziokulturellen Motivationen der Adressaten anknüpft, deren Veränderung qua Studium bewußt macht, und die Studierenden zur Selbststeuerung ihrer Lernprozesse befähigt, die zur rückkoppelnden Prüfung ( nicht individueller Anpassung an unreflektierte Bedingungen ) der Angemessenheit didaktischer Arbeitsweisen notwendig ist.

Solcherart theorie-praxis-vermittelnde Lernprozesse gestatten eine fortschreitende Arbeitsteilung unter Vermeidung eines bornierten Spezialistentums:

- .-breit differenzierte, kontinuierliche Lernprozesse nicht nur innerhalb eines Instituts, sondern auch ohne Friktionen über die Institutionsgrenzen hinweg,
- entsprechend differenzierte Studienabschlüsse,
- auf der Basis einer vielseitigen theoretisch-methodischen und methodenkritischen Ausbildung kontinuierliche Lernprozesse auch während der Berufszeit,
- kollektive Qualifikation transdisziplinär zusammengesetzter, in Kooperation geübter Teams, die aufgrund des synergetischen Effekts der individuellen Qualifikation überlegen ist.

## Arbeitsorganisation

### 1.1 Grundkurse

ANknüpfend an die Studienmotivation der Studienanfänger vermitteln Grundkurse 1. in seminaristischer Form Vorverständnisse über

historischen Wandel und Tendenzen der Funktion der Planung in der Spätkapitalistischen Gesellschaft, 2. hiervon ausgehend propädeutische Kenntnisse in den wichtigsten Einzelwissenschaften.

### 1.2 Projekt- bzw. Problemgruppen

An konkreten Problemen und Projekten arbeiten multidisziplinär zusammengesetzte Gruppen. Die Verschränkung planerischer Probleme mit den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wie auch im besonderen mit den verschiedenen Einzelwissenschaften darzustellen, ist didaktische Intention dieser Gruppenarbeit. Kleine Arbeitsgruppen konstituieren sich entsprechend den Teilproblemen der Aufgabe, deren Sonderung selbst wieder im Arbeitsprozess überprüft wird, der sich im Wechsel von Plenumsdiskussion und Gruppenarbeit, bzw. gemeinsamen Diskussionen zweier Arbeitsgruppen vollzieht, die zur Einrichtung von *C o l l o q u i e n* führen können. Im Falle inhaltlich eng benachbarter Gruppenthemen ist ein *R o t a t i o n s- v e r f a h r e n* möglich, bei dem periodisch wechselnde Gruppen die Arbeit der vorangehenden aufarbeiten und Weiterführen. Die Bearbeitung von *F o r s c h u n g s a u f t r ä g e n* erfolgt im Rahmen der Projektgruppen. Zur Vermeidung einer Funktionalisierung der Didaktik auf solche Verwertung hin, ist -wenn nicht durch die Gruppen selbst- vom Institutsrat und der Institutsversammlung zu gewährleisten, sodaß die Intentionen verallgemeinender, d. h. die Verschränkung der gesellschaftlichen Bereiche aufzeigender, Problemorientierung in vielseitig theoretisch-methodischen und methodenkritischen Erkenntnisprozessen nicht unterhört wird.

Die unterschiedlichen Kenntnisniveaus der Studenten verschiedener Altersgruppen ist als didaktische Produktivkraft zu nutzen.

### 1.3 Seminare und Programmgruppen

In den Programmgruppen sind die wissenschaftliche Angestellten jeweils eines oder mehrerer eng verflochtener Tätigkeits- und Wissensbereiche zusammengefaßt (Lehr-Forschungseinheiten).

In den Programmgruppen überwiegt Einzelarbeit, die jedoch periodisch mit kritische Auseinandersetzung in den Gruppen überprüft wird. Wesentliche Produktivkraft ist dabei die interne Kommunikation zwischen den in die Projektgruppen delegierten Mitarbeiter und den allein in der Programmgruppe arbeitenden Mitarbeiter. (Temporäre Orientierung einzelner Mitglieder auf funktionale Schwerpunkte-Lehre, Programmforschung und Projektentwicklung- ist dabei ohne Friktionen möglich.)

Diese Kommunikation findet ihre didaktisch-organisatorische

Entsprechung in den Seminaren, die die aus den Projektgruppen hervorgegangenen Fragestellungen theoretisch verarbeiten. Der systematische Kontext eines Aspekts ist somit einerseits festgemacht am praktischen Interesse der Problembearbeitung, andererseits bleibt der Aspekt z.B. einer empirischen Aussage nicht stehen, ohne daß die ihn hervorbringenden Funktions- und Bewegungszusammenhänge geklärt wären.

Diese Art der Vermittlung systematischer, einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse überwindet nicht nur die archaische Form der Vorlesung, sondern auch die ihr zugrundeliegende Struktur der Addition von Wissen nach Lehrbuchart.

Die Seminararbeit kann von den Studierenden in weitgehend selbstständiger Weise geleistet werden, wenn die Fragestellungen, aufbauend auf multikategorial-archivierten Arbeitsergebnissen vorangegangener Seminare, Gruppen usw. auf- und ausgearbeitet werden können. Dies ermöglicht ein aktives Lernen auch in der nachvollziehenden Arbeit. Ist das aufgrund neuartiger Fragestellungen nicht möglich, so ist die Seminararbeit entweder durch ständige Beteiligung wissenschaftlicher Mitarbeiter oder aufgrund von Forschungsprogrammen zu strukturieren.

#### 1.4 Colloquien

Aufgabe der Colloquien ist die verallgemeinernde, theoretische Verarbeitung von Fragestellungen inhaltlich benachbarter Projektgruppen, die orientiert ist auf den gesellschaftlich-ökonomisch-politischen, d.h. historischen Kontext bestimmter Fragestellungen. Auf solchen Foren werden auf diese Weise neue Projekte bzw. Arbeitsgruppen vorbereitet.

#### 1.5 Institutsversammlung und Institutsrat

Die Institutsversammlung (IV: alle Mitglieder) diskutiert jeweils gegen Ende des Semesters nach Vorschlägen der Gruppen die Vorhaben für die nächste Arbeitsperiode.

Auf diese Weise wird einerseits der Zusammenhang zwischen Erkenntnisinteressen und den praktischen Möglichkeiten ( Entscheidungsbefugnis ) diese Erkenntnisse in interessenbestimmten Kontext zu gebrauchen, fruchtbar gemacht ( also die Ursache der Dienstleistungsorientierung der Studenten gegenüber dem Lehrpersonal aufgehoben ). Andererseits stellen sich in der intensiven Diskussion der Gruppen vorschläge die alternativen Chancen des zu erwartenden didaktischen Angebots.

Entsprechend der Ergebnisse dieser Diskussion wählt die IV einen Institutsrat ( IR ) nach den personellen Vorschlägen der Gruppen. Auf diese Weise ist gewährleistet, das sich die Organisation nach inhaltlichen Gesichtspunkten strukturiert. Aufgründ der Gruppenvorschläge und den Ergebnissen der Diskussion in IV legt der IR eine oder alternative Kozeptionen zur Beschlußfassung vor, die sich auf Lehr- und Forschungsvorhaben, Haushalts- und Personalplan beziehen.

*Alibi - Aesthetik - Ist der Gebrauch der pseudo-wissenschaftl. Fremdsprache nicht auch eine Alibi-Sprachform?*

2. erweiterte Auflage

Druck: Gerhard Rump, 1 Berlin 30, Alvenslebenstr. 10, Tel.: 26 42 29

UB: Abt. Architektur u. Kunstwiss.

X 4 Dg 1197

TU Berlin



10 098 322/83

MATERIALIEN ZUR DISKUSSION

DIAGNOSE ZUM BAUEN IN WEST-BERLIN



# BAUGESELLSCHAFT

